Kasseedorf, August 2019

Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Büro Eutin
Tel. 04521-71611
Fax 04521-78386
bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Büro Berlin
Tel. 030-227-73832
Fax 030-227-76920
bettina.hagedorn@bundestag.de
www.bettina-hagedorn.de

Mein Rückblick

auf die Wahlperiode ab Herbst 2017

12.11.2018: Geballte Frauenpower zum Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ auf Einladung von SPD-Familienministerin Franziska Giffey im Deutschen Historischen Museum, wo ich die 20-Euro-Gedenkmünze in Sterling-Silber „100 Jahre Frauenwahlrecht“ offiziell an sie sowie an die ehemaligen Bundesfamilienministerinnen Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Bergmann, Manuela Schwesig und Dr. Angela Merkel überreichte. Foto: studio kohlmeier berlin.

Mein Rückblick auf die Wahlperiode ab Herbst 2017

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

es sind einmal wieder bewegende Zeiten: Das Europawahlergebnis am 26. Mai war für uns Sozialdemokraten eine einzige Enttäuschung – sowohl im Kreis, wie auch im Land und im Bund. Dass die SPD in der Woche nach der Europawahl allerdings erneut um weitere Prozentpunkte auf ein historisches Tief in den Umfragen abgestürzt ist, liegt aus meiner Sicht unter anderem auch daran, wie wir mit diesem katastrophalen Wahlergebnis öffentlich umgegangen sind. Einer Partei, die für Solidarität stehen will, verzeiht die Öffentlichkeit weniger als anderen, wenn es im Umgang miteinander an genau dieser Solidarität fehlt. Der konsequente Rücktritt von Andrea Nahles vom Fraktions- und Parteivorsitz und ihr kompletter Rückzug aus der Politik markiert einen Einschnitt für unsere Partei, der auf allen Ebenen massive Diskussionen ausgelöst hat. Am 21. Juni 2019 haben wir uns bei der „5. SPD-Wahlkreiskonferenz“ in Bad Malente ausführlich und selbstkritisch mit über 40 Mitgliedern aus ganz Ostholstein darüber ausgetauscht – an diese Diskussionen werden wir nach der Sommerpause anknüpfen.

12.02.2017: Bundesversammlung mit Malu Dreyer, aktuell eine der drei kommissarischen SPD-Parteivorsitzenden. Foto: SPD

2017 hatten wir Sozialdemokraten mit der verlorenen Landtagswahl in Kiel einerseits wie mit der enttäuschenden Bundestagswahl andererseits zwei herbe Niederlagen zu verkraften, die in Beschlüssen von Landes- und Bundesparteitagen mündeten, die inhaltlich, organisatorisch und personell den „Ruf nach Erneuerung“ – bei breiter Beteiligung der Basis – formulierten. Für diesen – schonungslosen – Prozess haben wir uns bis Ende 2019 Zeit genommen. In der ganzen Partei auf Ortsvereins-, Kreis-, Landes- und Bundesebene laufen seitdem die Diskussionen: Ist unsere „alte Dame“ SPD nach über 150 Jahren noch „zeitgemäß“ – oder sollte sie gar aktueller denn je sein? Welches sind die Kernthemen der Zukunft, bei denen die Menschen auf uns hoffen sollten? Wie gewinnen wir wieder mehr Kampagnenfähigkeit und Schlagkraft, wie unsere angekratzte Glaubwürdigkeit zurück? Mit welchen „Köpfen“ können wir diese Themen inhaltlich überzeugend vertreten? Wie schaffen wir den Mix aus Frische, Kompetenz und Erfahrung, aus Frauen und Männern, aus verschiedenen beruflichen und kulturellen Hintergründen? Ich bin sicher, dass wir ganz gewiss vieles auf den Prüfstand stellen und mutige Konsequenzen ziehen müssen, die unsere Partei nachhaltig verändern werden. Doch gleichzeitig müssen wir im Blick behalten, dass wir in dieser brandgefährlichen Situation in Europa und der Welt als wichtige Akteure Verantwortung tragen, für die wir von vielen Menschen gewählt worden sind. Nicht zuletzt im Winter 2017/2018 – nachdem sich die FDP in

unverantwortlicher Weise nach acht Wochen Jamaika-Verhandlungen ihrer Verantwortung entzog – haben wir Sozialdemokraten den öffentlichen Druck gespürt, dass Deutschland zeitnah eine Regierung – und keine Neuwahlen – brauchte und wollte. Trotz größter Bedenken und nach schmerzhaften Debatten und Beschlüssen auf Parteitagen haben wir zügige Koalitionsverhandlungen geführt und durch den Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag erneut bewiesen, dass wir die einzige Partei sind, die ihren Mitgliedern in „stürmischer Zeit“ nicht nur faire Diskussionen auf allen Ebenen anbietet, sondern auch eine direkte Beteiligung auf Augenhöhe. KEINE andere Partei tut das in gleicher Weise und darauf bin zumindest ich stolz – es ist unser unbestreitbares Alleinstellungsmerkmal. Die Wahlbeteiligung bei unserem Mitgliederentscheid am 2. März 2018 war mit 78 Prozent der über 463.000 Mitglieder sehr hoch. Zwei Drittel aller Mitglieder haben dem Koalitionsvertrag mit allen Inhalten, die eine starke SPD-Handschrift aufweisen, zugestimmt, nachdem das Pro und Kontra über Wochen landauf, landab – zwar mit großer Fairness, aber teils auch mit starker Vehemenz – öffentlich ausgetragen worden war.

25.02.2018 Wahlkreiskonferenz in Bad Schwartau zu „GroKo oder NoGroKo?“, v.l.n.r. Niclas Dürbrook, Kevin Kühnert, Anastasia Brack, Ralf Stegner, Bettina Hagedorn. Foto: Jörn Eckert

Aktuell wird Anfang Dezember der SPD-Bundesparteitag turnusmäßig den kompletten Bundesvorstand neu wählen, wobei zur Beteiligung der Mitglieder erneut ein Mitgliederentscheid für den Herbst beschlossen worden ist, der – erstmalig – auch die Wahl einer „Doppelspitze“ ermöglichen wird. Bis zum 1. September 2019 können engagierte Duos und Einzelkandidaten ihren „Hut in den Ring werfen“, um sich dann bundesweit den Mitgliedern mit ihren Ideen und Inhalten zu präsentieren. Damit haben wir die Chance, aus einer Situation, die sich keiner so gewünscht hat, dennoch etwas Gutes zu machen: Mutig und entschlossen neue Wege einzuschlagen und den Grundstein dafür zu legen, dass wir zu neuer Stärke finden.

In unserem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 haben wir eine „Halbzeit-Bilanz“ der Großen Koalition für Ende 2019 vereinbart, in der wir klären wollen, was die GroKo von den vereinbarten Projekten in den ersten 18 Monaten erfolgreich „geschafft“ hat, ob die gemeinsamen politischen Inhalte für eine Fortsetzung der GroKo bis 2021 „reichen“ und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Eine solche „Halbzeitbilanz“ einer Bundesregierung hat es noch nie gegeben – es ist eine große politische Herausforderung, zumal die Umfragewerte bei SPD und CDU/CSU gleichermaßen „im Sinkflug“ und die Populisten unverändert im „Vormarsch“ sind. Die starken Umfrageergebnisse der Grünen sind angesichts von „Fridays for Future“ und der Klimawandel-Debatte keineswegs überraschend, aber in dieser Stabilität auch nicht unbedingt von Dauer – nach Fukushima gab es einen solchen „Höhenflug“ schon einmal. Eines ist sicher:

Es wird ein politisch „heißer Herbst“ 2019. Ich kann verstehen, dass alle, die 2018 „Nein“ zur GroKo gesagt haben, sich heute mehr als bestätigt fühlen, und noch viel mehr Mitglieder als damals einer weiteren Regierungsbeteiligung der SPD im Bund extrem kritisch gegenüberstehen und sich einen „Befreiungsschlag“ wünschen. Aber mit Blick speziell auf Europa steht 2020 viel auf dem Spiel.

Denn erst Ende 2019 wird eine neue EU-Kommission mit einem noch bunteren EU-Parlament wieder politisch handlungsfähig sein und 2020 mit den 27 Nationalstaaten (ohne Großbritannien!) vor einer Zerreißprobe stehen, um z.B. einen mehrjährigen EU-Finanzrahmen von 2021 bis 2027 zu verhandeln, der enorm konfliktbeladen sein wird. Das Zeitfenster 2020 ist extrem eng und Deutschland wird in der entscheidenden 2. Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft haben. Bei dem EU-Finanzrahmen geht es nicht nur um sehr, sehr viel Geld (aus den Haushalten der Nationalstaaten), sondern vor allem um die Inhalte und Schwerpunkte, für die das EU-Geld bis 2027 ausgegeben werden soll. Da geht es um mögliche Standards für die Landwirtschaft, um Energie- und Meerespolitik, um eine gemeinsame Verantwortung für den Klimawandel, um eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik, den Schutz der Außengrenzen, um eine gerechte Steuerpolitik in der EU, soziale Standards wie einen europaweiten Mindestlohn, um Bildung und Forschung oder auch darum, ob Länder, die wie Ungarn und Polen rechtstaatliche Prinzipien verletzen, EU-Mittel gekürzt bekommen können oder nicht. Bei diesen Verhandlungen in Brüssel stehen nicht nur die Interessen Deutschlands auf dem Spiel, sondern auch ur-sozialdemokratische Ziele und Schwerpunkte. Es geht um eine Richtungsentscheidung für die nächsten Jahre, die angesichts des politischen Gewichtes, das wir Europa geben wollen, sogar von globaler Bedeutung sein kann. Mit diesem „Rückblick“ möchte ich einen Beitrag zur Information leisten, was wir in Berlin tatsächlich in den letzten 16 Monaten für die Menschen erreicht haben. Viel Spaß beim Lesen!

1. Halbzeit Große Koalition: Was wir bisher erreicht haben!

Seit Mitte März 2018 regiert die Große Koalition in Berlin – und inzwischen habe ich mich in meinem „neuen Job“ als Parlamentarische Staatssekretärin von Olaf Scholz im Finanzministerium gut eingearbeitet. Meine Zuständigkeiten für den Bundeshaushalt und für Europa liegen mir am Herzen – es gibt derzeit kaum eine spannendere Aufgabe als diese. Nach der „Hängepartie“ der Regierungsbildung und langem Stillstand arbeiten wir seit jetzt 16 Monaten mit Hochdruck an der Umsetzung unseres Koalitionsvertrages und der guten Projekte, die wir Sozialdemokraten darin verankert haben.

17.03.2018: Vereidigung als Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium mit SPD-Finanzminister Olaf Scholz. Foto: BMF

Investitionen in Bildung, Schulen und Kitas

Es war ein Kernanliegen der SPD bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU: **milliardenschwere Investitionen für die Modernisierung von Schulen und deren Digitalisierung sowie zusätzliche Milliarden für den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr**! Weil dieses alles (eigentlich!) reine Länderaufgaben sind, musste dafür das Grundgesetz geändert und das Kooperationsverbot „aufgeweicht" werden. Nach nur zwei Monaten „im Amt" hatte das Kabinett unter der Federführung von Olaf Scholz im Mai 2018 diese Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht, der Deutsche Bundestag stimmte mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit am 29. November 2018 mit den Grünen und der FDP zu, während der Bundesrat vor Weihnachten 2018 das Gesetz als „Eingriff in ihre föderale Hoheit" zunächst blockierte – unverständlich! Der eingesetzte Vermittlungsausschuss fand dann am 20. Februar 2019 einen Kompromiss: Ende gut – alles gut! Ich bin froh, dass **der Digitalpakt mit 5 Mrd. Euro Bundesförderung zu Gunsten der Schulen** in unserem Land nun endlich kommen wird – Schüler und Lehrer brauchen dringend eine moderne Unterrichtsausstattung und die Kommunen im Norden warten bereits sehnsüchtig auf die anteiligen **170 Mio. Euro Bundesgeld allein für Schleswig-Holstein**, weil sie ohne diese Unterstützung mit den erforderlichen Investitionen überfordert wären. Mit dem „Digitalpakt Schule" wird die Digitalisierung an allen Schulen – also vor allem die Anbindung der Schulen an schnelles Internet, die Ausstattung mit entsprechender zentraler Hardware sowie die Finanzierung von z.B. Systemadministratoren an den Schulen – über die nächsten fünf Jahre gefördert, wofür allgemeinbildende Schulen ebenso wie Berufsschulen gleichermaßen in Frage kommen.

Leider werden die Länder diese Bundesmittel nur mit 10 Prozent kofinanzieren, so dass insgesamt 5,5 Mrd. Euro bundesweit bereit stehen. Ich hätte mir gewünscht, dass z.B. Schleswig-Holstein die 170 Mio. Euro Bundesmittel mit eigenen Mittel zu Gunsten der Schulträger im Land verdoppelt hätte – aber das hat die Jamaika-Landesregierung mit Finanzministerin Monika Heinold leider abgewehrt, obwohl sie allein 2018 einen Überschuss von 520 Mio. Euro im Landeshaushalt parat hatte. Die Schulträger müssen jetzt konzeptionell die „Weichen" für die Schulen stellen und ihre Förderanträge auf den Weg bringen, damit der Schulalltag sich digital verändern kann und die Schüler sich gut auf die digitale Arbeitswelt vorbereiten können. Damit haben wir Sozialdemokraten binnen eines Jahres in der Regierung eines der ganz großen Kernversprechen aus dem Koalitionsvertrag eingelöst. Leider ist es so, dass 16 Bundesländer nun vermutlich 16 verschiedene Förderrichtlinien erarbeiten. Ich hoffe sehr, dass Bildungsministerin Prien dafür nicht wieder über ein Jahr Zeit braucht – wie beim Schulbausanierungsprogramm vom Juni 2017, das ebenfalls zu 4/5 aus Bundesmitteln bestand, und das sie erst im August 2018 für die Kommunen bewilligte. Ein für die Schulträger transparentes und unbürokratisches Antragsverfahren könnte schon bald zum „Startschuss" für den Aufbruch in das Digitalzeitalter an den Schulen sorgen – bereits mit dem Bundeshaushalt 2018 hat

der Bund 2,4 Mrd. Euro für den „Digitalpakt Schule“ und den Breitbandausbau bereitgestellt, das direkt als Anschubfinanzierung zur Verfügung steht. Seit dem Frühjahr 2019 stehen zusätzlich 6,6 Mrd. Euro aus der Versteigerung von Frequenzerlösen bereit: insgesamt – sage und schreibe – neun Mrd. Euro für Länder und Kommunen!

*19.10.2018: Mit der Familienministerin Franziska Giffey im Bundesrat.**

Unser „Shooting Star“ in der Bundesregierung ist **SPD-Familienministerin Franziska Giffey**, die nicht nur unglaublich sympathisch bei den Menschen „ankommt“, sondern auch enorm zielstrebig und erfolgreich bei allen Gesetzesvorhaben für Familien ist. **Das Gute-Kita-Gesetz** hat der Bundestag schon am 14. Dezember 2018 in 2./3. Lesung beschlossen – ein riesiger Erfolg! **5,5 Mrd. Euro** wird der Bund in den kommenden Jahren an die Bundesländer überweisen, damit die Kommunen in die Qualität der Kitas und Horte und in die Gebührenfreiheit investieren können – das sind sogar 2 Mrd. Euro MEHR als noch im Koalitionsvertrag (3,5 Mrd. Euro) eigentlich fest vereinbart waren. **Für Schleswig-Holstein bedeutet das eine Bundesförderung von über 150 Mio. Euro,** die hoffentlich auch komplett an die Kommunen weitergeleitet wird. In über 16 Verwaltungsvereinbarungen mit dem Familienministerium in Berlin haben die Länder selbst verbindlich festgelegt, wie das Geld konkret investiert werden soll. Schwerpunkte können z.B. kleinere Gruppengrößen, ein Plus an bedarfsgerechter Sprach- und Gesundheitsförderung oder verbesserte Öffnungszeiten sein. Auch Investitionen in die räumliche Gestaltung sowie der Einstieg in die Gebührenfreiheit für die Eltern werden möglich.

Da in allen Bundesländern – und auch in Schleswig-Holstein – die Steuereinnahmen ebenso „sprudeln“ wie im Bund, erwarte ich, dass die Landesregierung in Kiel aus eigener Kraft noch einmal das Doppelte „on Top“ an die Städte und Gemeinden „überweist“, damit diese Offensive für die Kitas bei den Erzieherinnen und Erziehern, den Kindern und den Eltern auch wirklich spürbar ankommt. Und weil mehr Qualität nur mit mehr gut ausgebildetem Personal geht, hat Franziska Giffey außerdem eine **Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher** gestartet, die **im Haushalt 2019 mit 40 Mio. Euro unterstützt** wird. Eine gute Nachricht auch für viele Kitas in Schleswig-Holstein: Das **Bundesprogramm „KitaPlus: Weil gute Betreuung keine Frage der Uhrzeit ist“**, das Betreuungsangebote für Kinder außerhalb der regulären Betreuungszeiten finanziell unterstützt und Ende 2018 eigentlich auslaufen sollte, wird **vom Bund weiter solide mit 16 Mio. Euro gefördert**, damit die Einrichtungen, die bereits an dem

Programm teilnehmen, ihre hervorragende Arbeit fortsetzen können. Beispielsweise erhält **das Jugendamt des Kreises Ostholstein seit Mitte April 2017 Fördermittel aus diesem Programm für eine Personalstelle zur Unterstützung der kommunalen Jugendhilfeplanung. Bezuschusst wird eine Vollzeitstelle mit den zugehörigen Sachmitteln bis 60.500 Euro im Jahr**. Durch die geschaffene Personalstelle soll ein verbindliches Netzwerk erstellt werden, in dem alle lokalen Partner vertreten sind, damit eine nachhaltige Betreuung mit z. B. längeren Öffnungszeiten gewährleistet werden kann.

Bereits im **Dezember 2016** hatte das **Kindernest Eutin** unter der Leitung von Pädiko e.V. etwa **9.000 Euro an Fördermitteln** – ebenfalls aus dem „KitaPlus"-Programm – für die nächsten zwei Jahre für die Kindertagespflege erhalten. Das Kindernest Eutin wird in Kooperation mit dem Bundeswehrstandort Eutin betrieben.

Im **November 2016** hat der Haushaltsausschuss außerdem die massive Aufstockung der Mittel für das **Programm „Sprach-Kita" von 100 Mio. Euro auf 250 Mio. Euro im Jahr 2017 beschlossen, so dass die 2. Förderwelle dieses erfolgreichen Programms starten konnte**. Seit Januar 2016 werden **bundesweit 3.500 Kitas** gefördert – dank der **massiven Aufstockung ab 2017 sogar 7.000 Kitas.**

Ich besuche diese ostholsteinischen Kitas, die aus dem **Bundesförderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"** immer besonders gerne, um mir vor Ort die Konzepte erläutern zu lassen: So war ich am 02. Mai 2016 in der **Kita St. Martin Cleverbrück in Bad Schwartau**, im März 2017 in „**Dat Kinnerhus" in Ahrensbök**, am 19. April 2017 im **Kastanienhof in Oldenburg** und im **Eutiner „Schneckenhaus".** Die Kitas erhalten jeweils 25.000 Euro zusätzlich pro Jahr – also vom 01. März 2017 bis Ende 2020 insgesamt 95.000 Euro. Meine Besuche haben immer bestätigt, welch eine tolle Arbeit überall geleistet wird. Seit 2005 besuche ich regelmäßig Kindertagesstätten von Fehmarn bis Reinfeld, um die besondere und wichtige Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher wertzuschätzen und mir anzuhören, wo „der Schuh drückt". Stets mit dabei: meine Liederhefte mit den 50 schönsten Kinderliedern. Bereits vor 30 Jahren begann mein Engagement für Kitas, als ich als junge Mutter dreier Söhne durch eine Elterninitiative den Kindergarten „Flohkiste" in Kasseedorf gründete, in den heute meine eigenen Enkelkinder gehen.

<u>Entlastung für Familien</u>

Schon am 08. November 2018 hat der Bundestag außerdem das **Familienentlastungsgesetz** beschlossen. Weil Familien die wahren Leistungsträger unserer Gesellschaft sind, die Entlastung verdienen, verbessern wir ihre finanzielle Situation, damit sie netto ein spürbares PLUS im Portemonnaie haben. Besonders am Herzen liegt uns dabei die Stärkung des verfügbaren Einkommens für Familien aus geringen und mittleren Einkommensschichten. Wie im Koalitionsvertrag festgelegt wurde das **Kindergeld** zum 01. Juli 2019 in einem ersten Schritt um 10 Euro pro Kind und Monat erhöht und ab Januar 2021 um weitere 15 Euro. Der **steuerliche Kinderfreibetrag** sowie der

Einkommensteuertarif wurden entsprechend angepasst. 2019 wurde der **Grundfreibetrag** um 168 Euro angehoben und 2020 um 240 Euro. Damit Lohnsteigerungen auch netto bei den Beschäftigten ankommen, wird für die Jahre **2019 und 2020 der Effekt der „kalten Progression" ausgeglichen**, d.h. die Eckwerte des Einkommensteuertarifs werden um die Inflationsrate des Vorjahres verschoben. Diese Änderungen spüren Eltern ganz konkret im Portemonnaie – unterm Strich bedeutet dies finanzielle **Erleichterungen für Familien von rund zehn Milliarden Euro jährlich**! Eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 60.000 Euro zahlt damit ab 2020 über 20 Prozent weniger Steuern! Aber auch diejenigen, die nicht über ein so hohes Jahreseinkommen verfügen, werden jetzt vom Bund spürbar entlastet: Am 21. Mai 2019 hat der Bundestag das **„Starke-Familien-Gesetz"** von SPD-Familienministerin Franziska Giffey beschlossen. Das Gesetz stärkt gezielt Familien mit kleinen Einkommen und verschafft deren Kindern faire Chancen. Es wird das Leben von vielen Familien mit Kindern spürbar verbessern, in denen das Geld trotz Berufstätigkeit knapp ist, und bündelt Verbesserungen zu deren Stärkung durch die **Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe**. Bereits ab dem 01. Juli 2019 heben wir den ergänzenden Zuschlag zum Kindergeld auf 185 Euro pro Kind und Monat an und machen ihn leichter zugänglich: Künftig können auch Familien den Kinderzuschlag erhalten, die keine ergänzenden SGB-II-Leistungen beziehen, obwohl sie ihnen zustehen – Stichwort: verdeckte Armut. Das heißt, die Eltern können dann beispielsweise Kinderzuschlag UND Wohngeld erhalten, wenn sie nur knapp – bis zu 100 Euro – unter dem SGB-II-Anspruch liegen. Damit wird auch den Kindern die dringend benötigte Unterstützung garantiert, deren Eltern bisher knapp die Förderbedingungen verpassten. So wird der Kinderzuschlag endlich auch stärker für Alleinerziehende geöffnet, weil eine Neuregelung dafür sorgt, dass z.B. Unterhaltszahlungen den Leistungsanspruch des Kindes nicht mehr so stark wie bisher mindern. Allein dadurch werden jetzt rund 100.000 Kinder in alleinerziehenden Familien vom Kinderzuschlag profitieren. Damit die Leistung dort ankommt, wo sie gebraucht wird, wird der Antragsaufwand für Familien deutlich einfacher und der Zuschlag wird in Zukunft für sechs Monate gewährt und nicht mehr rückwirkend überprüft.

Wer künftig den Kinderzuschlag bezieht, wird außerdem automatisch überall in Deutschland von den Kitagebühren befreit und kann Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen – dazu gehören auch die Finanzierung von Förderunterricht oder die Teilnahme bei Vereinsangeboten. Zusätzlich wird das **Schulstarterpaket von 100 auf 150 Euro im Jahr erhöht,** damit jedes Schulkind gut ausgestattet in das neue Schuljahr starten kann. Alle anspruchsberechtigten Kinder bekommen **außerdem ein kostenfreies Mittagessen in Schule, Kita oder Kindertagespflege**, und **Schülerinnen und Schüler erhalten zusätzlich ein kostenloses Ticket für den öffentlichen Personennahverkehr**. Das entlastet unzählige Eltern, denen „unter dem Strich" deutlich mehr im Portemonnaie der Familie verbleibt. **Fakt ist: Insgesamt**

erhalten rund zwei Millionen Kinder in Deutschland künftig einen Anspruch auf den Kinderzuschlag – 1,2 Millionen davon erstmalig!

Die gesetzlichen **Verbesserungen zum Bildungs- und Teilhabepaket treten ab dem 01. August 2019** pünktlich zum kommenden Schuljahr in Kraft. Ab dem 01. Januar 2020 entfällt außerdem die obere Einkommensgrenze, die bisher als abrupte „Abbruchkante“ teils für Härtefälle sorgte. Der Kindergeldzuschlag läuft dann langsam aus, wenn Eltern etwas mehr verdienen, so dass mehr Geld bei den Familien bleibt. Wer mehr arbeitet, soll auch mehr behalten können, damit sich die Erwerbstätigkeit der Eltern auch lohnt! Ob eine Familie Kinderzuschlag erhält, ist vom Einzelfall abhängig. Es kommt insbesondere auf die Anzahl der Kinder, deren Alter und die Wohnkosten an. Bei einem Bruttoeinkommen im Haushalt von 1.200 bis 2.200 Euro bei Alleinerziehenden mit einem Kind, 1.600 bis 3.400 Euro bei Paarfamilien mit zwei Kindern und 1.300 bis 4.000 Euro bei Paarfamilien mit drei Kindern ist es wahrscheinlich, dass Anspruch auf den Kinderzuschlag besteht.

Im Haushalt 2020 und im Finanzplan sind bereits weitere Entlastungen für Familien und „Normalverdiener“ finanziell abgesichert: Ab 2021 werden abermals das Kindergeld und der Kinderfreibetrag erhöht – beides hilft vor allem Familien mit wenig Einkommen. Die kalte Progression (versteckte Steuererhöhungen) wird erneut ausgeglichen, der Solidaritätszuschlag von 2021 an für 90 Prozent aller Steuerzahler komplett abgeschafft. Und außerdem sind zusätzlich 100 Mrd. Euro für die nächsten vier Jahre für Bildung und Forschung fest eingeplant.

<u>Für einen gerechteren Arbeitsmarkt</u>

11.10.2018: Landesgruppenfrühstück mit der Geschäftsführerin der der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit Margit Haupt-Koopmann am. Foto: Jan Gutekunst.

Das Programm „**Teilhabe am Arbeitsmarkt**“ von **SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil** wurde am 08. November 2018 im Plenum beschlossen: Damit stellt der Bund seit dem Inkrafttreten zum 01. Januar 2019 insgesamt vier Milliarden Euro zusätzlich bis zum Jahr 2022 bereit, um Langzeitarbeitslosen langfristig neue und dauerhafte Perspektiven auf Beschäftigung zu geben. Mit dem neuen Gesetz werden zwei Förderinstrumente für zwei verschiedene Zielgruppen neu ins Leben gerufen: Mit dem **Programm „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“** können wir **ab Januar 2019** Lang-zeitarbeitslose fördern, die über 25 Jahre alt sind und bereits sechs Jahre lang sogenannte „Hartz-IV-Leistungen“ bezogen haben. Sie können künftig von sozialen Einrichtungen, Städten und Gemeinden sowie von privaten Arbeitsgebern sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden – gefördert von der Bundesagentur für Arbeit unter bestimmten Bedingungen; der Bundeszuschuss orientiert sich nicht mehr nur am Mindestlohn sondern am Tariflohn

– das konnte die SPD noch im parlamentarischen Verfahren durchsetzen. Dadurch können Löhne gezahlt werden, die bei tarifgebundenen Arbeitgebern – die ja auf keinen Fall benachteiligt werden sollen – keine „Förderlücken“ und damit „Hemmschuhe“ für die Einstellung entstehen lassen. In Ostholstein können Langzeitarbeitslose so **beispielsweise beim Kinderschutzbund, in den Sozialkaufhäusern oder bei den Tafeln fair beschäftigt** werden. Was in den 90er Jahren als „ABM-Maßnahme“ der Bundesagentur für Arbeit für Langzeitarbeitslose bekannt war, hieß später „Bürgerarbeit“ oder WEGEBAU – aber all diese Fördermaßnahmen waren regelmäßig nur auf zwei Jahre ausgelegt und wirkten damit nie langfristig und nachhaltig genug, wie uns inzwischen viele Untersuchungen gezeigt haben. Daraus haben wir gelernt und ziehen mit dem neuen Programm die richtigen Konsequenzen. Mit dem Programm, das insgesamt auf fünf Jahre angelegt ist, wird es in den ersten beiden Jahren eine hundertprozentige Förderung des Arbeitsentgeltes geben. In jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte verringert. Und das Gesetz wirkt: Laut Margit Haupt-Koopmann, Geschäftsführerin der der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, konnten **in der ersten Jahreshälfte 2019 in Schleswig-Holstein bereits 896 solcher Langzeitarbeitslosen eine geförderte Beschäftigung aufnehmen.** Sie ist zuversichtlich, dass die Zahl **bis Jahresende 2019 auf 1.200 anwächst!** Das sind richtig gute Nachrichten für unser Land – aber vor allem für die Betroffenen und ihre Familien!

Mit der **zweiten Säule des Gesetzes „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen**“ wird eine bereits **bestehende Fördermöglichkeit verbessert**. Seit dem 01. Januar 2019 können Menschen, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind, gefördert werden, um eine weitere Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und Qualifizierung zu ermöglichen, wenn sie ein Arbeitsverhältnis über mindestens zwei Jahre aufnehmen. Dabei wird das Gehalt, welches der Arbeitgeber zahlt, im ersten Jahr mit 75 Prozent, im zweiten Jahr mit 50 Prozent bezuschusst, um diesen Arbeitnehmern erneut den Wiedereinstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit diesen Instrumenten können viele Langzeitarbeitslose wieder eine **neue Chance auf langfristige, gute Beschäftigung** erhalten.

Das Gesetz zur **Einführung einer Brückenteilzeit** von SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil trat ebenfalls bereits **zum 01. Januar 2019 in Kraft**. Damit wird es erstmalig einen Rechtsanspruch auf vorübergehende Arbeit in Teilzeit für Beschäftigte (in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern) geben. Wir wollen mit diesem Gesetz erreichen, dass **die Arbeitszeit für die Beschäftigten in vorübergehenden Lebensphasen reduziert werden kann, ohne dass sie hinterher in dieser „Teilzeitfalle“ stecken**: Wer seine Arbeitszeit für ein bis fünf Jahre reduzieren möchte, um Freunde oder Angehörige zu pflegen, Kinder zu erziehen oder sich weiterzubilden, wird – nach einem vorher vereinbarten Zeitraum – das Recht haben, zur vorherigen Arbeitszeit zurückkehren zu können. Voraussetzung ist, dass die Antragsteller bereits mehr als sechs Monate im Betrieb sind und bis zu drei

Monate vor der gewünschten Arbeitszeitverkürzung ihren Antrag stellen, in dem sie übrigens die Gründe für die Arbeitszeitverkürzung nicht zwingend nennen müssen. **Vor allem für Frauen ist dieser Rechtsanspruch eine massive Hilfe, um in bestimmten Lebensphasen einerseits familiären Herausforderungen „ohne schlechtes Gewissen" gerecht werden zu können und sich andererseits um den Wiedereinstieg in den früheren Arbeitsumfang danach nicht sorgen zu müssen.**

<u>Lebensleistung anerkennen: Das Rentenkonzept von Hubertus Heil</u>

*18.01.2019: Offizielles Gespräch in Berlin zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zum Jahreswirtschaftsbericht.**

Beim **Thema „Rentenpaket**" blockierte die CDU/CSU im Sommer 2018 besonders lange und hartnäckig: Es ist darum unser Erfolg, dass der Bundestag das Gesetz am 08. November dann doch verabschiedete. **Basis des „Rentenpakets" ist die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent – in einem ersten Schritt garantiert bis 2025 – ein weiteres Kernversprechen der SPD im Bundestagswahlkampf 2017.** Einerseits sichern wir damit für Millionen Menschen ihre künftigen Ansprüche als Rentnerin und Rentner (durch Nachbesserung der „Rentenformel") und andererseits garantieren wir für die jüngeren Beschäftigten bezahlbare Rentenbeiträge von maximal 20 Prozent bis 2025 – ohne dieses Gesetz hätten ab 2020 kräftig steigende Rentenbeiträge bei allen Beschäftigten für viel weniger Netto im Geldbeutel gesorgt.

Zusätzlich entlasten wir mit diesem „Rentenpaket" gezielt **3,5 Millionen Beschäftigte mit einem geringen Einkommen von bis zu 1.300 Euro brutto, deren Beiträge ab Juli 2019 deutlich sinken**, ohne dass das zu Einbußen in ihrer späteren Rente führen wird – das kann **zwischen 22,50 Euro und 42,50 Euro monatlich MEHR im Portemonnaie** bedeuten. Während bisher für Beschäftigte ab einem Bruttoverdienst von 450 Euro bis 850 Euro eine so genannte „Gleitzonenregelung" mit ermäßigtem Rentenversicherungsbeitrag galt, sie aber ab 850 Euro brutto den vollen Beitragssatz zahlen mussten, wird nun der volle Beitrag zur Rentenversicherung erst ab 1.300 Euro brutto fällig.

Weiterhin bedeutet dieses „Rentenpaket" deutliche Verbesserungen gezielt für das Einkommen derjenigen Menschen, die in die **Erwerbsminderungsrente** gehen müssen, weil sie krank werden und unverschuldet aus dem Berufsleben ausscheiden – sie brauchen den Schutz der Solidargemeinschaft statt harter Abschläge bei der Rente. **Etwa 170.000 Menschen werden jedes Jahr ab 2019 davon profitieren**, dass ihre Rente sich künftig so berechnen wird, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze gearbeitet und nicht – wie bisher – nur bis zum 62. Lebensjahr. Das heißt ganz konkret: Die Zurechnungszeit wird von aktuell 62 Jahre

+ 3 Monate auf 65 Jahren + 8 Monate (2019) bzw. – gleitend – auf 67 Jahre (2031) verlängert.

Gute Nachrichten gibt es auch bei der **Mütterrente**. Künftig werden alle Eltern (überwiegend die Mütter) für ihre vor 1992 geborenen Kinder einen weiteren halben Rentenpunkt angerechnet bekommen. Davon profitieren zu Recht gerade die Frauen, die wegen der damals noch kaum vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen und Halbtagsschulen gezwungen waren, ihre Berufstätigkeit und Karrierechancen aufzugeben und damit enorme Nachteile bei der eigenen Rente in Kauf nehmen mussten – **ca. 10 Millionen Mütter** in dieser Situation werden jetzt darum erneut in der Rente besser gestellt.

*25.11.2017: DGB-Konferenz in Lübeck mit Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und aktuell kommissarische Parteichefin der SPD.**

Im Januar 2019 stellte Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil sein neues Projekt vor:

Die Grundrente. Sie ist im Koalitionsvertrag grundsätzlich vereinbart, aber leider nur MIT einer Bedürftigkeitsprüfung. Das hieße: Menschen, die als Versicherte zwar 35 Jahre „Grundrentenzeiten" vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflegetätigkeit –, aber dennoch mit der Rentenhöhe unter Grundsicherungsniveau sind, müssten sich beim Antrag auf Grundrente trotzdem komplett „nackig" machen, um eine Aufstockung ihrer Rente bewilligt zu bekommen. Wir Sozialdemokraten finden, dass jemand, der 35 Jahre seine Beiträge gezahlt hat – wenn auch vielleicht aufgrund von Teilzeitarbeit oder schlechter Bezahlung nur geringe – eine Rente über dem Niveau der Grundsicherung verdient hat – und zwar OHNE eine solche Prozedur der „Bedürftigkeitsprüfung", die dann für viele doch eine Erniedrigung nach 35 Jahren Lebensleistung darstellt. Darum sieht das Konzept von Hubertus Heil den Verzicht auf diese „Bedürftigkeitsprüfung" vor. Außerdem soll bei der Grundrente selbstgenutztes Wohneigentum geschützt sein. Viele Menschen – auch außerhalb der SPD – teilen unser Gerechtigkeitsempfinden: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll über eine Rente verfügen, die deutlich über der Grundsicherung liegt, und damit deutlich über dem Einkommen, das jeder in Deutschland auch ohne Arbeit erhält – das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Anerkennung, dass Arbeit sich lohnt. Von dieser Grundrente würden insbesondere Frauen profitieren – insgesamt würden es ca. drei bis vier Millionen Menschen sein. Dieser Konflikt um die Grundrente wird uns in der Großen Koalition wohl den gesamten Herbst in Atem halten.

Gesundheit und Pflege

Bereits am 18. Oktober 2018 hat der Bundestag das „**GKV-Versichertenentlastungsgesetz**“ beschlossen – damit zahlen **seit dem 01. Januar 2019 endlich wieder Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichhohe Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung**, wodurch auch künftige Steigerungen im Gesundheitswesen nicht mehr allein von den Beschäftigten über die Zusatzbeiträge, sondern jeweils zur Hälfte finanziert werden. Damit haben wir Sozialdemokraten ein weiteres wichtiges SPD-Versprechen aus unserem Wahlprogramm eingelöst: Mit dieser „Wiedereinführung der Parität“ werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner bei den Krankenversicherungsbeiträgen jetzt um rund 5 Mrd. Euro pro Jahr entlastet – Arbeitgeber hingegen werden diese 5 Mrd. Euro jährlich zusätzlich an die Krankenkassen zahlen müssen. Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von ca. 3.000 Euro monatlich haben dadurch ab 2019 ca. 180 Euro mehr pro Jahr in der Tasche – jeder Normalverdiener erfährt damit eine wichtige Entlastung. Unser solidarisches Sozialsystem braucht gute Leistungen in Gesundheit und Pflege für alle und eine Finanzierung, die für Jung und Alt gleichermaßen gerecht und bezahlbar bleibt.

Am 09. November 2018 hat der Bundestag das **Pflegepersonal-Stärkungsgesetz** beschlossen, das ebenfalls schon 2019 in Kraft getreten ist. Die Situation in der Pflege hat sich in den letzten Jahren – absehbar – dramatisch zugespitzt, sie ist zu einer der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft geworden, denn: Durch die hohe Arbeitsverdichtung sind viele Pflegekräfte chronisch überlastet! Das Pflegepersonalstärkungsgesetz ist deshalb **ein wichtiger 1. Schritt für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr Personal in der Pflege**. Konkret werden in dem Gesetz ab 2020 in den Krankenhäusern die Pflegepersonalkosten komplett aus den Fallpauschalen herausgenommen und den Krankenhäusern direkt erstattet. Jede zusätzliche Pflegekraft und alle Tarifsteigerungen für Pflegekräfte werden zukünftig auch voll von den Krankenkassen übernommen. **Damit entfällt endlich der Anreiz, Pflegekosten zu Lasten des Personals einzusparen.** Für die stationären Pflegeeinrichtungen sieht das Gesetz außerdem ein Sofortprogramm für 13.000 neue Pflegestellen vor. Auch für professionelle Pflegekräfte hält das Gesetz neben der personellen Aufstockung der Pflege weitere wichtige Verbesserungen bereit: Künftig werden die Krankenkassen verpflichtet, noch mehr Mittel für Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung aufzuwenden. Und außerdem werden der Bund und die Krankenkassen über einen Zeitraum von sechs Jahren Maßnahmen zur Förderung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen.

Ich selbst habe in den letzten zehn Jahren etliche Praktika in Seniorenpflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und bei ambulanten Pflegediensten im Wahlkreis absolviert, um den Alltag von Pflegekräften und den ihnen anvertrauten Pflegebedürftigen persönlich besser beurteilen zu können. Außerdem habe ich in den letzten fünf Jahren sechs Mal Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Pflege und anderen Gesundheitsberufen zu einem „Runden Tisch Pflege“ zum direkten Gedanken- und Erfahrungsaustausch eingeladen. Die Situation der Pflegekräfte ist mir ebenso wie die der zu Pflegenden in meinem Wahlkreis vertraut und wichtig. Mein elftes Pflegepraktikum am 18. August 2017 im Senioren- und Therapiezentrum Eichhof Stockelsdorf in der Intensivpflege war besonders beeindruckend. Weil ich weiß, dass wir für eine qualitativ hochwertige Pflege vor allem mehr Personal brauchen, sind die 13.000 neuen Stellen natürlich eher ein „Tropfen auf dem heißen Stein“ (Einrichtungen mit 120 Bewohnern erhalten durchschnittlich 1,5 Stellen mehr), aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Auch für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, gibt es kleine aber feine Verbesserungen wie den Rechtsanspruch auf stationäre Reha-Leistungen: Wer auf Reha-Leistungen angewiesen ist und gleichzeitig einen Angehörigen pflegt, kann Reha-Leistungen für sich selbst in der Regel nicht ambulant wahrnehmen. Mit dem Rechtsanspruch auf stationäre Reha-Leistungen gibt es eine Lösung.

Recht und Verbraucherschutz

*24.10.2018: Bei der konstituierenden Sitzung des 19. Bundestages mit Katarina Barley - seit März 2018 Bundesjustizministerin, seit Juli 2019 Vizepräsidentin des EU-Parlaments**

Bereits am 12. Juni 2018 hat der Bundestag die „**Einer-für-Alle-Klage“** beschlossen, wodurch Verbraucher seit dem 01. November 2018 kostengünstig und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen können. Unsere damalige SPD-Bundesjustizministerin Katarina Barley hat mit diesem **Recht auf „Musterfeststellungsklage“** durchgesetzt, dass niemand mehr persönlich klagen muss, wenn dies stattdessen ein Verband vor Gericht übernimmt, wodurch Verbraucher-rechte effektiv gestärkt werden.

Migration und Flüchtlinge

Am Freitag, den 07. Juni 2019 hat der Bundestag abschließend über das „**Migrationspaket**“ abgestimmt. Das sind sieben Einzelgesetze, die allesamt im Koalitionsvertrag verankert sind und zwar zum großen Teil auf Initiative der SPD. Denn: Diese Gesetze werden insgesamt die Situation Vieler verbessern, die zu uns geflohen sind und die eine Duldung haben.

Die Hürden für den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen werden z.B. massiv abgebaut und die **3+2-Regelung für die Ausbildung wird ausgeweitet**. Stichwort: **„Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz“**, in dem geregelt ist, dass für die Geflohenen der **Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt in Zukunft deutlich umfassender und frühzeitiger erfolgen kann**. Konkret: Künftig können alle Geflüchteten nach neun Monaten Aufenthalt in Deutschland an einem Integrationskurs oder berufsbezogenen Sprachkurs teilnehmen, wenn sie arbeitssuchend gemeldet sind. Das war bisher nur Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive vorbehalten, weshalb gerade z.B. Afghanen regelmäßig keinen

Zugang erhielten. Für Geduldete – bisher so gut wie ohne Chance auf einen Deutschkurs – werden jetzt nach sechs Monaten in der Duldung die berufsbezogenen Deutschkurse geöffnet. Sie können Deutsch lernen, arbeiten gehen oder eine Ausbildung beginnen und somit deutlich schneller Teil unserer Gesellschaft werden. Auch der Zugang zur Förderung von Vorbereitungsmaßnahmen zur Berufsausbildung und zur Berufsausbildung selbst werden zu einem Großteil unabhängig von aufenthaltsrechtlichen Vorgaben geregelt und damit für Geflohene deutlich geöffnet. Ich finde, dass das ein gewaltiger Fortschritt ist, für den wir hart kämpfen mussten. Wie bisher auch bleibt natürlich als Voraussetzung, dass die Menschen hier arbeiten dürfen.

18.01.2019: Mein Platz für Olaf Scholz zwischen Bundesinnenmister Horst Seehofer und Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Debatte „Sichere Herkunftsstaaten". Foto: phoenix

Ein Meilenstein in diesem „Migrationspaket" ist das **„Fachkräfteeinwanderungsgesetz"**, für das wir Sozialdemokraten 20 Jahre gestritten haben. Damit machen wir den Weg endlich frei dafür, dass nicht nur Akademiker, sondern auch Personen mit beruflicher Qualifikation legal, regelbasiert und frei nach Deutschland kommen können, um sich hier Arbeit zu suchen. Das gilt übrigens nicht länger nur in sogenannten „Engpassberufen", sondern direkt in dem Beruf, für welchen sich die jeweilige Person qualifiziert hat. Aus meiner Sicht senden wir mit diesem Gesetz zwei Kernbotschaften aus: Erstens brauchen und wollen wir mehr Einwanderung und schaffen eine solide rechtliche Grundlage dafür und zweitens ist und bleibt Deutschland ein Einwanderungsland.

Ja, es stimmt: Auch das – teils heftig umstrittene – sogenannte **„Geordnete-Rückkehr-Gesetz"** ist als Teil dieses großen Gesetzespaketes am 07. Juni im Bundestag mit unseren Stimmen beschlossen worden, nachdem unsere Innenpolitiker im parlamentarischen Verfahren noch für uns wichtige Änderungen am Seehofer-Entwurf durchsetzen konnten. Darauf können wir durchaus stolz sein. Viele, die uns aufgefordert haben, dieses Gesetz abzulehnen, blenden dabei aus, dass wir dann auch die anderen sechs Gesetze dieses Migrationspaketes nicht hätten durchsetzen und damit etliche Verbesserungen für viele Menschen, die zu uns kommen, nicht hätten realisieren können, obwohl wir uns so lange dafür eingesetzt haben. Ich wüsste nicht, wie ich das diesen Menschen hätte erklären sollen. In der Politik müssen wir auch Kompromisse schließen, wenn wir weiter vorankommen wollen. Ich mache also keinen Hehl daraus, dass das „**Geordnete-Rückkehr-Gesetz**" natürlich kein „SPD-Wunschgesetz" ist, aber als verbindlicher Teil des Koalitionsvertrages, dem alle SPD-Mitglieder mit großer Mehrheit ihre Zustimmung gaben, war es ein Teil des Gesamtpaketes. Ich greife hier drei immer wieder – zu Unrecht – geäußerte Kritikpunkte kurz auf. Eine ausführliche

Stellungnahme zu diesem Thema steht seit Anfang Juni auf meiner Homepage und alle Interessierten können diese gerne aus meinen Büros erhalten.

1. Es gibt **definitiv keine „Duldung light**“, wie sie im ursprünglichen Seehofer-Entwurf noch vorgesehen war, weil die SPD genau das erfolgreich verhindert hat. Es ist absolut nicht so, dass Flüchtlinge jetzt massenhaft und quasi zwangsläufig in die Gruppe der „Personen mit ungeklärter Identität“ fallen, wenn sie unverschuldet bestimmte Papiere nicht beibringen können. Lediglich Ausreisepflichtige, die aktiv durch eigene Täuschung über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit, durch eigene falsche Angaben oder erst gar nicht bereit sind, zumutbare Handlungen zur Erfüllung der Passbeschaffung zu erledigen, erhalten diesen Status. Ganz konkret: Wenn alle zumutbaren Maßnahmen zur Beschaffung eines Passes umgesetzt wurden, OHNE dass ein Papier erlangt werden konnte, treten die genannten Folgen nicht ein und die Person erhält die „normale“ Duldung nach §60a Abs 2 AufenthaltG OHNE den Zusatz „mit ungeklärter Identität“. Es ist richtig, dass Ausreisepflichtige, die eine „Duldung für Personen mit ungeklärter Identität“ haben, nach dem Willen des neuen Gesetzes einem Beschäftigungsverbot und einer Wohnsitzauflage unterliegen sollen, es handelt sich hierbei jedoch keineswegs um neue Sanktionen. Bereits heute sind Geduldete von Bleiberechtsregelungen ausgeschlossen, wenn sie über ihre Identität täuschen, falsche Angaben machen oder die besagten „zumutbaren“ Anforderungen zur Beseitigung von Ausreisehindernissen nicht erbringen.

2. Obwohl z.B. die neuen Regelungen zur Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung vielfach kritisiert wurden, hat die SPD konkret sogar erreicht, dass die Vorduldungszeit bei der Ausbildungsduldung einerseits von sechs auf drei Monate abgesenkt und andererseits die Geltungsdauer der Beschäftigungsduldung bis zum 31. Dezember 2023 verlängert wird. **Durch diese Verbesserungen werden sowohl von der Ausbildungs- als auch von der Beschäftigungsduldung deutlich mehr Menschen profitieren können.**

3. Fälschlicherweise wurde auch immer wieder kritisiert, dass angeblich ehrenamtliche Helferinnen und Helfer künftig durch das Gesetz „kriminalisiert“ würden. Diese Unterstellung bezieht sich anscheinend noch auf den ursprünglichen CSU-Gesetzentwurf, in dem Horst Seehofer tatsächlich regeln wollte, dass Flüchtlingshelfer, Anwälte, Journalisten etc. hätten belangt werden sollen für den Fall, dass sie durch die Weitergabe interner behördlicher Informationen und damit durch die Vereitelung einer bevorstehenden vollziehbaren Abschiebung mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe bedroht werden sollten. **Dieser Seehofer-Passus ist aber aus dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ auf Druck der SPD ersatzlos gestrichen worden.** Ohne diese guten Verhandlungserfolge unserer Innen-politiker hätte nach meiner Einschätzung die SPD-Bundestagsfraktion dem Rück-kehrgesetz NICHT zustimmen können, weil der Ursprungsentwurf in der Tat inhuman und menschenunwürdig war.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass Integration gelingt. Daher stellen wir seit Jahren deutlich mehr Mittel für die

Integrationskurse zur Verfügung als noch vor wenigen Jahren: Unter Schwarz-Gelb standen dafür ca. 200 Mio. Euro zur Verfügung – wir haben diese Summe auf aktuell 720 Mio. Euro pro Jahr gesteigert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat in den letzten Jahren tausende neuer Stellen erhalten, damit die Qualität in der Betreuung und Beratung verbessert werden kann. Wichtig sind aber vor allem die unabhängigen Beratungsangebote, in denen auf persönliche, individuelle Probleme direkt eingegangen werden kann: Die Migrationsberatung erhält aktuell 70,7 Mio. Euro pro Jahr – damit hat die Große Koalition deren Budget in den letzten fünf Jahren von 26 Mio. Euro 2014 auf jetzt über 70 Mio. Euro beinahe verdreifacht. Das war nicht leicht mit der Union und darauf sind wir stolz!

Bundeshaushalte ohne neue Schulden und mit Rekordinvestitionen!

Unser SPD-Finanzminister Olaf Scholz hat am 26. Juni 2019 nach den Haushalten 2018 und 2019 zum dritten Mal in Folge den neuen Haushaltsentwurf 2020 ohne neue Schulden bei gleichzeitigen Rekordinvestitionen vorgelegt. Der Bundeshaushalt 2019 weist mit einem Volumen von rund 356 Mrd. Euro erneut ein dickes Plus von knapp 13 Mrd. Euro gegenüber 2018 auf und wächst 2020 erneut auf 359,9 Milliarden Euro. Das ist und bleibt vor allem deshalb eine gute Nachricht für künftige Generationen, weil gleichzeitig die Investitionen 2020 weiter mit 39,9 Mrd. Euro auf ein neues Rekordniveau steigen und konstant bis zum Jahr 2023 in dieser Höhe (laut Finanzplan) abgesichert sind. Zum Vergleich: **2014 standen nur 29 Mrd. Euro für Investitionen bereit – also 10 Mrd. Euro weniger pro Jahr!** Auch wenn die Steuereinnahmen langsamer wachsen als 2018 prognostiziert, steht Deutschland nach wie vor gut da. Für uns bedeutet diese Entwicklung: Wir müssen uns stärker auf Prioritäten konzentrieren – auf Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt und Investitionen in ein modernes Land mit engagiertem Klimaschutz.

*09.11.2018, 05:10 Uhr morgens: Gruppenbild mit den SPD-Haushaltspolitikern nach Abschluss der Bereinigungssitzung.**

Das beweist klar: Mit Finanzminister Olaf Scholz wird die Infrastruktur in Deutschland keinesfalls „kaputt gespart“. Wir beherzigen, dass die nächste Generation nicht nur keine weiteren Schulden will, sondern vor allem auch eine öffentliche Infrastruktur, die nicht weiter „auf Verschleiß gefahren“ wird. Geld für Straßen, Schienen, Brücken, für Stadtteilsanierung, für Schulen und Kitas ist reichlich vorhanden, mehr als seit Jahren tatsächlich in Bund, Ländern und Kommunen ausgegeben werden kann – das „Nadelöhr“ sind allerorts fehlende Planungs- und Ingenieurskapazitäten und die (glücklicherweise!) vollen Auftragsbücher bei Handwerk und Bauunternehmen. Auch für den sozialen

Wohnungsbau, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, für die Digitalisierung der Schulen und für Investitionen in eine moderne Bildungslandschaft insgesamt stehen Milliarden des Bundes für die Länder und Kommunen auf Abruf bereit. Es gibt absolut keinen Anlass, die „Schulden-bremse“ im Grundgesetz in Frage zu stellen.

Die Zusammenarbeit des Finanzministeriums mit dem Haushaltsausschuss des Parlamentes ist unaufgeregt, sachorientiert und vertrauensvoll. Gemeinsam beweisen wir seit anderthalb Jahren, dass wir zum Wohl der Menschen in unserem Land zu vernünftigen und nachhaltigen Entscheidungen in der Lage sind. Dafür einige Beispiele, auf die wir stolz sind:

Öffentliche Sicherheit

Die SPD steht für einen starken, handlungsfähigen Staat – das gilt insbesondere auch für die öffentliche Sicherheit. Wir alle wissen: Reiche können sich „Sicherheit“ kaufen, alle anderen brauchen eine gute **Polizeipräsenz, wirksame Präventionsarbeit und ein Bundeskriminalamt mit hohen Aufklärungsquoten**. Deshalb haben wir bereits in der letzten Wahlperiode begonnen, das größte Paket für öffentliche Sicherheit in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen, und setzen diesen Kurs – neben Bundespolizei und Bundeskriminalamt – jetzt auch beim Zoll fort. **Seit 2016 haben wir insgesamt fast 12.000 zusätzliche Stellen für die nationalen Sicherheits-behörden beschlossen** – darunter **mehr als 8.500 für die Bundespolizei**. Allein 2019 gibt es 3.120 neue Stellen, wovon 2.100 allein auf die Bundespolizei entfallen.

Unsere Sicherheitsbehörden brauchen nicht nur mehr Personal – sie brauchen auch eine moderne Ausrüstung. Bereits am 12. November 2015 hatte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages – mit massiver Unterstützung von Johannes Kahrs und mir – **180 Mio. Euro für die dringend benötigten drei modernen Schiffe als Ersatz für die Bundespolizei See** für die Sicherheit auf Nord- und Ostsee beschlossen und ein Jahr später –im November 2016 – noch einmal Beschlüsse gefasst, die die Voraussetzung dafür waren, dass die Verträge mit der Fassmer-Werft im Dezember 2016 unterzeichnet werden konnten. Bei meinen drei Besuchen bei der Bundespolizei See in Neustadt im September 2016 mit dem damaligen schleswig-holsteinischen Innenminister Stefan Studt, am 13. März 2017 mit Innenstaatssekretär Ole Schröder und zuletzt am 28. August 2018 mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Johannes Kahrs ging es immer wieder darum, welche Investitionen bei der Bundespolizei getätigt werden müssen, um die Infrastruktur und das Personal auf den Einsatz der viel größeren und technisch anspruchsvollen neuen Schiffe vorzubereiten. Neben den bisherigen Kontroll- und Streifenfahrten auf Nord- und Ostsee sollen die neuen Einsatzschiffe auch bei internationalen Polizeimissionen z.B. im Mittelmeer und in Verbund mit Spezialkräften wie der GSG 9 eingesetzt werden können. Mit der **Indienststellung der drei 86 Meter langen Neubauten noch 2019** werden drei über 27 Jahre alten Einsatzschiffe ersetzt, die zum Teil noch aus Beständen der DDR stammten. Die drei neuen Schiffe wurden

zum vereinbarten Preis in Rekordzeit gebaut – in Deutschland auf der Fassmer-Werft in Niedersachsen.

14.12.2018: Schiffstaufe der „Potsdam“ in Berne mit Kapitän Helge Pringel aus Neustadt i.H.. Foto: Bundespolizei.

Es war mir eine riesige **Freude und Ehre zugleich, dass die Bundespolizei sich entschied, mich als Taufpatin für das erste dieser drei Schiffe auszuwählen**. Am 14. Dezember 2018 durfte ich in feierlicher Zeremonie in Berne bei Bremen das neue Schiff für die Bundespolizei auf den Namen „Potsdam“ (Standort des Bundespolizeipräsidiums) taufen, das als Heimathafen am Heck „Neustadt i.H.“ in großen Buchstaben stehen hat. Mein Glückwunsch für die großartige Leistung der Werft und aller Mitarbeiter geht nach Berne! Mich als Ostholsteinerin freut natürlich besonders, dass der neue Kommandeur des Schiffes Helge Pingel ebenso wie ein Großteil seiner Crew aus „unserem“ ostholsteinischen Neustadt kommt. Und am Sonntag, den 21. Juli 2019 lief die „Potsdam“ nun das erste Mal – mit mir an Bord – in den Neustädter Hafen ein und wurde einen Tag später feierlich begrüßt. Ein großer Tag für Neustadt und ein großer Tag für die Bundespolizei!

Aber schon am 25. April 2019 konnte ich mich von den zahlreichen, modernen Einsatzmöglichkeiten des Bundespolizeischiffes „BP81 Potsdam“ bei einer sechsstündigen Erprobungsfahrt an Bord des Schiffes in der Nordsee selbst überzeugen. Erstmals ist die neue Generation der Bundespolizeischiffe mit einem Hubschrauberlandeplatz ausgestattet, und ich konnte „live“ dabei sein, als die Anflüge auf das fahrende Schiff geprobt wurden.

28.08.2018: Besuch des Marine- und Bundespolizeistandorts in Neustadt, v.l. Johannes Kahrs, Polizeidirektor Stefan Wendrich, Generalzolldirektion Manfred Nagel, Ex-MdL Hermann Benker, Polizei-OR Robert Fiedler. Foto: Büro Kahrs

Ein großes Lob an die professionelle Crew an Deck und in der Luft im Hubschrauber, die das Schiff gekonnt „unter Fahrt“ ansteuern. Von der modernen Technik profitiert auch die GSG 9 mit einem Schnellboot, das sich an Bord der „Potsdam“ befindet. Natürlich sind solche Einsatzmittel nicht für den Alltag bestimmt – sondern für die Notfälle, von denen alle hoffen, dass sie nicht passieren, aber für die man heutzutage dennoch gerüstet sein muss.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir – neben der Bundespolizei **– tausende neue Stellen beim Zoll** vereinbart, weil auch der Zoll Teil der öffentlichen Sicherheit ist. Neben der Gewährleistung von geregelten Ein- und Ausfuhren, was bei einem

drohenden ungeregelten Brexit ein Thema völlig neuer Dimension sein wird, geht es bei dem Aufwuchs des Zolls auch insbesondere um den **Kampf gegen die Geldwäsche und Clan-Kriminalität sowie um den Kampf gegen die Schwarzarbeit und die effektive Kontrolle der Einhaltung des Mindestlohns.** Mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz nehmen wir allein im Haushalt 2019 im Vergleich zum Vorjahr 256 Mio. Euro zusätzlich für den Zoll in die Hand und investieren in eine bessere Ausstattung, in neue Ausbildungszentren und in mehr Personal. **Die Zollverwaltung erhielt 2018 und 2019 insgesamt 2.175 neue Stellen** – fast die Hälfte davon allein für die Mindestlohnkontrolle, über 300 Stellen zur Unterstützung an den internationalen See- und Flughäfen sowie in den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung und zur Bekämpfung von Geldwäsche. Um den Zoll als Arbeitgeber in Zukunft attraktiver zu machen, haben wir im Haushaltsausschuss durchgesetzt, dass das Eingangsamt im mittleren nichttechnischen Dienst künftig von A6 auf A7 gehoben wird.

*16.09.2018: Vereidigung der Landespolizei SH mit Jens Puschmann (zentrale Ansprechstelle für Vielfalt der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität innerhalb der Landespolizei) und MdL Regina Poersch.**

Im Haushalt 2019 gibt es außerdem ein gigantisches **100 Millionen Euro Fahrzeugprogramm** (je 25 Mio./Jahr für 2019 bis 2022) **für Ersatzbeschaffungsmaßnahmen zugunsten des ergänzenden Katastrophenschutzes beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)** – davon profitieren unter anderem auch die Feuerwehren in den Kommunen! Für die **Bereitschaftspolizeien der Länder – in Schleswig-Holstein mit dem Standort Eutin** – haben wir ein noch nie dagewesenes vierjähriges **Fahrzeugprogramm für Schutzwagen mit einem Volumen von 64 Mio. Euro** beschlossen (je 16 Mio./Jahr für 2019 bis 2022).

Zudem stärken wir weiter – wie schon seit Jahren – das **Technische Hilfswerk (THW)** als wichtige Bundesbehörde im Katastrophenschutz mit fast 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bundesweit, die bis vor wenigen Jahren von nur 800 Hauptamtlichen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützt wurden. Inzwischen ist **die Zahl der Hauptamtlichen auf über 1.200 Personen angehoben** worden, um das Ehrenamt zu entlasten. Darüber hinaus haben wir im Haushalt 2019 für das THW ein großes Paket zum „Bundesfreiwilligendienst“ auf den Weg gebracht: **299 zusätzliche hauptamtliche Stellen sollen es künftig ermöglichen, dass sich ca. 2.000 junge Menschen zusätzlich im Rahmen eines Bundesfreiwilligendienstes (BFD) beim THW engagieren können.** Außerdem schaffen **wir 135 weitere Stellen beim THW für verschiedene Aufgaben im Organisationsbereich. Damit hat der Bund jetzt die Anzahl der hauptberuflichen THW-Mitarbeiter seit 2015 in nur drei Jahren mehr als verdoppelt.** Damit das Technische

Hilfswerk auch weiterhin gut gerüstet in die Zukunft blicken kann, bekam die Organisation im Haushalt 2018 zusätzlich 3,2 Mio. Euro „on Top“! Damit wird auch die Nachwuchsförderung gestärkt: Die THW-Jugend erhielt aus diesem Förder-Plus allein 900.000 Euro. 1,35 Mio. Euro gingen an die Bundesvereinigung der Helfer und Förderer des THW. Darüber hinaus wurden 2019 100 Notstrom-aggregate (50kVA) für 5 Mio. Euro für die Ortsverbände beschafft. Für ein Sanier-ungsprogramm für THW-Unterkünfte stellen wir außerdem 38 Mio. Euro für die Jahre 2019 bis 2022 bereit.

Für das neue, moderne THW-Gebäude im Eutiner Gewerbegebiet können wir hoffentlich bald den 1. Spatenstich vollziehen! Die neue Liegenschaft ist auch

*05.05.2018: Besuch des THW Eutin zur Geräteübergabe von vier neuen Fahrzeugen.**

bitter nötig, seitdem Anfang **Mai 2018** das THW Eutin aus dem Fahrzeugprogramm des Bundes **gleich vier neue Fahrzeuge mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 360.000 Euro** erhielt. Seit Jahren unterstütze ich den zeitnahen Neubau einer modernen THW-Liegenschaft in Eutin und die Überlassung des bisherigen THW-Gebäudekomplexes an den Kreisverband des DLRG. Beides ist auf einem guten Weg.

Investitionen in die Zukunft: Digital-isierung voranbringen!

Mit dem Bundeshaushalt haben wir 2018 ein Sondervermögen für den Breit-bandausbau und die Digitalisierung von Schulen gebildet, in das sofort „als Anschubfinanzierung“ 2,4 Mrd. Euro geflossen sind. Jetzt sind 2019 nochmals 6,6 Mrd. Euro aus Frequenzver-steigerungen hinzugekommen**: Das sind 9 Mrd. Euro für wichtige Investitionen in Digitales, die uneingeschränkt bereit-stehen.** Doch bereits die 4 Mrd. Euro für den Breitbandausbau, die wir bis 2017 im Bundeshaushalt verankert hatten, sind noch nicht ansatzweise abgeflossen, weil der damals zuständige CSU-Verkehrs-minister Alexander Dobrindt allein zwei Jahre brauchte, um eine Förderrichtlinie zu entwickeln, die dann auch noch auf veraltetes „Vectoring“ der Kupferleitungen setzte anstatt nur auf Glasfaser. In Ostholstein hat der ZVO – glücklicherweise – sofort auf Glasfaser gesetzt. Auch beim Breitbandausbau gilt: Geld ist genug vorhanden. Das „Nadelöhr“ sind die fehlenden Ausbaukapazitäten bei den Firmen! **Bereit steht im Bundeshaushalt damit das Geld für den Anschluss von 32.000 Schulen, 7.000 Gewerbegebieten und über 1.700 Krankenhäusern an das Glasfasernetz.**

21.03.2017: Förderbescheidübergabe von 15 Mio. Euro des Bundes an ZVO-Chefin Gesine Strohmeyer mit PStS im Verkehrsministerium Enak Ferlemann. Foto: BMVI.

Stärkung der Freiwilligendienste!

Seitdem von CDU/CSU und FDP die Wehrpflicht – und damit auch der Zivildienst – abgeschafft wurde, kämpfen wir Sozialdemokraten für eine kontinuierliche Stärkung im Bereich der Freiwilligendienste. Das ist unsere sozialdemokratische Antwort auf einen CDU-Pflichtdienst! Wir wollen, dass es genug Plätze für möglichst alle gibt, die sich auch für den Bundesfreiwilligendienst bewerben: 40 Mio. Euro „on Top" gab es für den Bundesfreiwilligendienst im Jahr 2019, was einem PLUS von 5.000 Plätzen (inklusive der 2.000 Plätze für das THW) entspricht. Zusätzlich konnte der Haushalt bei der zuständigen SPD-Familienministerin Franziska Giffey zu Gunsten der Jugendfreiwilligendienste (FSJ, FÖJ) um 25 Mio. Euro erhöht werden. Diese Aufstockung bedeutet allein beim FÖJ eine Erhöhung von derzeit 3.000 auf 3.625 Plätze bundesweit und ist ein starkes Zeichen an alle, die sich freiwillig engagieren wollen! Und weil „alle" auch wirklich „alle" meint, haben wir als SPD-Fraktion durchgesetzt, dass erstmals die Assistenzleistung für Menschen mit Behinderungen auch mit diesem Projekt gefördert werden kann – insgesamt mit 6 Mio. Euro! Viele wissen nicht, dass der Bundesfreiwilligendienst keine Altersgrenzen kennt: Von den 1.431 „Bufdis" im Jahr 2018 in Schleswig-Holstein waren 50 Personen über 50 Jahre alt und vier sogar über 65 (Stand 31.10.2018)! Die unter 27-Jährigen sind jedoch mit 1.371 Freiwilligen in Schleswig-Holstein klar die Mehrheit.

12.11.2018: Gemeinsam mit Franziska Giffey für die Stärkung der Freiwilligendienste. Foto: BMF

Weichenstellungen im Verkehrsbereich

Im Bundeshaushalt 2020 ist für ein „klimafreundliches Land" ein großes „Plus" für intelligente Verkehrssysteme vorgesehen. **Wir heben die Verkehrsinvestitionen 2020 auf ein Rekordniveau von rund 15 Mrd. Euro** und steigern sie auf rund 17 Mrd. Euro für das Jahr 2023 **(noch vor wenigen Jahren lagen die jährlichen Verkehrsinvestitionen bei ca. 10 Mrd. Euro!). Die zusätzlichen Mittel kommen vor allem dem klima-freundlichen Verkehrsträger Schiene zugute**. Die für die

Investitionen in das Schienensystem maßgebliche **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Deutschen Bahn (LuFV III) sieht ab 2020 pro Jahr zusätzliche Investitionsmittel von 1,2 Mrd. Euro** vor. Außerdem unterstützt der Bund den Kohleausstieg und den damit verbundenen Strukturwandel mit 500 Mio. Euro pro Jahr. Insgesamt stellt der Bund allein bis 2023 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung, um die vom Braunkohleausstieg betroffenen Regionen zu unterstützen.

Wer erinnert sich noch? Es war das „politische Meisterstück" meiner damals 15-jährigen politischen Arbeit im Deutschen Bundestag, als das „Schleswig-Holstein Magazin" des NDR **am 31. Mai 2017** unter dem Titel „**Bettina und Norbert ändern das Grundgesetz**" über den gemeinsamen „Coup" von Norbert Brackmann und mir im Haushaltsausschuss berichtete. Welchen Abgeordneten wird schon jemals die Ehre zuteil, persönlich für eine Grundgesetzänderung verantwortlich zu sein? Was war geschehen?

*17.05.2017: Aufzeichnung des NDR-Beitrages „Bettina und Norbert ändern das Grundgesetz" mit Norbert Brackmann in Berlin.**

2016/2017 wollten die damaligen Unionsminister Alexander Dobrindt (Verkehr) und Wolfgang Schäuble (Finanzen) im Rahmen der „Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen", bei der an 13 Stellen das Grundgesetz mit Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat geändert werden sollte, innerhalb dieses Gesetzespaketes quasi „still und heimlich" **eine Autobahngesellschaft als „Infrastruktur-gesellschaft des Bundes"** durchsetzen, die allerdings **in Wahrheit eine Voll-Privatisierung der deutschen Autobahnen** bedeutet hätte. Der Haushaltsausschuss war für dieses Gesetzpaket federführend und als Berichterstatter für Verkehr waren mein CDU-Kollege Norbert Brackmann (Lauenburg) und ich für diese Autobahngesellschaft zuständig. Der Bundesrechnungshof half uns Abgeordneten im Haushaltsausschuss in einer legendären Sachverständigenanhörung im März 2017 diese „Privatisierung durch die Hintertür" zu enttarnen und **in wochenlangen Verhandlungen das Gesetz zur Autobahn-Gesellschaft um 180 Grad zu drehen, um die Privatisierung – sogar im Grundgesetz abgesichert – zu verhindern**. Es gelang: Die mittelbare und unmittelbare Beteiligung Privater an der – seit 13. September 2018 inzwischen gegründeten – Autobahngesellschaft und ihren regionalen Tochtergesellschaften ist ausgeschlossen und das Verbot von funktionaler Privatisierung bei Teil-Netz-ÖPP ist ins Grundgesetz aufgenommen worden! Nach Auffassung des renommierten **Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Georg Hermes und der Experten des Bundesrechnungshofes hat der Bundestag damit die Privatisierung verfassungsrechtlich sauber ausgeschlossen** und Schranken errichtet, wo es vorher keine gab – d.h. auch neue

politische Mehrheiten können diesen Beschluss nicht kippen, da dafür sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich wäre.

Jetzt ist also seit 13. September 2018 diese Autobahn-GmbH „als Rumpf“ erstmalig gegründet, die ab 2021 die Autobahnen (und teilweise Bundesfernstraßen) des Bundes planen, bauen und finanzieren soll und damit die Zuständigkeiten der Auftragsverwaltungen der Länder (Straßenbauverwaltungen, Autobahnmeistereien) übernimmt**. Damit werden bis 2021 ca. 11.000 Beschäftigte von dieser Gesellschaft des Bundes eingestellt, die bislang noch bei den Ländern beschäftigt sind (der Wechsel ist freiwillig!).** In Schleswig-Holstein sind es ca. 1.000 Beschäftigte, die sich bald entscheiden werden, wer ab 2021 ihr Arbeitgeber sein soll – Land oder Bund. Seit dem 12. Juli 2019 gibt es einen mit Ver.di ausgehandelten Manteltarifvertrag für die neue Gesellschaft, der den wechselbereiten Beschäftigten große Chancen bietet.

Erst am **17. Juli 2019** fand ein ausführlicher Gedankenaustausch in meinem Büro im Finanzministerium mit den beiden **Geschäftsführern der „Autobahnen des Bundes GmbH“ Stephan Krenz (Vorsitz) und Günther Adler (Personal)** statt. Diese GmbH-Gründung im September 2018 war natürlich nur das Startsignal für einen spannenden Prozess, bei dem binnen drei Jahren eine GmbH von 50 auf 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgebaut wird und gleichzeitig – Schritt für Schritt – alle Aufgaben bundesweit übernehmen muss. Auch die DEGES, die in Schleswig-Holstein überwiegend die Autobahnplanungen und -bauten verantwortet, geht zu 100 Prozent in diese neue GmbH über. Ich werde auch künftig auf mein „Baby“ aufpassen!

*17.07.2019 Spannendes Gespräch im Finanzministerium mit den beiden Geschäftsführern der „Autobahnen des Bundes GmbH“ Stephan Krenz (rechts, Vorsitz) und Günther Adler (Personal).**

31.03.2017: Bildausschnitt aus dem Schleswig-Holstein Magazin des NDR. Quelle: ndr.de.

2. Seit 14. März 2018: Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium für Haushalt und Europa

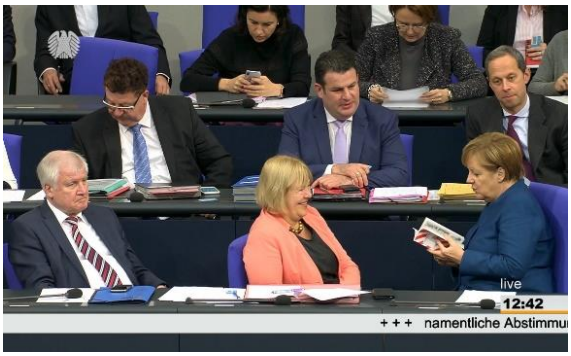
15.03.2018: Amtseinführung im Matthias-Erzberger-Saal des Bundesfinanzministeriums. Foto: BMF

In meiner 5. Wahlperiode hat Olaf Scholz als Finanzminister mich am 14. März 2018 als seine Parlamentarische Staatssekretärin für die **Themenbereiche Haushalt und Europa** vereidigt. Ich bin also weiterhin Abgeordnete des Deutschen Bundestages für meinen Wahlkreis, aber gleichzeitig Teil der Bundesregierung und arbeite somit als „Schnittstelle" zwischen dem Finanzministerium auf der einen und dem Parlament auf der anderen Seite. Seit 2002 habe ich als Abgeordnete im Haushalts- und im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags konsequent der Regierung „auf die Finger geschaut", sie eng kontrolliert. Denn der Haushaltsausschuss heißt im Parlament auch Königsausschuss, weil er machtvoller als alle anderen das Handeln der Regierung im Detail überprüfen und korrigieren kann. Als erste weibliche Parlamentarische Staatssekretärin im Finanzministerium für Haushalt und Europa muss **ich in jeder Sitzung des Haushaltsausschusses – und aller seiner vielen Unterausschüsse – von der ersten bis zur letzten Minute anwesend** sein und stets für die Regierung Rede und Antwort stehen. Diese Rolle – die vor mir Jens Spahn und vor ihm viele andere Männer innehatten – kenne ich seit 16 Jahren gut: Bislang habe ich die Regierung „gegrillt" und jetzt werde ich von den Abgeordneten „gegrillt" und muss für die Bundesregierung alle Detailfragen beantworten und Stellung beziehen.

26.09.2018: Fragestunde im Deutschen Bundestag – Vertretung für Finanzminister Olaf Scholz. Foto: Deutscher Bundestag

Das ist für mich persönlich ein spannender Perspektivwechsel und zugleich eine sehr ehrenvolle Aufgabe, die mir auch richtig Spaß macht. Ich bin darauf bestens vorbereitet: Denn als eines der dienstältesten Mitglieder dieser Ausschüsse kenne ich nicht nur die Arbeitsweise, sondern weiß vor allem, wie die Mitglieder „ticken" und was bewegt – das ist gut für die jetzige Zusammenarbeit. Dass ich vor meiner Zeit im Bundestag 20 Jahre lang aktiv Kommunalpolitik in meiner Heimat gemacht habe – sechs Jahre als ehrenamtliche Bürgermeisterin von Kasseedorf und Amtsvorsteherin in Schönwalde – hat mir immer geholfen, eine gewisse Bodenhaftung zu behalten und unsere Arbeit in Berlin auch selbstkritisch aus der Perspektive der Menschen zu betrachten. Durch diese Ausschussarbeit

ist – genau wie in den 16 Jahren zuvor – ein Großteil meiner Arbeitszeit in einer Berliner Sitzungswoche schon verplant.



Mein Platz auf der Regierungsbank: Mit Kanzlerin Dr. Angela Merkel verstehe ich mich sehr gut. Foto: Deutscher Bundestag

Hinzu kommen jetzt allerdings meine stundenlangen Vertretungszeiten für Olaf Scholz auf der **Regierungsbank** im Plenum des Deutschen Bundestages, wo ich an manchen Tagen bis zu zwölf (!) Stunden verbringe: traditionell als Vertreterin des Vizekanzlers in der ersten Reihe zwischen der Kanzlerin Angela Merkel und dem Bundesinnenminister Horst Seehofer. Das sorgt natürlich für sehr viel mediale Aufmerksamkeit. Dort über Stunden einem Großteil ALLER Debatten zu lauschen, ist vor allem deshalb anstrengend, weil die AfD-Fraktion nur drei Meter entfernt sitzt und ich absolut alle Gespräche und Zwischenrufe dieser Fraktion aus nächster Nähe mitverfolgen muss, ohne – wie auf der Abgeordnetenseite – auch einmal kräftig dazwischen rufen zu dürfen.

Als wesentlich entspannter empfinde ich es da, für das Finanzministerium die Fragen der Abgeordneten bei der Regierungsbefragung zu beantworten oder für die Regierung Gesetzentwürfe des Finanzministeriums in 1. Lesung am Rednerpult vorzustellen. Die vielen Stunden auf der Regierungsbank nutze ich, um die Berge von Vorlagen, Briefen und Hintergrundinformationen für das Ministerium zu lesen, zu bearbeiten und zu unterzeichnen – wie alle anderen Kabinettskollegen auch. Denn die persönliche Zeit in meinem Büro des Bundesfinanzministeriums ist eng bemessen.

Auch in den wöchentlichen Kabinettssitzungen am Mittwoch im Kanzleramt habe ich Olaf Scholz schon mehrfach vertreten dürfen – allein im Juli 2019 drei Mal. Dann ist mein Platz ebenfalls direkt neben der Kanzlerin und neben Heiko Maas. Am 17. Juli fiel die Kabinettssitzung nicht nur auf den 65. Geburtstag der Kanzlerin, sondern gleichzeitig wurde Ursula von der Leyen – am Tag nach ihrer Wahl zur EU-Kommissionspräsidentin – als Verteidigungsministerin direkt vor ihrer Entlassung durch das Präsidialamt formell verabschiedet.

Zu meinen Aufgaben als Vertreterin von Finanzminister Olaf Scholz zählen natürlich vor allem wichtige Verhandlungen und Termine in seiner Abwesenheit (durch seine vielen Auslandsreisen) wie Termine im Bundesrat oder bei den Finanzministerkonferenzen von Bund und Ländern – 2018 in Goslar und 2019 in Berlin-Köpenick. Am 16. November 2018 durfte ich als Delegationsleiterin bei den Verhandlungen zum EU-Budget 2019 Olaf Scholz in Brüssel im Rat der Eurogruppe vertreten – also quasi bei den europäischen Haushaltsverhandlungen. Das war auch für mich nach 16 Jahren Haushaltspolitik ein neuer und spannender Blick über den „Tellerrand“!

16.11.2018: Beratungen in Brüssel zum EU-Budget. Foto: BMF

Am **28. Februar 2019** musste ich kurzfristig nach **London**, um Olaf Scholz und die Bundesregierung **am 28. Februar bei der Internationalen Geberkonferenz für Jordanien** im „King's Place" zu vertreten: Ich saß dann gemeinsam am Verhandlungstisch mit den Finanzministern von Großbritannien, der USA, von Saudi-Arabien, Japan, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie der **IWF-Chefin Christine Lagarde, Weltbank-Chefin Kristalina Georgieva, dem Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) Werner Hoyer,** EU-Kommissar Johannes Hahn und **EU-Vizepräsidentin Federica Morgherini**. Aus Jordanien war König Abdullah II. bin al-Hussein gemeinsam mit der Regierungsspitze um Premier Omar al-Razzaz und Ministerin Mary Kamel Kawar gekommen. Das war schon ein ganz besonderes Erlebnis.

21.06.2018: Live-Interview in „phoenix vor Ort" zum EU-Finanzministertreffen in Luxemburg und zum Ende des EU-Hilfspakets für Griechenland. Foto: phoenix

Am **27. Mai 2019** trafen sich Finanzminister aus 26 verschiedenen Ländern zum ersten Treffen der neuen **„Coalition of Finance Ministers for Climate Action" auf Einladung der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften im Vatikan**, um sich über die erforderlichen finanziellen Ressourcen zu verständigen mit dem Ziel, diese auch tatsächlich international für Maßnahmen des Klimaschutzes bereit zu stellen. Ich bin sehr froh, dass Olaf Scholz mit seiner Unterschrift im April 2019 besiegelt hat, dass unser Bundesministerium der Finanzen eines der Gründungsmitglieder dieser Klimakoalition auf internationaler Ebene ist. Es ist wahr, dass konsequenter Klimaschutz sehr viel Geld kosten wird. Aber Fakt ist auch, dass fehlendes Engagement beim Kampf gegen den Klimawandel noch viel teurer wird und unser aller Zukunft gefährdet. Beim ersten Treffen (am Tag nach der Europa-Wahl) durfte ich Olaf Scholz im Vatikan mit prominenten Gesprächspartnern, internationalen Finanzministern und Wissenschaftlern, mit den Spitzenvertretern der UN, der Weltbank und des IWF vertreten.

*27.05.2019: Sonderaudienz mit Papst Franziskus zum Finanzministertreffen im Vatikan.**

Klimawandel ist global und macht vor Staatsgrenzen keinen Halt – deshalb ist es unerlässlich, bei einer ernsthaften, verbindlichen Strategie und Initiativen zum Schutz des Klimas international zusammen zu arbeiten. Dabei dürfen nicht länger die Bremser das Tempo bestimmen. Der Begriff der „Nachhaltigkeit“ steht eben nicht nur für Klima- und Umweltschutz, sondern umfasst auch die sozialen Folgen, den sparsamen Umgang mit wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen sowie der Verantwortung für die nächste Generation. Deshalb ist es richtig und wirkungsvoll, dass die Finanzminister zum Klimaschutz diese Initiative ergriffen haben. Papst Franziskus besuchte uns zu einer Sonderaudienz. Das war nicht nur sehr spannend, sondern fühlte sich auch ein bisschen „historisch“ an.

Als einziges Regierungsmitglied aus Schleswig-Holstein nehmen auch die nördlichen Print-Medien von meiner Arbeit stärker Notiz als in den letzten 16 Jahren und sind erstaunlicherweise auch viel freundlicher: Die **Lübecker Nachrichten** titelten schon im Februar 2018 ganzseitig „Eine ‚Dorfpflanze‘ macht Politik in der Hauptstadt“ und kommentierten am 10. März 2018 „Tunnel-Gegnerin macht Karriere“, während es pünktlich zum Weihnachtsfest ganzseitig hieß: „Die Frau an Merkels Seite“ und am 29. Mai 2019 „Was macht Bettina Hagedorn beim Papst in Rom?“. Der **SHZ-Verlag** titelte am 14. März 2018 „Schleswig-Holsteins Frau in der Regierung“ und brachte am 4. Mai 2019 auf vier (!) ganzen Seiten ein Porträt im Wochenend-Magazin „Von Kasseedorf neben die Kanzlerin“.

23.05.2019: Kurz vor der Europawahl Liveauftritt und Debatte im Studio Friedman. Foto: Screenshot der Übertragung, WELT.

So freundlich geht es in Berlin allerdings nicht immer zu: Als Finanz-Staatssekretärin muss ich zuweilen in **Talk-Shows und Radiosendungen** zu verschiedensten Themen „Rede und Antwort“ stehen. So wie am 23. Mai 2019 – kurz vor der Europa-Wahl – als Gast bei der Talk-Sendung **„STUDIO FRIEDMAN“** im Berliner WELT-Studio. Dort lieferte ich mir 40 Minuten lang einen Schlagabtausch mit Pascal Kober (FDP) über Populismus, Europa und Grundrente, während Michel Friedman sich eifrig und unablässig mühte, mir das Wort abzuschneiden und mich aus dem Konzept zu bringen. Am gleichen Tag interviewte mich Martina Meißner vom **WDR im ARD-Hauptstadtstudio**, um über die Aufgaben von Parlamentarischen Staatssekretären, meinen Werdegang, meine Qualifikation und den Alltag in diesem „Job“ zu sprechen. Das Interview wurde am 24. Juli 2019 im Rahmen der Serie „ZeitZeichen“ ausgestrahlt. Zuletzt war **ich live in der Sendung „Schlossplatz Berlin – Wo Politik auf Wirtschaft trifft“ – das Onlinemagazin vom Focus**. In der Sendung zum Thema „Abverkauf Deutschland – Wo stehen wir mit unseren Innovationen“ diskutierten wir über die Gründerszene in Deutschland, die Finanzierung von Start-ups und die Industriestrategie des Bundeswirtschafts-

ministers – eine FOCUS-Sendung ist natürlich ebenso wenig wie Michel Friedman von der WELT ein „Heimspiel“ für Sozialdemokraten – aber es gehört nun einmal zu meiner neuen „Arbeitsplatzbeschreibung“, mich solchen Herausforderungen zu stellen. Und auf den Mund gefallen bin ich ja nun nicht.

23.05.2019: WDR-Interview zur Sendung „ZeitZeichen“ im ARD-Hauptstadtstudio in Berlin. Foto: BMF Kolberg.

Aber bei meinen vielfältigen Aufgaben im Bundesfinanzministerium gibt es auch zwei sehr angenehme Zuständigkeiten: Für Olaf Scholz präsentiere ich regelmäßig und bundesweit neue **Sonderbriefmarken und Gedenkmünzen** und dabei sind auch immer wieder sehr große „Highlights“ für mich: Zum Beispiel durfte ich am **03. August 2018 zum 100. Geburtstag** des von mir so verehrten Freiheitskämpfers und Friedensnobelpreisträgers **Nelson Mandela** gemeinsam mit dem **Botschafter Phumelele Stone Sizani der Republik Südafrika und Außenminister Heiko Maas** eine Gemeinschaftsbriefmarke beider Länder in einer feierlichen **Zeremonie im grandiosen Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt** in Berlin präsentieren. Eingerahmt war die Zeremonie in das phantastische **Abschlusskonzert des MIAGI-Youth-Orchestras aus Soweto** im Beisein von fast 1.000 Zuhörern.

03.08.2018: Festakt zum 100. Geburtstag von Nelson Mandela mit Phumelele Stone Sizani (Botschafter Südafrika) und Außenminister Heiko Maas. Foto: Kai Bienert

Besonders berührend war für mich auch die Vorstellung der **Sonderbriefmarke zu Ehren der vier Lübecker Märtyrer am 04. Oktober 2018 im Lübecker Rathaus**. Der evangelische Pastor Karl Friedrich Stellbrink und die katholischen Kapläne Hermann Lange, Eduard Müller und Johannes Prassek widersetzten sich dem totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Machthaber und wurden dafür am 10. November 1943 im Hamburger Gefängnis am Holstenglacis geköpft. Ihr Andenken wird in Lübeck seit über 70 Jahren lebendig gehalten und Nachfahren der vier waren ebenso wie die Nachfahren von ebenfalls Verfolgten aus der Nazizeit bei der würdigen Präsentation in Lübeck dabei.

04.10.2018: im Lübecker Rathaus, Bürgermeister Jan Lindenau, Landesbischöfin Kirsten Fehrs, Ministerpräsident Daniel Günther, Erzbischof Dr. Stefan Heße. Foto: Marco Heinen

12.11.2018: „Gruppen-Selfie“ der SPD-Frauen um Frauenministerin Franziska Giffey und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig im Deutschen Historischen Museum. Foto: Martina Weislo.

Aber mein persönliches „Highlight“ war definitiv die **Präsentation der 20-Euro-Gedenkmünze zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Deutschen Historischen Museum in Berlin am 12. November 2018 im Rahmen des Festaktes zum Jubiläum des Frauenwahlrechts** im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und auf Einladung von SPD-Familienministerin Franziska Giffey. Bei dieser wunderschönen „Geburtstagsfeier“ überreichte ich die Sondermünze „100 Jahre Frauenwahlrecht“ nicht nur offiziell an die **aktuelle Bundesfrauenministerin Franziska Giffey, sondern auch an ihre Vorgängerinnen im Amt Prof. Dr. Rita Süssmuth, Prof. Dr. Ursula Lehr, Christine Bergmann, Manuela Schwesig, Katarina Barley und die heutige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**. Von dieser fröhlichen Feier gibt es großartige Fotos, von denen ich hier einige veröffentliche. Das „Selfie“ mit der Kanzlerin schaffte es am nächsten Tag sogar als „Bild des Tages“ auf die Seite Eins der BILD-Zeitung. Die 20-Euro-Gedenkmünze in Sterling-Silber habe ich später noch den beiden langjährigen SPD-Staatssekretärinnen im Frauenministerium **Elke Ferner und Caren Marks sowie der großartigen Prof. Dr. Gesine Schwan überreicht.** Seit dem 17. Januar 2019 sind diese Gedenkmünzen auch im Handel erhältlich.

Ein besonderes Anliegen war es mir, dass nach diesen prominenten Vorkämpferinnen für mehr Frauenrechte als 11. Frau unsere langjährige **SPD-Abgeordnete Antje-Marie Steen als meine Vorgängerin im Bundestag** auf dem Kreisparteitag der SPD Ostholstein in Grömitz (ihrem Heimatort!) am 02. März 2019 diese besondere Gedenkmünze erhalten konnte. Es hätte kein besseres Geschenk für Antje-Marie Steen geben können, die ihr ganzes politisches Leben lang sowohl auf kommunaler Ebene in Grömitz und im Kreistag wie auch von 1990 bis 2002 im Bundestag für die Gleichberechtigung von Frauen gekämpft hat, und die am 11. März 2019 ihren 80. Geburtstag feierte – wie immer drei Tage nach dem Internationalen Frauentag am 08. März.

*02.03.2019: Auszeichnung für Antje-Marie Steen mit der Gedenkmünze „100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Beisein von Serpil Midyatli und Niclas Dürbrook auf dem SPD-Kreisparteitag.**

Am 17. Januar 2019 setzten wir Sozialdemokraten (gegen den Widerstand von Wolfgang Schäuble!) eine großartige **Gedenkveranstaltung im Deutschen Bundestag durch, in der wir an die erste Rede einer Frau in einem Deutschen Parlament erinnerten**: Es war **vor genau 100 Jahren die Sozialdemokratin Marie Juchacz,** die als erste Frau im Parlament sprach und deren Rede von 1919 noch heute aktuell, klug und selbstbewusst klingt und in der sie mutig für mehr Frauenrechte stritt**. An diesem Plenartag trugen alle SPD-Frauen (wie 1919!) weiße Blusen** und setzen damit auch optisch ein bewusstes Zeichen, das – bemerkenswerterweise – wenige Wochen später von den frisch gewählten demokratischen Frauen im US-Repräsentantenhaus werbewirksam kopiert wurde.

17.01.2019: Alle SPD-Frauen in Weiß: Sondersitzung zu Ehren von Marie Juchacz, 100 Jahre nach ihrer 1. Rede im Parlament. Erinnerungsfoto auf der Regierungsbank: Svenja Schulze (Umwelt), Franziska Giffey (Familie), Katarina Barley (Justiz), Michelle Müntefering (Auswärtiges/Kultur) Caren Marks (Familie). Foto: Katarina Barley.

Neben ihrer Arbeit als SPD-Abgeordnete gründete Marie Juchacz in den zwanziger Jahren übrigens die Arbeiterwohlfahrt in Deutschland, denn (nicht nur!) die Frauen der Weimarer Republik waren nie nur couragierte Vorkämpferinnen für mehr Gleichberechtigung in Deutschland, sondern immer auch für sozialen Fortschritt und Frieden. Nach dem 2. Weltkrieg waren es Frauen wie die SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert, die 1948 in unserem Grundgesetz (gegen massiven Widerstand!) den Artikel 3 als Meilenstein durchsetzten, der der Gleichberechtigung endlich Verfassungsrang gab: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Aber auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist die Gleichberechtigung keineswegs vollendet.

Im **Deutschen Bundestag** war **der Anteil weiblicher Abgeordneter** im Übrigen schon einmal deutlich höher als aktuell: Lag er in der vergangen Legislaturperiode noch bei 36,5 Prozent, so schrumpfte der Frauenanteil nach der Wahl 2017 auf nur noch knapp über 30 Prozent. Insbesondere die Fraktionen der AfD (10,6 Prozent), FDP (22,5 Prozent) und auch der CDU/CSU (20 Prozent) zeigen ein katastrophal ungleiches Verhältnis zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten. Auch die SPD-Bundestagsfraktion kann und muss noch weiblicher werden: **Aktuell liegt unser Frauenanteil aber immerhin bei 42,4 Prozent.**

Das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ ist 2019 eingebettet in eine ganze Reihe von politisch wichtigen Jubiläen, an die wir in den letzten Monaten erinnert haben und die alle mit dem **Kampf der Arbeiter- und Frauenbewegung vor 100 Jahren**, dem Ende von Kaiserzeit und 1. Weltkrieg sowie dem revolutionären Umbruch (mit u.a. dem Matrosenaufstand in Kiel im

November 1918) und dem **Aufbruch in die 1. Deutsche Republik mit der Weimarer Verfassung** und der Einführung des Frauenwahlrechts zusammenhängen. So habe ich am **18. April in Dessau (Sachsen-Anhalt) die Gedenkmünze für „100 Jahre Bauhaus“ als damaliger Aufbruch in die Moderne der Künstler und Handwerker** präsentiert und am **24. April in Suhl (Thüringen) die Sonderbriefmarke zu „100 Jahre Volkshochschulen“ zur Erinnerung an den Erfolg der Arbeiter-Bildungsvereine** vorgestellt.

*25.03.2019: Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag von Loki Schmidt mit meinem Kollegen Johannes Kahrs und der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft Carola Veit.**

Zwei sehr schöne Sonderbriefmarken wurden auch **im Dezember 2018 zu „100. Geburtstag Helmut Schmidt“ im Hamburger Rathaus und am 25. März 2019 im Museum für Hamburgische Geschichte zu Ehren von „100 Jahre Hannelore ‚Loki‘ Schmidt“ vorgestellt.** Loki war eine starke, selbstbewusste sowie moderne Frau und damit ein Vorbild für viele. Sie engagierte sich seit Anfang der 70er Jahre – also zehn Jahre VOR Gründung der Grünen – für Naturschutz, Artenvielfalt und Umweltbildung.

Denkwürdig auch: Am 15. Februar 2019 präsentierte ich der Öffentlichkeit **im Kanzleramt die Zwei-Euro-Münze aus dem Anlass „70 Jahre Bundesrat“ – die Erstprägungen übergab ich an die Kanzlerin und dem stellvertretenden Bundesratspräsidenten und brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke von der SPD.**

15.02.2019: Übergabe der Münze „70 Jahre Bundesrat“ mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke, Angela Merkel sowie M. Otto (Künstler). Foto: BMF/Annika Thoden

Und am **15. Juli 2019 stellte ich im Bundesinnenministerium** gemeinsam mit Horst Seehofer und dem aktuellen „Chef“ der Innenministerkonferenz der Länder – dem Innenminister Hans-Joachim Grote aus Schleswig-Holstein – die **Sonderbriefmarke zu (70 Jahre) „Polizeien von Bund und Ländern“ vor,** die seit dem 1. Juli bei jeder Postverkaufsstelle erworben werden kann. Für die beiden Crews der „Potsdam“ hatte ich die Sonderedition dieser Briefmarke als kleines Geschenk und zur Erinnerung an den 22. Juli 2019 in Neustadt dabei – die Freude war groß!

17.06.2019: Vorstellung der Sonderbriefmarke „Polizeien von Bund und Ländern“ im BMI. Foto: Janine Schmitz / photothek.net

Seit über 50 Jahren gibt das Bundesministerium der Finanzen außerdem in guter Tradition **verschiedene Wohlfahrtsmarken** heraus, bei denen man mit dem Porto ein zusätzliches Entgelt bezahlt, das zu 100 Prozent jeweils wohltätigen Zwecken gespendet wird. So habe ich im Juli 2018 in Wiesbaden und im Juli 2019 in Bonn mit meiner SPD-Kollegin aus dem Familienministerium Caren Marks jeweils die **Wohlfahrtsmarken „Für die Jugend“** vorgestellt, die in diesem Jahr die Abbildungen von Fledermäusen erhalten haben, um gleichzeitig auf diese bedrohte Tierart aufmerksam zu machen.

31.07.2018: Mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Sozialministerium Caren Marks bei der Präsentation der Wohlfahrtsmarke in Wiesbaden. Foto: René Vigneron

Besonders beliebt sind natürlich jedes Jahr die **Weihnachtssonderbriefmarken**, deren Erlös der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. zugutekommt. Am **27. November 2018** stellte ich die Sonderbriefmarke „Weihnachten 2018“ mit dem Motiv eines Ausschnitts aus den wunderschönen, weltberühmten **Chagall-Kirchenfenstern der St.-Stephan-Kirche in Mainz** vor. Diese Fenster, die den gesamten Kirchenraum in einem ruhigen, geheimnisvollen blauen Licht erscheinen lassen, sind ein berühmtes Symbol der Versöhnung. Denn Chagall, in Russland geboren, als Jude vor den Nazis nach Frankreich geflohen, hatte sich geschworen, nie wieder deutschen Boden zu betreten. Es brauchte zehn Jahre Überzeugungsarbeit, bis er einwilligte, **diese Fenster als Sinnbild des Friedens und der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich sowie zwischen Juden und Christen zu gestalten**. Die Weihnachts-Sondermarke 2018 mit dem „Pluszeichen“ kostete einen Euro, wovon jeweils 30 Cent an gemeinnützige Projekte fließen – jedes Jahr rund 10 Mio. Euro, die dann von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. verteilt werden. Dazu gehören alle wichtigen Wohlfahrtsverbände in Deutschland: die Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische Gesamtverband, die Diakonie Deutschland sowie die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

27.11.2018: Mit Bischof Peter Kohlgraf in der Mainzer Stephanskirche mit Chagall-Fenstern. Foto: Bischöfliche Pressestelle Bistum Mainz

Außerdem gibt es jedes Jahr drei Sonderbriefmarken zu Gunsten der Stiftung **„Sporthilfe in Deutschland“** – am **08. Mai 2019** habe ich diese Marken öffentlich im historischen „Kleinen Sendesaal“ des RBB im „Haus des Rundfunks vorgestellt. Eine tolle

Veranstaltung für den guten Zweck. Bereits **seit 1968 unterstützt der Bund die „Sporthilfe“ mit dem Verkauf von Marken und sammelte damit bereits rund 140 Mio. Euro**, welche für soziale Belange und Aufgaben im Bereich des Nachwuchs- und Spitzensports zur Verfügung gestellt werden. Dieses Jahr wurde den „Olympia-Sportlegenden“ Michael Groß („Flieg, Albatros, flieg!“), Jochen Behle („Wo ist Behle?“) und Hans Günter Winkler („Und Halla lacht, als wüsste sie, um was es geht.“) jeweils eine eigene Sondermarke gewidmet. Mit dabei waren – neben Jochen Behle selbst – Dr. Ilgner, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Sporthilfe, der Programmdirektor des RBB Dr. Jan Schulte-Kellinghaus, Sport-moderator Jörg Wontorra sowie viele Journalisten und Gäste.

08.05.2019: Übergabe der „Sporthilfe“-Briefmarke in Berlin mit v.l. Jörg Wontorra, Armin Lindauer, Michael Ilgner, Jochen Behle, PSt. Stephan Mayer, Dr. Jan Schulte-Kellinghaus. Foto: BMF

Diese Briefmarken- und Münz-Präsentationen sind zwar keine politischen Aufgaben und auf Facebook werde ich dafür schon gerne mal als „Briefmarken-Tante des BMF“ tituliert, aber sie führen mich ständig an bemerkenswerte Orte, bringen mich mit spannenden Persön-lichkeiten zusammen und setzen eine Auseinandersetzung mit interessanten Inhalten voraus. Mir macht diese Aufgabe in jedem Fall Freude.

Im Bundesfinanzministerium bin ich als Parlamentarische Staatssekretärin neben dem Bundeshaushalt auch insbesondere für Europa zuständig. Diese Aufgabe sorgt dafür, dass viele **Bürger- bzw. Europadialoge im Auftrag des Finanz-ministeriums mit interessierten Schülern und Studenten zum Thema Europa** in meinem Terminkalender landen.

23.03.2019: in Flensburg mit Anna Vormann (JEF SH), Prof. Dr. Margot Brink (Vizepräsidentin Europa-Universität Flensburg), Paul Weber (Landesvorstand JEF SH). Foto: Sabine Große-Aust

Auch als Bundestagesabgeordnete besuche ich seit 17 Jahren sehr regelmäßig Schulen der Region, weshalb mir auch diese Aufgabe viel Freude bereitet. So besuchte ich 2018 offiziell die **Grund- und Gemeinschaftsschule Pönitz, die Immanuel-Kant-Schule Reinfeld, das Carl-Maria-von-Weber-Gymnasium in Eutin und Studierende der Europa-Universität Flensburg**, um im Vorfeld der Europa-Wahl auf dieses wichtige Europa-Projekt neugierig zu machen und mich der Diskussion zu stellen. Wir haben intensiv darüber gesprochen, wie Europa konkret für die jungen Leute im Alltag ankommt und welche Möglichkeiten und Chancen Europa für sie in Zukunft bietet. Auf

Wunsch der Studierenden an der **Europa-Universität Flensburg** besuchte ich sie zur **Debatte am 23. März gleich ein zweites Mal** – schöne Resonanz, wenn man spürt, dass dieser Dialog wertgeschätzt wird.

*27.03.2019: Engagierte Gespräche und eine tolle Ausstellung mit Schülern in Bad Malente.**

Am 25. März 2019 fand bereits zum zwölften Mal in ganz Deutschland der Europa–Projekttag an Schulen statt, den ich auch schon als SPD-Bundestags-abgeordnete seit 2007 jedes Jahr durch viele Schulbesuche in Ostholstein aktiv unterstützt habe. Ziel dieses Tages ist es, Jugendliche für die europäische Idee zu begeistern und über die Arbeit der Europäischen Union zu informieren und natürlich vor allem, um Fragen zu beantworten. Ich habe dazu am **26. März 2019 die Waldorfschule in Lensahn mit über 100 Schülern der gesamten Oberstufe** und einen Tag später **die Schule „An den Auewiesen“ in Malente** besucht. Dort erwartete mich eine Ausstellung, die Schüler innerhalb ihrer Projektwoche zum Thema Europa erstellt haben – sehr beeindruckend. Die lebhaften Diskus-sionen über Europa mit den Schülerinnen und Schülern beider Schulen waren großartig.

3. Erfolge aus Berlin für Ostholstein und Stormarn

<u>Förderung für das BUND Umwelthaus in Neustadt</u>

28.08.2018: Besuch des Umwelthauses Neustadt mit Johannes Kahrs. Foto: Büro Kahrs

Das **Umwelthaus in Neustadt – ein „Bildungs-Leuchtturm“,** der mir seit 25 Jahren mit seiner tollen Leiterin Martina Stapf besonders am Herzen liegt – erhielt im **2018 4 Mio. Euro Bundesmittel** und damit eine 100-Prozent-Förderung, um mit einem aufwendigen Um- und Anbau-Konzept für zusätzliche Gruppen und noch bessere Angebote zukunftsfähig gemacht zu werden. Das Haus leistet seit den 90er Jahren eine großartige Arbeit in Neustadt, ist aber architektonisch „in die Jahre gekommen“. Weder ist es vorbildlich gedämmt, bei der Energie- und Wasserversorgung ökologisch beispiel-gebend noch barrierefrei gestaltet – und zu wenig Platz hat es für seine tollen Bildungsangebote in der Trägerschaft des BUND auch. Deshalb war es mir ein wichtiges Anliegen, diese ehrgeizigen Pläne von Bundesseite her zu unterstützen, als ich **am 06. Dezember 2017 gemeinsam mit der damaligen Bürgermeisterin von Neustadt Dr. Tordis Batscheider, Edda Disselhoff und dem Landesgeschäfts-**

führer Ole Eggers des BUND das Umwelthaus in Neustadt besuchte. Nur ein halbes Jahr später – **am 27. Juni 2018 – beschloss der Haushaltsauschuss in seiner Bereinigungssitzung die 4 Mio. Euro für Neustadt**! Als ich am **28. August 2018** gemeinsam mit meinem Kollegen, dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Johannes Kahrs**, bei einem erneuten Besuch des Umwelthauses ankam, konnten wir mit allen Anwesenden angesichts dieser guten Nachricht weitere Pläne schmieden: Freude pur!

24.05.2019: Baumpflanzung „Freiwilligenapfel" mit FÖJ-lerin Luca Dettmers, Dirk Hennig (Vorstand FÖJ), Hinrich Goos (Initiator). Foto: Beate Hanhart-Jensen

Seit dem **24. Mai 2019 bin ich „Schirmherrin" für den so genannten „Freiwilligenapfel"**. Ich pflanzte gemeinsam mit den bundesweiten Organisatoren des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) einen solchen Apfelbaum auf der BUND-Streuobstwiese in Bad Malente, wo ich vor 10 Jahren bereits meinen ersten (gespendeten) Apfelbaum gepflanzt hatte (dem es heute prächtig geht!). Mit dabei waren auch meine liebe Sandra Redmann als umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, und Dietmar Bethge vom BUND Malente. Es ist eine **alte, bislang unentdeckte Sorte, die der FÖJ-Ehrenvorsitzende Hinrich Goos vor 6 Jahren in einem ostholsteinischen Knick entdeckt** hat. Der Baum diente als „Mutterbaum" für viele „Nachfahren", die man ab jetzt als Hochstamm, Halbstamm und Busch – gezogen von der Baumschule Oleg Ceban – für 50 Euro kaufen kann – 10 Euro gehen beim Kauf jedes jungen Baumes als Spende an das FÖJ: eine großartige Aktion! Ich unterstütze das FÖJ und die Freiwilligendienste generell seit ca. 20 Jahren.

<u>Denkmalschutzprojekte – mit Bundesmitteln grundsaniert!</u>

*03.06.2018: Im Eutiner Schloss mit MdL Regina Poersch und Dr. Eberhardt Schmidt-Elsaesser, ehemaliger Kultur-Staatssekretär .**

Seit 2008 gibt es das **Denkmalschutzsonderprogramm des Bundes**, durch das ich seitdem über 4,6 Mio. Euro an Bundesfördermitteln für bedrohte Baudenkmäler nach Ostholstein „geholt" habe. Auch in den letzten zwei Jahren sind weitere Förderzusagen aus Berlin in

unserer Region angekommen und haben für viel Erleichterung und Freude gesorgt.

Eine „Spritze“ von **400.000 Euro** erhielt 2018 das **Schloss Eutin**, nachdem **der Eutiner Schlossgarten bereits 2013 300.000 Euro** Förderung erhalten hatte! Nun können die dringend notwendigen Sanierungsarbeiten an der Außenfassade, dem Dach und den Fenstern mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 800.000 Euro endlich beginnen. Als ich am 03. Juni 2018 bei der Neueröffnung des Süd- und Westflügels des Schlosses Gast war, durfte ich – als langjährige Unterstützerin des Schlosses – die Veranstaltung mit einem persönlichen Grußwort eröffnen.

*03.04.2018: Symbolisches Einsetzen der letzten Dachpfannen auf dem Dach der St.-Jürgen-Kirche in Grube.**

Die wunderschöne **St-Jürgen-Kirche in Grube** erhielt bereits 2017 440.000 Euro, die 2018 aber noch durch einen „Nachschlag**“ auf 550.000 Euro aufgestockt** werden mussten, weil die Bauschäden sich doch als größer entpuppten als gedacht. Als ich am 01. November 2016 das erste Mal die Kirche besuchte, war ich beeindruckt von dem fantastischen ehrenamtlichen Engagement des Fördervereins, der mit vielen Aktionen die Kirchensanierung unterstützt. Dennoch wurden schon im September 2017 bei meinem nächsten Besuch während der Bauarbeiten die unvorhersehbaren Schäden im Dachbereich offenbar. Als die Kirche in Grube am 02. September 2018 nach über einjähriger Bauzeit endlich mit einem bewegenden Festgottesdienst wiedereröffnet werden konnte, schwebte die Kirchengemeinde noch in Ungewissheit, ob der Bund weitere 110.000 Euro bewilligen würde. Umso größer war die Freude über die positive Nachricht aus Berlin!

28.08.2018: Besuch der Feldsteinkirche St. Laurentius Süsel mit Johannes Kahrs. Foto: Büro Kahrs

Auch die herrliche **St.-Laurentius-Kirche in Süsel** wies bei meinem ersten **Besuch im August 2017** bereits einen so erheblichen Sanierungsbedarf auf, dass von den vier Kirchenglocken nur noch eine geläutet werden durfte. Es war offensichtlich, dass in Süsel die Zeit besonders drängte. Deshalb kam ich am 28. August 2018 erneut und dieses Mal zusammen mit Johannes Kahrs, dem „Chef-Haushälter“ der SPD-Bundestagsfraktion, zur Besichtigung der Schäden. Johannes Kahrs machte der Kirchengemeinde ausdrücklich Mut, sich für eine „große Lösung“ in Form einer Komplettsanierung zu entscheiden. Dafür mussten dann aber Kirchen-

gemeinde, Kirchenkreis und Landesdenkmalpflege in nur wenigen Wochen eine vollkommen neue Planung (mit Ko-Finanzierung!) auf den Weg bringen. Das Engagement hat sich gelohnt: Schon drei Monate später erhielt Süsel die 50-prozentige **Bundesförderung in Höhe von 1,09 Mio. Euro vom Haushalts-ausschuss bei Gesamtkosten von 2,2 Mio. Euro**. Die Feldsteinkirche St. Laurentius in Süsel prägt seit über 850 Jahren das Bild unserer Region, sie ist ein wichtiger Ort der Begegnung und für kulturelle Veranstaltungen. 2017 gründete Michael Meininghaus spontan einen Förderverein in Süsel, um die Finanzierung zu unterstützen, die über die nächsten Jahre läuft. Damit steht der Sanierung dieses wichtigen Kulturdenkmals ab 2019 nichts mehr im Wege. Herzlichen Glückwunsch an alle Unterstützer in Süsel!

*17.08.2017: Im Dachstuhl der Landkirchener St.-Petri-Kirche mit Dr. Peter Wendt, Präses der Kirchenkreissynode, Pastor Bertold Kark-Carlson, den Architekten Matthias Höls, Torsten Ewers.**

Ich bin glücklich, dass die Sanierung der **St.-Petri-Kirche in Landkirchen/Fehmarn** – nach der Förderung 2015 mit 200.000 Euro für den hölzernen Glockenturm – **2019 nun schon zum zweiten Mal mit weiteren 350.000 Euro profitieren** konnte. Am 16. August 2017 hatte ich die prachtvolle Kirche St. Petri erneut besucht, um mich über die Schäden am Dachstuhl und am Mauerwerk der 1230 erbauten dreischiffigen Hallenkirche zu informieren. Pastor Bertolt Kark-Carlson und der zuständige Architekt Torsten Ewers erläuterten mir damals eindringlich im Beisein vieler Interessierter, warum die Sanierung speziell des Dachstuhles so dringend notwendig sei – das Gesamtinvestitionsvolumen von 725.000 Euro ist jetzt gesichert und die Arbeiten können starten!

29.03.2019: Besichtigung der Bauschäden in Bannesdorf: Pastor Martin Grahl, Architekt Mike Woehs, Bauabteilungsleiter des Kirchenkreises Matthias Höls, Architekt Torsten Ewers. Foto: FT

Nicht weit entfernt steht auf Fehmarn die im 13. Jahrhundert erbaute **St.-Johannis-Kirche in Bannesdorf, die 2019 eine Bundesförderung von 129.000 Euro** für eine umfangreiche Entwässerung zur Bekämpfung der Feuchtigkeit und zum Schutz der wertvollen Malereien ebenso wie für Reparaturen am Mauerwerk erhalten hat. Am **29. März 2019** besuchte ich zusammen mit dem ortsansässigen Pastor Dr. Martin Grahl sowie Mitgliedern des Kirchengemeinderats, mit Marianne Unger von der SPD-Fehmarn und mit den Architekten Torsten Ewers und Mike Woehs die Kirche, um mir einen Überblick über die notwendigen Sanierungsmaßnahmen (mit einem Gesamtvolumen von 258.000 Euro) in dieser über 700 Jahre

alten Kirche zu verschaffen. Vor Ort versprach ich, mich persönlich für die Aufnahme der Kirche in das Denkmalschutzsonderprogramm stark zu machen und freue mich nun riesig mit der gesamten Gemeinde über die positiven Nachrichten wenige Wochen später aus Berlin! Der Einsatz hat sich gelohnt.

Auch die **Ev.-luth. Kirchengemeinde Bosau** kann für die Sanierung der **St.-Petri-Kirche zu Bosau über 53.000 Euro** entgegen nehmen, mit denen das Dach des Choranbaus nun endlich neu gedeckt werden kann, um den durch Feuchtigkeit gefährdeten Feldsteinturm zu schützen.

Besonders freue ich mich auch über Förderung des Bundes für die **Kirche in Zarpen** in Stormarn, die **2021 ihren 800. Geburtstag** feiert und die ich **am 05. März 2019 auf Initiative des SPD-Aktiv-Postens aus Zarpen Olaf Rieck** mit vielen SPD-Mitgliedern, Kommunalpolitikern und Kirchenvorstandsmitgliedern besuchte. Sie erhält mit 41.000 Euro eine 50-Prozent-Förderung des Bundes, mit der bis zu meinem Besuch niemand gerechnet hatte. Die Kirche verfügt über eine einzigartige Gewölbemalerei aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, in die ich mich bei meinem Besuch sofort verliebt habe: Zu Recht geht der Blick vieler Besucher in der Kirche – getreu dem Motto der Kirchengemeinde – zuallererst „himmelwärts“. Leider ist die Deckenmalerei über die Jahre stark verschmutzt und es hat sich ein Grauschleier über die Ranken und Engel gelegt, der dringend fachgerecht entfernt werden müssen. Zusätzlich haben sich Hohlstellen unter der Malschicht gebildet, weil der Putz sich vom Stein gelöst hat. Diese Stellen müssen nun aufgespritzt werden. Gutes Gelingen!

*05.03.2019: Besichtigung der Kirche in Zarpen mit Restaurator Christian Leonhardt, Pastor Nils Wolffson, Propst Dr. Daniel Havemann und Konservatorin Julika Haller.**

Seit 2008 habe ich mich für die Förderung vieler historischer Projekte von nationaler Bedeutung in Ostholstein erfolgreich eingesetzt: Mit **insgesamt ca. 4,6 Mio. Euro** profitierten u.a. allein die **KZ-Gedenkstätte Ahrensbök (2008: 85.000 Euro), die Ratekauer Feldsteinkirche (2009: 800.000 Euro), der Eutiner Schlossgarten (2013: 300.000 Euro) sowie der Oldenburger Wall (2014: 180.000 Euro) und der Glockenturm in Landkirchen/Fehmarn (2015: 200.000 Euro).** Im Jahre 2016 folgte der **Elisabeth-Turm auf dem Bungsberg,** dessen 22 Meter hoher Turm mit **160.000 Euro aus Bundesmitteln** gefördert wurde. Auch die Orgel in der Stadtkirche in Neustadt erhielt 2016 35.000 Euro Bundesförderung.

Auch für die Kulturschätze unserer **Nachbarn in Lübeck** habe ich mich immer engagiert: 2019 erhält das Buddenbrookhaus im ersten Schritt 850.000 Euro für seinen Um- und Ausbau und in den kommenden Jahren wächst diese Summe **auf über 2,1 Mio. Euro** an. Bei meinem **letzten Besuch im Buddenbrookhaus am 06. Mai 2018** war dieser bevorstehende

Umbau samt Vergrößerung durch das Nachbarhaus bereits das ganz große Thema. Die Gesamtkosten des Projektes – unter anderem für **Neukonzeption der Ausstellung sowie Aus- und Umbau des Hauses – sind auf ca. 18 Mio. Euro kalkuliert.** Ein großer Schritt ist mit der Beteiligung des Bundes an diesen Kosten nun getan.

Lübeck erhält auch insgesamt **1,1 Mio. Euro für das Feuerschiff „Fehmarnbelt“,** das zwischen 1906 und 1908 gebaut wurde, am 31. März 1986 als letztes Feuerschiff außer Dienst gestellt und anschließend zum Museumsschiff wurde. Es kam bis zum Kriegsende vor der Mündung der Eider in der Nordsee quasi als mobiler Leuchtturm zum Einsatz. Nach den Kriegsjahren wechselte es häufiger seine Einsatzbereiche bis es **von 1965-84 im Fehmarnbelt unter gleichem Namen im Einsatz** war. Seit 2009 liegt es in der Hansestadt Lübeck im Winter vor den Media-Docks und unternimmt im Sommer immer noch Fahrten.

Sanierung kommunaler Einrichtungen

Für das erfolgreiche Programm **„Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“** gab es 2019 die mittlerweile vierte Fördertranche, für die der Haushaltsausschuss am 10. April 2019 die geförderten Projekte für das Jahr 2019 beschloss. Das Programm war in diesem Jahr – aufgrund der riesigen Nachfrage bei den Kommunen – einmalig mit insgesamt 300 Mio. Euro ausgestattet – aber es gab Förderanträge von 2,5 Mrd. Euro! Insofern ist es ein großer Erfolg, dass Ostholstein gleich zweimal erfolgreich sein konnte: **Die Stadt Oldenburg erhält bereits zum zweiten Mal für das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium – zuvor 752.000 Euro für die Sanierung der Aula im Jahr 2017 – eine fast 50-prozentige Bundesförderung in Höhe von 3,17 Mio. Euro für eine neue Dreifeld-Mehrzweckhalle!** Gut 7 Mio. Euro waren im Rathaus veranschlagt worden, um die marode Sporthalle abzureißen und durch den deutlich größeren Neubau für den Sportunterricht einerseits sowie für zusätzliche Angebote der zahlreichen Sport- und Kulturvereine andererseits zu ersetzen. Die Oldenburger Vereine, die sowohl Breiten- als auch Leistungssport betreiben, brauchen nicht nur einen Platz zum Training, sondern außerdem eine ausreichende Hallengröße mit Zuschauertribünen für Wettkämpfe im Ligabetrieb der Vereine. Dadurch erhält Oldenburg einen attraktiven Mittelpunkt für das Schul- und Vereinsleben, das der Bund hiermit großzügig unterstützt.

Gleichzeitig gab es auch **tolle Nachrichten für Eutin: Die Sanierung der Freilichtbühne der Festspiele Eutin wird vom Bund nun mit 1,6 Mio. Euro gefördert.** Die Tribünenanlage am „Grünen Hügel“ aus dem Jahr 1976 geht jetzt in ihre 43. Saison und braucht dringend – trotz sorgsamer Pflege – eine Grundinstandsetzung bzw. Erneuerung, um eine langfristige Nutzung nachhaltig sicherzustellen und die aktuellen Sicherheitsstandards umzusetzen. Mit 1,6 Mio. Euro Zuschuss aus Berlin leistet der Bund nun einen wichtigen Beitrag! Als treuer „Fan“ der Festspiele war ich seit fast 20 Jahren bei allen Premieren dabei – zuletzt bei der diesjährigen Eröffnung von „Kiss Me, Kate“ am 28. Juni 2019! Wunderbar – wie immer!

Förderprogramm „Ländliche Entwicklung“ (BULE) für Ostholstein!

*06.07.2017: Mit Monika Griefahn, Mitgründerin von Greenpeace Deutschland, auf der Festspieltribüne im Eutin.**

Das Bundesprogramms „Ländliche Entwicklung“ (kurz BULE) des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vergibt häufig eher kleine – aber feine – Förderungen aus Bundesmitteln: Zum Beispiel erhielt die **„KulTour Oldenburg in Holstein“** über 80.000 Euro Förderung vom Bund für ihr **geplantes Theaterfestival**! Die KulTour Oldenburg in Holstein gGmbH ist eine **gemeinnützige Gesellschaft der Stadt Oldenburg** in Holstein, die die verschiedensten Bereiche **Kultur, Stadtbücherei, Archiv, Volkshochschule und die Veranstaltungen der Stadt Oldenburg** in Holstein unter Federführung von **„Chef“ Michael Kümmel** betreut. Auch der **Verein „LandKunst-Stück“** erhielt **70.000 Euro aus dem gleichen Fördertopf für die Installation weiterer Kunststücke in Ostholstein**: **Rund um Grömitz stehen die Kunstwerke in der Natur,** die in Zusammenarbeit zwischen Künstlern und Landwirten unserer Region realisiert werden. Das erste LandKunst-Stück wurde 2017 auf Hof Steensen in Grömitz-Cismarfelde eröffnet – seitdem sind zahlreiche dazugekommen. Für Mai 2019 war die Eröffnung einer neuen Kunst-Installation in der Gemeinde Grube geplant. Dann werden die LandKunst-Stücke sogar über eine Fahrradroute miteinander verbunden. Auch die erfolgreiche **Konzertreihe „ClassicalBeat“ wird aus Eutin** mit **fast 100.000 Euro gefördert,** die von der **Stiftung „Neue Musik-Impulse Schleswig-Holstein“** organisiert wird. Im Mai 2018 startete die Stiftung mit ihrem Projekt „ClassicalBeat“, indem sie eine Woche lang **Konzerte in Eutin, in Burg auf Fehmarn, Scharbeutz und auch in Hamburg, Lübeck und sogar in Schweden** veranstaltete. Auch die Inselschule Burg auf Fehmarn hat in diesem Jahr beim Kulturmanagement-Projekt von „Classical-Beat“ mitgemacht. Schülerinnen und Schüler konnten dort während eines Praktikums bei der Stiftung hautnah miterleben, wie Konzerte geplant und organisiert werden und selbstständig bei den Veranstaltungen helfen. Jetzt bekommt die Stiftung für die Fortführung ihrer pädagogischen und musikalischen Arbeit 99.087 Euro als Unterstützung vom Bund. Ebenfalls erhielt der **Förderkreis der Kreisbibliothek Eutin e.V.** eine Projektförderung in Höhe **von 27.566,80 Euro für ihr Projekt „Heimatkunde“.** Der Förderkreis ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein und unterstützt die Bibliothek in Eutin mit seinen über 150 Mitgliedern nicht nur bei der Finanzierung besonderer Anschaffungen, sondern organisiert auch Ausstellungen, Lesungen und Veranstaltungen rund ums Thema „Buch“. Mit diesem Bundesprogramm konnten seit 2015 mehr als 1.000 Projekte im ländlichen Raum erfolgreich gefördert werden – 2019 sind wieder 70 Mio. Euro für eine

Weiterführung des Programms „BULE“ vorgesehen.

Seit 2015 unterstützt das Bundesprogramm **„Stark im Beruf – Mütter mit Migrationshintergrund steigen ein“** soziale Träger, die Mütter durch passgenaue Angebote und Aktivitäten in berufliche Qualifikation bringen und sie auf dem Weg in die Arbeitswelt coachen. In Ostholstein widmet sich dieser Aufgabe seit Jahren mit viel Engagement und Erfolg der **Kinderschutzbund Ostholstein** und wird auch in der zweiten Förderperiode von **2019 bis 2022 mit jährlich maximal 75.000 Euro** aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert – wie **SPD-Familienministerin Franziska Giffey am 22. März 2019 bestätigte.** Damit ist der Kinderschutzbund Ostholstein eine von bundesweit rund 86 Kontaktstellen, die mit den Jobcentern und Agenturen für Arbeit, Beratungsstellen und Unternehmen kooperieren. An dem ESF-Förderprogramm teilnehmen können interessierte Mütter mit Migrationshintergrund, die über 18 Jahre alt sind, über Deutschkenntnisse auf B1-nahem Niveau verfügen und vom Jobcenter Ostholstein betreut werden.

Mehr sozialer Wohnungsbau und Wohneigentum für Familien

Für den sozialen Wohnungsbau haben wir – nachdem bereits eine Mrd. Euro im Bundeshaushalt 2018 verabschiedet wurde – die Mittel für 2019 erneut um 500 Mio. Euro auf weitere 1,5 Mrd. Euro erhöht! Zusätzlich stehen für die Jahre 2020 und 2021 mindestens 2 Mrd. Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau bereit.

Das bereits im **Haushalt 2018 beschlossene Baukindergeld** läuft seit September 2018 „wie geschnitten Brot“. Deutlich über 2 Mrd. Euro wird der Bund dafür bis 2028 ausgeben, bis Ende 2018 konnte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) **bundesweit bereits 56.000 Förderzusagen** erteilen. Dieser Beitrag des Bundes für die finanziell unterstützte Eigentumsbildung von Familien ist gerade in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins ein großer Erfolg, wie die jüngst veröffentlichten Zahlen der KfW-Bank zeigen: Für 2018 wurden in **Ostholstein 169 Anträge mit einem Volumen von 3,5 Millionen Euro bewilligt**, im Kreis **Stormarn waren es sogar 205 Förderanträge für 4,2 Millionen Euro**. Das zeigt, wie groß der Wunsch von jungen Familien nach den eigenen vier Wänden ist und viele mit der Unterstützung des Bundes diesen Schritt nun erfolgreich gewagt haben.

4. Dauerbrenner Fehmarnbeltquerung

Sachstand für das Gesamtprojekt – gefährdeter denn je!

*07.11.2018: Mathias Stein MdB, Malte Siegert (NABU), Karin Neumann und Hendrick Kerlen („Aktionsbündnis gegen die FFBQ“) in Berlin.**

2019 zeigt sich, zehn Jahre nachdem der Bundestag – gegen meine Stimme – dem Staatsvertrag mit Dänemark zugestimmt hat, deutlich die wachsende Nervosität bei

Befürwortern wie „Machern“ der geplanten Festen Fehmarnbeltquerung.

Das größte Bauprojekt Nordeuropas gerät beim Zeitplan und beim Kosten-Nutzen-Verhältnis immer mehr zum Fiasko: Die Kosten explodieren seit 2009 auch auf dänischer Seite und die Kosten der Hinterlandanbindung in Deutschland haben sich nach jüngster Auskunft des Bundesverkehrsministeriums (Juni 2019) mindestens verdreifacht (nach Prognose des Bundesrechnungshofes sogar mehr als vervierfacht!), während die prognostizierte Anzahl der Güterzüge sich mehr als halbiert hat, die Auto- und LKW-Verkehre seit zehn Jahren nahezu stagnieren und die Fähren immer noch nur zu 40 Prozent auslasten, so dass sich alle Ursprungsprognosen von Femern A/S zur angeblichen Verdoppelung der Verkehrszahlen bis 2025 als komplett haltlos entpuppt haben. Dank des Weiterbetriebs der Scandlines-Fähren und gesenkter Maut auf der Großen Beltbrücke (um immerhin 25 Prozent!) wird diese kalkulierte „Luftnummer“ mit völlig unseriösen Prognosen zu den Mauteinnahmen und der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit hoffentlich – spätestens bei der gerichtlichen Über-prüfung des Gesamtprojektes, wo es auch um EU-Fördermittel geht - als plumpe Fehlprognose enttarnt und möglicherweise die dänische Finanzierung mit EU-Mitteln endgültig zu Fall gebracht.

Wie sagte doch der ehemalige **dänische Verkehrsminister Magnus Heunicke am 19. Februar 2015** (Interview in der großen dänischen Zeitung „Berlingske“)? **Wenn es nicht „zwingend erforderliche“ EU-Zuschüsse von „mindestens 1 Mrd. Euro“ gäbe, dann würde das Projekt „in weite Ferne rücken“.** Warum? Weil dann der dänische Steuerzahler – entgegen der Zusagen sämtlicher dänischen Regierungen der letzten 15 Jahre – für die 100-prozentige Staatsbürgschaft, die Femern A/S hat, haften müsste. Die nächsten zwei bis drei Jahre werden zeigen, ob das größte Infrastrukturprojekt Nordeuropas „kippt“ oder nicht.

Da spielen acht Klagen vor dem Deutschen Gericht eine entscheidende Rolle (insbesondere die des NABU, von Scandlines und Stena-Line!), aber auch die Berichte des europäischen Rechnungshofes (ERH) und des Bundesrechnungshofes (BRH) – beide für Herbst 2019 angekündigt – sowie die neue europäische Förderkulisse ab 2021 und die zentrale Frage: Wieviel EU-Mittel kann Dänemark bis 2021 (rechtmäßig!) in Brüssel von den 589 Mio. Euro abrechnen, die sie 2015 bewilligt bekommen haben? Vergessen wir nicht: Der Rechnungshof (ERH) hatte 2018 bei der Überprüfung von 160 Mio. Euro an Femern A/S geflossenen EU-Fördermitteln festgestellt, dass es eine Abrechnungsfehlerquote von 14,5 Prozent (!) gab (üblich ist in Europa ein Durchschnitt von 2,5 Prozent), so dass Dänemark 23 Mio. Euro an Brüssel zurückerstatten muss. Peinlich für Femern A/S.

Die Dänen müssen sich eingestehen, diese EU-Zuschüsse de facto allein durch die Planungsfehler von Femern A/S (die dadurch ein jahrelanges Planänderungsverfahren in Deutschland selbst verursachten) selbst gefährdet zu haben. Die ihnen bis 2020 bewilligten EU-Mittel von 589 Mio. Euro werden sie vermutlich nicht einmal ansatzweise fristgerecht abrufen können. Ob die Dänen in der nächsten EU-

Förderperiode ab 2021 weitere dreistellige Millionenzuschüsse aus Brüssel erhalten können, die auch nur in die Nähe der 2015 genannten „1 Milliarde“ kommt (die Femern A/S-Kalkulation geht sogar von 1,3 Mrd. Euro EU-Zuschüssen aus!), bezweifeln selbst die größten FBQ-Befürworter angesichts der sich verändernden Prioritäten beim EU-Förderrahmen 2021 bis 2027.

Doch damit noch nicht genug: Die dänische Finanz-Kalkulation für den Belttunnel steht ohnehin auf ganz wackeligen Beinen. Ein Urteil des Gerichtes der Europäischen Union hat am 13. Dezember 2018 – auf Betreiben der Fährbetreiber „Scandlines“ und „Stena“ – das Finanzierungsmodell der FFBQ – konkret die staatlichen Garantien Dänemarks – annulliert! Geklagt haben die Fährgesellschaften wegen Wettbewerbsverzerrung bei dem Einsatz europäischer Fördermittel. Dänemark muss jetzt mit der Kommission ganz neu verhandeln – das wird sich überschneiden mit Prüfungen des Europäischen Rechnungshofes zur Wirtschaftlichkeit der EU-Förderung von TEN-Trassen (u.a. auch der FBQ!): Die Gesamtkalkulation von Femern A/S ist kurz vor dem Zusammenbruch!

Anstatt einer ursprünglich angestrebten Eröffnung der Beltquerung im Jahr 2018(!) ist mittlerweile eine Fertigstellung frühestens 2030 – wenn überhaupt – realistisch. So ist es zumindest nachvollziehbar, dass die dänischen Befürworter als „Sündenbock“ für ihr Desaster gerne die Planungsbehörden in Schleswig-Holstein, die Umweltverbände, die Bürgerinitiativen oder eben mich öffentlich „brandmarken“, anstatt die Fehler bei sich selbst und Femern A/S zu suchen.

<u>Sachstand Hinterlandanbindung in Ostholstein</u>

Da ich **2015 in enger Kooperation mit meinem Haushaltsauschusskollegen Norbert Brackmann (CDU) den Bundestagsantrag zum übergesetzlichen Lärmschutz an den Güterschwerverkehrstrassen (TEN) in Deutschland entwickelt und durchgesetzt** habe, von dem als erstes Projekt nach dem Rheintal (Baden-Württemberg) die Hinterlandanbindung in Ostholstein profitieren wird, ist es mir besonders wichtig, dass – wie **einstimmig vom Deutschen Bundestag am 28. Januar 2016 beschlossen** – der **Anspruch auf übergesetzlichen Lärmschutz** auch wirklich von Verkehrsministerium und Deutscher Bahn 1 : 1 so umgesetzt wird wie der Bundestag es vorgab: Voraussetzung dafür ist (laut Bundestagsbeschluss) die **Beteiligung der Region und die Transparenz des Verfahrens mit dem Ziel von mehr Akzeptanz**. Die zentrale Rolle bei diesem „übergesetzlichen Lärmschutz“ spielt das **Dialogforum, das seit fast sieben Jahren in Ostholstein arbeitet und das alleine antragsberechtigt an den Deutschen Bundestag ist. Darum ist es wichtig, dass alle Kommunen in Ostholstein sich im Dialogforum auf einen gemeinsamen Antrag verständigen und sich nicht auseinanderdividieren lassen,** wie es die Verkehrsminister in Bund und Land leider mehrfach versucht haben. Das heißt für mich auch: **In den Antrag nach Berlin gehört zwingend die Forderung in Bad Schwartau nach einem 7m tiefen Trog,** da die Stadtvertretung in Bad Schwartau dieses mehrfach EINSTIMMIG beschlossen und durch eigene Gutachten wirkungsvoll belegt hat. Und auch **die Variantenentscheidung für eine Sund-**

querung, die enorm lärmrelevant ist und die das Verkehrsministerium eigentlich für den Sommer 2019 fest zugesagt hatte (verdächtig, dass Bahn und BMVI diese Entscheidung jetzt plötzlich auf Ende 2019 verlegt haben, obwohl sie ja sonst immer so großen zeitlichen Druck ausüben!), **muss zwingend vom Dialogforum und der Region mitbewertet werden und darf nicht „automatisch" als „Billigvariante" umgesetzt werden.** Es gibt viel zu tun und es geht jetzt „um die Wurst".

*14.02.2019: Im Gespräch mit Mitgliedern des Dialogforums im Deutschen Bundestag.**

Das wurde spätestens dann erneut deutlich, als das Bundesministerium für Verkehr seinen Bericht zu **„Ergebnissen der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und zur Kostenentwicklung bei der Fehmarnbelt Hinterlandanbindung"** zwar am **25. Juni 2019** an den Verkehrsausschuss des Bundestages übersandte, aber weder an das Finanzministerium oder den Haushaltsausschuss noch an die Vertreter im Dialogforum. Darin heißt es wörtlich im **Fazit: „Unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und gesetzlicher Aspekte können die zusätzlichen Forderungen der Region nicht zur Umsetzung empfohlen werden. Die Empfehlung lautet daher, die zuvor beschriebene Vorzugsvariante der DB Netz AG für die weiteren Planungen zu Grunde zu legen."** Das ist ein „Schlag ins Gesicht" für alle, die sich seit sieben Jahren im Dialogforum für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein engagieren!

Es ist jetzt wichtig für die Aktiven im Dialogforum, den Frust, den das Verkehrsministerium mit seinen knallharten Aussagen in diesem Bericht ausgelöst hat, zu überwinden, denn: **Einzig und allein die Abgeordneten im Deutschen Bundestag entscheiden in diesem Herbst, ob die Forderungen aus Ostholstein finanziert und umgesetzt werden!** Weil nach der parlamentarischen Sommerpause der Bundestag zunächst vier Tage den Bundeshaushalt 2020 im Plenum diskutieren wird, tagt der zuständige Verkehrsausschuss regulär zum ersten Mal am 25. September 2019. Ich vermute, dass der Bericht des Verkehrsministeriums dann auf der Tagesordnung steht und ich hoffe, dass die Verkehrspolitiker ihn zum Anlass nehmen werden, um mit Blick auf die am 28. Januar 2016 einstimmig beschlossene Willensbekundung des Parlamentes pro übergesetzlichen Lärmschutz an allen Güterschwerverkehrstrassen in Deutschland eine **öffentliche Anhörung für Oktober zu dem Bericht vom 21. Juni 2019** beschließen werden. Denn es geht in diesem Bericht ja nicht „nur" um die Hinterlandanbindung der Beltquerung in Ostholstein, sondern es geht in Wahrheit um **Standards für übergesetzlichen Lärmschutz in ganz Deutschland**. Deshalb sind indirekt Bahnprojekte, Kommunen und Bürgerinitiativen bundesweit betroffen.

*11.04.2019: Mit SPD-Chefhaushälter Johannes Kahrs und dem Bad Schwartauer Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann zum Gespräch in Berlin.**

Und dann muss auch der Forderungskatalog zum übergesetzlichen Lärmschutz aus Ostholstein als Gesamtpaket – inklusive Bad Schwartau und eigentlich auch inklusive der Varianten zur Sundquerung, die ja auch lärmschutzrelevant sind – in Berlin bei den Parlamentariern aller Fraktionen selbstbewusst und geschlossen von den Beteiligten des Dialogforums vertreten werden. Seit fast sieben Jahren haben sich dort alle Akteure mit unglaublich viel Herzblut und Fachkompetenz eingebracht – die Vertreter der Bürgerinitiativen rein ehrenamtlich (!) – und ihnen allein werden die Betroffenen in der Region Dank schulden, wenn der Bundestag am Ende die hohen Millionenbeträge für übergesetzlichen Lärmschutz in Ostholstein bewilligen sollte. Ohne das Engagement des Dialogforums würde es keinen zusätzlichen Lärmschutz geben können. **Meine Überzeugung ist: Wenn die Bundesregierung ihren Staatsvertrag mit Dänemark – trotz explodierender Kosten und sinkenden Verkehrsprognosen – erfüllen will, dann darf das auf gar keinen Fall auf dem Rücken der Betroffenen als „Billigvariante" umgesetzt werden.** Ich werde den Antrag des Dialogforums inklusive der Forderungen aus Bad Schwartau und einer Sundquerungsvariante mit bestem Lärmschutz auch weiterhin mit aller Kraft in Berlin unterstützen!

Mich erstaunt besonders, dass dieser Bericht des Verkehrsministeriums weder an das Finanzministerium geschickt noch mit ihm abgestimmt wurde, weshalb auch der Haushaltsausschuss nicht informiert wurde. Dieses Vorgehen des Verkehrsministeriums ist deshalb besonders befremdlich, weil **das Verkehrsministerium jetzt erstmals eine Kostensteigerung für die Hinterland-anbindung in Ostholstein um 1,1 Mrd. Euro (OHNE Sundquerung und OHNE übergesetzlichen Lärmschutz) von gut 1,7 Mrd. auf jetzt 2,8 Mrd. Euro zugibt**. Der **Bundesrechnungshof (BRH) prophezeite bereits Ende 2018 Kosten von mindestens 4 Mrd. Euro** und kündigte einen eigenen **Bericht dazu für den Herbst 2019** an. Ich warte gespannt.

*26.03.2019: Veranstaltung „SOS FÜR BAD SCHWARTAU" mit über 150 Gästen. Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann, Mathias Stein MdB, Sandra Redmann MdL, Malte Siegert (NABU).**

Sachstand Sundquerung

Am Freitag, den **23. März 2018,** hat sich **der Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags zum 17. (!) Mal mit der mangelhaften Instandsetzung der Fehmarnsundbrücke beschäftigt und erneut**

einstimmig den Bericht des Bundesverkehrsministeriums vom 14. Dezember 2017 als substanzlos kritisiert (Zitat): *„Aus Sicht des Bundesrechnungs-hofes erfüllt der vorliegende Bericht des BMVI den Auftrag des Rechnungsprüfungsausschusses nicht, zum ‚Stand der Planungen' zu berichten."* Insbesondere die diversen Verzögerungen von bis zu einem Jahr bei fast allen beschlossenen Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden durch mangelhafte Instandhaltung an der Fehmarnsundbrücke in Verantwortung der Deutschen Bahn standen im Fokus und in der Kritik des Bundesrechnungshofes. Dessen **Fazit: Durch die erneut verschleppten Sanierungsmaßnahmen werden die Schäden immer größer, ihre Behebung immer teurer, wobei letztlich einige Maßnahmen schlicht wichtig sind für die Statik und Standhaftigkeit der Brücke!** Ausschussmitglieder sprachen von „grober Fahrlässigkeit" der Bahn, während der Bundesrechnungshof es so ausdrückte, dass „nicht zuletzt infolge des Verzugs von dringend notwendigen Instandsetzungsarbeiten die Aussage der DB Netz AG nicht nachvollziehbar [ist], dass sie die Funktionsfähigkeit der Brücke bis mindestens zu Jahr 2035 sicherstellen wird." Im Detail: Die Ergebnisse der Seilprüfung sowie der Korrosionsschutzplanung verzögerten sich massiv, obwohl diese Prüfung Voraussetzung dafür ist, dass die Notwendigkeit, eventuell weitere Seile austauschen zu müssen, geplant werden kann. Auf diesen „Plan" legt der Bundesrechnungshof besonders viel Wert, weil die Seile die elementare Voraussetzung für die Statik bilden. Die Instandsetzung und Begutachtung der Seilkästen dauere mindestens ein Jahr länger als eigentlich beschlossen und vorgesehen. Ausschreibungen in Bezug auf die Erneuerung von Stahlleitwänden und maroden Entwässerungsvorrichtungen, die der Sicherung des Straßenverkehrs dienen, hätten wegen massiver Kostensteigerungen „aufgehoben werden müssen". Folge: Verzögerung um mindestens ein weiteres Jahr. Das Vorgehen der Bahn ist eine einzige Katastrophe. Einziger Trost: Die akribische Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses mit der Expertise des Bundesrechnungshofes seit nunmehr neun Jahren (!) bei diesem Großprojekt Feste Beltquerung samt Hinterlandanbindung hilft, den Akteuren im Verkehrsministerium und bei der Deutschen Bahn konsequent „auf die Finger" und „in die Bücher" zu gucken. Auf diese parlamentarische Kontrolle können die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wirklich stolz sein.

Foto: studio kohlmeier berlin

*22.08.2017: FBQ-Podium in Pansdorf mit über 100 Gästen, Malte Siegert (NABU) und Sandra Redmann MdL.**

Ende 2019 sollen nun – anstatt Mitte 2019 – die Vorzugsvarianten für eine Sundquerung – sowohl mit als auch ohne Erhalt der bestehenden Sundbrücke – öffentlich in Ostholstein präsentiert werden. Ob eine oder zwei Brücken, ob Absenk- oder Bohrtunnel, ob entweder zwischen Heiligenhafen und Strukkamp oder zwischen Großenbrode und Fehmarnsund – in ausnahmslos jeder Variante liegt für die Bevölkerung vor Ort eine Menge „Dynamit“ und jede Variante wirkt sich anders auf die Hinterlandanbindung sowohl auf dem Festland wie auch auf Fehmarn aus. Eigentlich kann darum das Planfeststellungsverfahren für die Hinterlandanbindung OHNE Festlegung der Sundquerung gar nicht abgeschlossen werden. Nach der Entscheidung über die so genannte „Vorzugsvariante“ – hoffentlich in großer Transparenz und abgestimmt mit den Kommunen vor Ort – wird auch für dieses Vorhaben ein eigenes Planfeststellungsverfahren samt aufwendiger Umweltuntersuchungen eröffnet werden müssen, an das sich eine Klagebefugnis anschließt. Durch all diese Punkte und Zeitabläufe wird überdeutlich: Bei der Beltquerung ist „der Drops ist noch lange nicht gelutscht“.

5. Seit 16 Jahren: Glaubwürdigkeit durch Information und Transparenz

Seit 2003 bin ich **„Gläserne Abgeordnete“** im Deutschen Bundestag. Das heißt: Ich veröffentliche alljährlich meine Einkünfte und Ausgaben analog zu meinem Steuerbescheid. Ich bin außerdem **eine von mittlerweile 43 Bundestagsabgeordneten** – davon hauptsächlich von SPD, den Linken sowie der Grünen und KEINER der CDU/CSU, FDP oder AfD – **die seit 2013 den „Abgeordneten-Kodex“ unterzeichnet** haben, in dem sich Abgeordnete verbindlich verpflichten, entgeltliche Nebentätigkeiten zu begrenzen, Einnahmen, Treffen mit Lobbyisten sowie Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt und Zielen zu veröffentlichen und Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern über 100 Euro nicht anzunehmen. Aus Schleswig-Holstein haben außer mir vier weitere Sozialdemokraten (Gabi Hiller-Ohm, Sönke Rix, Dr. Nina Scheer und Mathias Stein) diesen „Abgeordneten-Kodex“ unterzeichnet. **Damit sind wir fünf SPD-Abgeordneten die einzigen (!) der insgesamt 26 Mitglieder aller Fraktionen des Deutschen Bundestages aus Schleswig-Holstein,** die nach diesem Kodex handeln.

Das fünfte Mal in Folge hat die überparteiliche und unabhängige Internet-Plattform **„abgeordnetenwatch.de“** mein Antwortverhalten bei öffentlichen Bürgeranfragen im Juli 2019 mit „sehr gut“ bewertet. Das Portal, bei dem alle Bürger öffentlich Fragen an ihre Abgeordnete stellen können, stellt jeden Sommer allen Abgeordneten ein „Zeugnis“ aus, das bei 26 Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-

Holstein höchst unterschiedlich ausfällt: Während immerhin zehn Abgeordnete zu 100 Prozent die an sie gestellten Fragen beantwortet und damit die Note „1“ erhalten haben, ist bemerkenswert, dass z.B. der amtierende Vizepräsident des Bundestages, Wolfgang Kubicki (FDP), nur die Hälfte der an ihn gestellten Fragen beantwortet hat und dafür noch gerade ein „ausreichend“ erhält, während die beiden AfD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein erneut – wie auch schon im vergangenen Jahr – sich in der unteren Hälfte der „Rangliste“ befinden; Bruno Hollnagel (AfD) erhält gar ein „mangelhaft“, weil er auf drei von vier Fragen null Reaktion gezeigt hat.

Transparenz heißt für mich auch, durch aktive Öffentlichkeitsarbeit über meine Arbeit zu informieren. Allein im Jahr 2018 habe ich 65 **Pressemitteilungen** herausgegeben, die in den Medien zwar nicht alle abgedruckt wurden, aber auf meiner Homepage ausnahmslos nachzulesen sind. 2019 waren es bis zum 23. Juli 32 Pressemitteilungen.

Seit 17 Jahren lade ich jedes Jahr rund 200 Bürgerinnen und Bürgern aus Ostholstein und Nordstormarn **zu insgesamt vier dreitägigen politischen Informationsfahrten nach Berlin** ein. Die jeweils 50 Personen besichtigen in einem straffen Programm neben dem Deutschen Bundestag auch diverse Bundesministerien, das Kanzleramt oder das Willy-Brandt-Haus sowie kulturelle Highlights samt Stadtrundfahrt. Für diese spannenden und informativen Fahrten gibt es zwar eine inzwischen lange Warteliste, aber ich lade vorzugsweise verdiente Ehrenamtliche aus Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik sowie engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein. Ich freue mich sehr darüber, auch 2020 viele Ostholsteiner und Stormarner in Berlin wieder begrüßen zu dürfen! Wer sich für dieses Angebot interessiert, meldet sich bitte gern in meinem Wahlkreisbüro (bettina.hagedorn.wk@bundestag.de).

Doch nicht nur Besuchergruppen haben die Gelegenheit, den Bundestag „live“ zu erleben. Es gibt immer wieder Veran-

12. - 14.09.2018: Besuchergruppe aus Ostholstein zu Gast in Berlin. Foto: Bundesregierung/Atelier Schneider

staltungen und Projekte, die mir die Gelegenheit geben, Menschen aus meinem Wahlkreis Türen in Berlin zu öffnen, sich aus erster Hand über die Bundespolitik zu informieren und ihr „Netzwerk“ für die ehrenamtliche Arbeit zu erweitern.

Um jungen Menschen auch einen direkten Einblick in meine eigene Arbeit in Berlin zu ermöglichen, gebe ich regelmäßig **Praktikantinnen und Praktikanten** aus Ostholstein und Stormarn diese Chance – **seit 2003 konnten mich bereits über 85 junge Menschen für eine oder mehrere Wochen während der Sitzungswochen des Bundestags begleiten und ganz persönlich erfahren, wie Bundespolitik „funktioniert“.** Allein in den letzten zwei Jahren kamen u.a. Quintus Welsch aus Bad Schwartau, Laurence Gorodiski aus Warnsdorf, Hannah Tylinski aus Hamburg (ehemals Bad Schwartau), Tarek Saad aus Kiel/Syrien, Jonas Bannert aus Bad Segeberg, Greta Siegert aus Hamburg (ehemals Fehmarn), Sophie Pröttel aus Bad Schwartau, Nusret Krasniqi aus Grömitz, Luis Schwartz aus Eutin, Aenne Bracke aus Griebel/Kasseedorf und Rica Janz aus Schönwalde a.B.

*Mit der Bad Schwartauerin Hannah Tylinski.**

Die Schwartauerin Hannah Tylinski hatte mit ihrem zweimonatigen Praktikum in meinem Bundestagsbüro im Mai/Juni 2018 besonders viel Glück: Sie erlebte nicht nur live vier Tage lang die erste Lesung des Haushalts 2018 von der Zuschauertribüne des Plenums aus, sondern hatte das Privileg, als Zuschauerin an der bis in die Morgenstunden gehenden, nichtöffentlichen Schlussberatung des Haushaltsausschusses – der so genannten „Bereinigungssitzung“ – mit u.a. Bundesfinanzminister Olaf Scholz teilnehmen zu dürfen. Auch der 25-jährige **Tarek Saad aus Latakia/Syrien** absolvierte bis zum 28. September 2018 sein fünfwöchiges Praktikum in meinem Berliner Büro während der Haushaltsberatungen für 2019 in politisch spannender Zeit. Tarek ist ein Musterbeispiel für gelungene Integration als Flüchtling in Deutschland: Noch 2012 legte er sein Abitur in Syrien ab, bevor er 2014 seine gefährliche Flucht aus dem Bürgerkriegsland antrat und letztlich in Kiel eine neue Heimat fand. 2015 und 2016 absolvierte er in Windeseile die Sprachkurse B1, B2 und C1 mit Erfolg und erhielt damit den Zugang zum Hochschulstudium an der Christian-Albrecht-Universität. Es ist wirklich bemerkenswert, wie Tarek seit seiner Ankunft in Schleswig-Holstein 2014 nicht nur jede sprachliche Barriere brillant bewältigt hat, sondern sich gleichzeitig für unsere Gesellschaft und andere Geflüchtete mit ganzer Kraft engagiert. Seit Dezember 2015 arbeitet er in der Flüchtlingshilfe als Sprachmittler, seit 2017 bis heute im Jugendamt in Kiel und zusätzlich für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. Er hat in einem Kindergarten, in der SPD-Landtagsfraktion in Kiel, bei der Bürgermeisterin in Felde, bei dem damaligen Ministerpräsidenten Torsten Albig und nun auch bei mir im Bundestag

Praktika absolviert. Mit voller Energie will er alles über unsere Demokratie und den Parlamentarismus lernen und vergisst dabei vor dem Hintergrund seiner eigenen Fluchterfahrungen nie, anderen Geflüchteten die Unterstützung und Hilfe zu geben, die er selbst erfahren hat und die ihn hier eine neue Heimat finden ließ.

*Mit Juso Tarek Saad.**

Um auch den Kontakt und den **Austausch zu Betriebs- und Personalräten zu stärken,** organisiert die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßige Betriebsrätekonferenzen, zu denen ich **seit über 17 Jahren Betriebsräte aus meinem Wahlkreis einlade**. Auch in den letzten zwei Jahren waren wieder engagierte Betriebs- und Personalräte aus Ostholstein zur bundesweiten und prominent besetzten Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin gekommen: am 24. September 2018 zum Thema „Arbeitszeit – Lebenszeit“ und am 06. Mai 2019 unter dem Motto „Arbeitswelt im digitalen Wandel“. Regelmäßig kommen dann über 350 Betriebs- und Personalräte aus der ganzen Republik im Reichstag zusammen. So 2019 zum Thema „Arbeit 4.0“ um sich über den Einfluss der Digitalisierung auf die Arbeitswelt auszutauschen. Mit dabei aus Ostholstein waren 2019 Karin Gnutzmann und Pit Harms (Kendrion Kunhke, Bad Malente), Bernd Friedrichs (Scandlines, Puttgarden), Holger Jungbluth (Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt), Rüdiger Müller (Dräger, Lübeck) sowie Jochen Detlefs (AfA Ostholstein – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD).

Die Konferenz ist immer eine großartige Gelegenheit für die Betriebsräte, um sich über aktuelle Themen und Gesetzesvorhaben zu informieren und neue Kontakte zu knüpfen. Prominente Gesprächspartner waren dieses Mal nicht nur die (damalige) SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles, sondern neben Arbeitsminister Hubertus Heil auch viele Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften sowie der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Frage, wie Arbeitsrecht und betriebliche Mitbestimmung in den vielen neuen Geschäftsmodellen, Unternehmensstrategien und neue Formen der Organisation von Arbeit, die durch die Digitalisierung entstehen, gestärkt werden können.

06.05.2019: Betriebsrätekonferenz in Berlin v.l. Holger Jungbluth (Bundespolizei), Bernd Friedrichs und Jochen Detlefs (AfA Ostholstein), Karin Gnutzmann und Pit Harms (Kendrion Kuhnke, Malente) Foto: Deutscher Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 08. Mai 2019 bereits zum dritten Mal zur **„Blaulichtkonferenz“** in den Reichstag eingeladen – erneut kamen bundesweit über 250 Helfer des THW, von Feuerwehren, Katastrophenschutzverbänden, Rettungsdiensten sowie Polizeibehörden nach Berlin und auf meine Einladung waren aus Ostholstein erneut sieben aktive Helferinnen und Helfer mit dabei: Sven Schönke (Kreisbeauftragter der DLRG), Jan Cordes und Jonas Wassermeyer (Kreisbereitschaftsleiter des DRK), Robin und Kay Cyriacks (Leiter der Schnelleinsatzgruppe des DRK) sowie Elke Sönnichsen (Geschäftsführerin des Arbeiter-Samariter-Bundes) und Udo Glauflügel (Fachreferent für Notfallversorgung im Arbeiter-Samariter-Bund). Das diesjährige Schwerpunktthema der Konferenz hätte dabei aktueller nicht sein können: „Klimawandel: Herausforderung für den Katastrophenschutz“. Diese Herausforderungen wie plötzliche Extremwetter mit Stürmen, Überschwemmungen oder Dürre nehmen nämlich auch für die überwiegend ehrenamtlich organisierten Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz dramatisch zu, personell wie in der Ausrüstung. Im Zentrum der Konferenz standen darum der Vortrag von Marie-Luise Beck, Geschäftsführerin des Deutschen Klima-Konsortiums, sowie die prominent besetzte anschließende Podiumsdiskussion: Dort diskutierten THW-Präsident Albrecht Broemme, Dr. Marcus Kreutz als stellvertretender Geschäftsführer des Arbeiter-Samariter-Bundes, Dr. Miriam Haritz vom Bundesamt für Bevölkerungs-schutz, Ute Voigt als Vizepräsidenten der DLRG sowie mit Harmut Ziebs der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes – eine auch für die Gäste aus Ostholstein spannende Gesprächsrunde.

*08.05.2019: Gäste zur „Blaulichtkonferenz“ in Berlin: v.l. Jan Cordes (DRK), Kay Cyriacks (DRK) , Jonas Wassermeyer, (DRK), Sven Schönke (DLRG), Robin Cyriacks (DRK).**

Zur **Wirtschaftskonferenz** des SPD-Wirtschaftsforums e.V. zum Thema „Soziale Marktwirtschaft 4.0 – Innovation, Sicherheit und Nachhaltigkeit“ am 09. Mai 2019 in Berlin reiste auf meine Einladung Matthias Dreyer, Chef des Heizung- und Sanitär-Meisterbetriebes „Langer & Dreyer GmbH“ aus Reinfeld. Bereits 2016 hatte er als „Handwerkshospitant“ in meinem Berliner Büro ein einwöchiges „Praktikum“ absolviert, um den politischen Alltag einer Bundestagsabgeordneten kennenzulernen. Im Gegenzug besuchte ich seinen vorbildlichen Handwerksbetrieb in Reinfeld mit heute 28 Angestellten und mehreren Auszubildenden im März 2016. Beim SPD-Fachkongress mit vielen Unternehmensvertretern aus ganz Deutschland war auch Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz mit dabei, kurz nachdem er in einer Pressekonferenz die neueste Steuerschätzung vorgestellt hatte, was für zusätzlichen Diskussionsstoff sorgte. Auch in diesem Jahr bot sich auf dem anschließenden Parlamentarischen Abend die hervorragende Gelegenheit für

intensive Diskussionen, persönlichen Gedankenaustausch und „Networking“. Wer Interesse hat, an der nächsten SPD-Wirtschaftskonferenz in Berlin teilzunehmen, kann sich schon jetzt hierfür in meinem Eutiner Wahlkreisbüro unter bettina.hagedorn.wk@bundestag.de vormerken lassen.

*09.05.2019: Wiedersehen mit dem selbstständigen Handwerksmeister Matthias Dreyer aus Reinfeld beim Wirtschaftsforum der SPD.**

Darüber hinaus findet am 23. September 2019 der SPD-Fachkongress mit dem Thema „Zur Zukunft der Kleingärtner“ in Berlin statt. Dazu werden Kleingärtner aus ganz Deutschland eingeladen, um über aktuelle Herausforderungen zu diskutieren sowie Antworten auf wichtige Zukunftsfragen zu finden. Auch hier können sich gern interessierte Personen in meinem Eutiner Wahlkreisbüro unter bettina.hagedorn.wk@bundestag.de anmelden.

Zum dritten Mal war ich im Frühjahr 2019 **Gastgeberin in der Eutiner Sparkassenfiliale für die Wanderausstellung „Deutscher Bundestag“** die ich **am 01. März 2019 im Beisein von ca. 60 Gästen gemeinsam mit Sparkassenvorstand Joachim Wallmeroth eröffnete**. Auf anschauliche Weise informiert die Ausstellung über den Parlamentarismus und die Grundpfeiler unserer Demokratie in der Bundesrepublik. Mit allein zehn Klassen der Stufen 10 bis 13 der beiden Eutiner Gymnasien und ihren Lehrkräften traf ich mich in der Ausstellung zum regen Austausch von Fragen und Antworten. Besonders gefreut habe ich mich, dass sich außerdem Berufsschulklassen aus Eutin und Neustadt sowie ein Jahrgang der Erzieherfachschule aus Lensahn zu einer persönlichen Führung und zum Gespräch angemeldet hatten. Weitere Besuchergruppen waren Betreuer mit Flüchtlingen aus Integrationskursen sowie Soldaten der 1. Kompanie der Rettbergkaserne.

*01.03.2019: Zum 3. Mal seit 2005 Eröffnung in die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages der Sparkasse Eutin mit dem Vorstand der Sparkasse Holstein Joachim Wallmeroth und Hans-Ingo Gerwanski**

*Neben 15 Schulkassen auch die Soldaten der 1. Kompanie der Rettbergkaserne interessierte Besucher der Wanderausstellung.**

6. Vor Ort in Ostholstein

Seit meiner Ernennung zur Staatssekretärin im Finanzministerium kann ich leider nicht mehr so regelmäßig in Ostholstein sein wie in den 16 Jahren zuvor. In den „sitzungsfreien Wochen“ ohne Ausschüsse und Plenardebatten in Berlin war ich seit meinem Einzug in den Bundestag 2002 regelmäßig vor Ort, um im Wahlkreis mit Bürgermeistern, Arbeitsämtern, Verwaltungen, Vereinen, Verbänden, Betrieben und Schulen im ständigen Kontakt zu bleiben und über die kleinen und großen Sorgen der Menschen zu sprechen. Jetzt jedoch – meine Aufgaben als Staatssekretärin habe ich hier ausführlich beschrieben – muss ich auch in dieser Zeit regelmäßig in Berlin im Finanzministerium sein oder Olaf Scholz bundesweit oder in Europa vertreten. Jede Medaille hat nun einmal zwei Seiten. Aber ich bin so oft vor Ort wie ich nur kann.

*07.03.2018: Rathausgespräch in Reinfeld mit Bürgermeister Heiko Gerstmann sowie Stadtvertretern wie Bürgervorsteher Gerd Herrmann.**

Einer guten Tradition meiner Abgeordnetentätigkeit in den vergangenen 16 Jahren folgend pflege ich immer noch in den so genannten „**Rathausgesprächen**“ den Gedankenaustausch mit den Bürgermeistern sowie den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern aller Fraktionen bzw. den hauptamtlichen Akteuren und Verwaltungsmitarbeitern der Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis. **So besuchte ich von 2017 bis August 2019 19 Bürgermeister im Kreis Ostholstein und Nordstormarn, um mit ihnen persönlich über die Anliegen der Gemeinden zu sprechen**. Aktuelle Problemstellungen in den Städten und Gemeinden, insbesondere an der Schnittstelle zur Bundes- und Landespolitik, sind Themen dieser Treffen. Ein zentrales Anliegen ist beispielsweise die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, wofür der Bundeshaushalt seit Jahren Milliarden bereitstellt und auch künftig bereitstellen wird. Außerdem diskutierten wir in vielen Gemeinden die Städtebau- und Schulbauförderung. In meinen Rathausgesprächen in diesen beiden Jahren habe ich immer wieder bei den Kommunalpolitikern dafür geworben, dass sie sich durch rechtzeitige Vorbereitung ihrer Anträge auf die Investitionsprogramme des Bundes für die Sanierung von Schulen für die Digitalisierung und für den Qualitätsausbau der Kitas „wappnen“. Es freut mich, dass insgesamt über 9 Mio. Euro Bundesförderung an der Gemeinschaftsschule in Bad Malente, am Küstengymnasium in Neustadt, an der Ostsee-Grundschule in Scharbeutz und an der Gemeinschaftsschule in Pönitz „landen“ werden – das Geld stammt aus einem Bundesprogramm vom Juli 2017(!).

2018 startete ich meine Rathausgespräche am 09.01.2018 in Neustadt bei Bürgermeisterin Dr. Tordis Batscheider, es folgte am 10.01.2018 der Gedankenaustausch in Ahrensbök, am 05.02.2018 besuchte ich Bad Malente, am 08.02.2018 das Amt Lensahn, am 13.02.2018 Burg auf

*19.01.2019: Verabschiedung von Bürgermeister Mario Schmidt beim Rathausgespräch in Bosau, zusammen mit der SPD-OV-Vorsitzenden Birgit Steingräber-Klinke.**

Fehmarn und am 05.03.2018 sowohl Oldenburg als auch Ratekau und Scharbeutz. Weiter ging es am 06.03.2018 in Eutin, am 07.03.2018 in Reinfeld, am 18.09.2018 in Großenbrode, am 19.09.2018 in Stockelsdorf und schließlich am 23.10.2018 in Bad Schwartau. 2019 war ich am 19.01.2019 Gast in der Gemeinde Bosau zum „Abschied“ von Bürgermeister Mario Schmidt und am 19.03.2019 bei den ehrenamtlichen Bürgermeistern im Amt Nordstormarn in Reinfeld.

*23.02.2018: Tolle SPD-Veranstaltung in Timmendorfer Strand mit v.l. Peter Ninnemann, Lothar Binding, und Uwe Tewes.**

Ich bemühe mich immer, in meinem Wahlkreis auch interessante öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen Themen zu organisieren. Am **23. Februar 2018** z.B. diskutierte ich in Timmendorfer Strand mit meinem geschätzten Kollegen und **SPD-Finanzpolitiker Lothar Binding unter dem Titel „Oh wie schön ist Panama – Kampf den schmutzigen Geschäften der Steuerhinterzieher“** mit rund 40 interessierten Teilnehmern über die unvorstellbar hohen Einnahmen, die dem deutschen Staat pro Jahr durch Steuerflucht und Steuerbetrug u. a. durch Briefkastenfirmen verloren gehen. Außerdem haben wir über die „Panama-“ und die „Paradise Papers“ sowie über die „Cum-Ex-Geschäfte“ informiert und natürlich auch besprochen, welche Maßnahmen GEGEN die Steuerhinterziehung der vorgelegte Koalitionsvertrag vorsieht. Lothar Binding ist der finanzpolitische Sprecher der **SPD-Bundestagsfraktion und seit 2002 einer meiner Lieblingskollegen.**

Am 22. August 2019 kommt mit der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden für Arbeit, Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Katja Mast ebenfalls eine langjährige, überaus geschätzte Kollegin von mir in den **Marienhof nach Neustadt zum Thema „Der Sozialstaat als Partner – Wie viel Solidarität wollen und können wir uns leisten?“**. Uns ist wichtig, dass sich die Menschen auf den Sozialstaat verlassen können. Hierfür informieren wir über erreichte und anstehende Ziele und Vorhaben der SPD-Bundestagsfraktion und diskutieren, wie wir den Sozialstaat in naher Zukunft weiter entwickeln wollen.

Am 14. Juli 2018 versammelten sich auf dem Neustadter Marktplatz Unterstützer der Flüchtlingsinitiative „Café International“, um gegen die Kriminalisierung von Seenotrettern im Mittelmeer zu demonstrieren. Die Empörung über die

Ereignisse war schon damals zurecht groß! Es kann nicht sein, dass sich beispielsweise der deutsche Kapitän des Rettungsschiffs „Lifeline“ Claus-Peter Reisch, vor Gericht für die Rettung von 230 Migranten verantworten musste, während im Mittelmeer tagtäglich Menschen ertrinken.

14.07.2018: In Neustadt mit Sylvia Blankenburg, Chefin des Café International und Mitbegründerin der Flüchtlingsinitiative. Foto: Hermann Greve

Mit einer Unterschriftensammlung, an der sich 496 Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben, wollten die Initiatoren die bundesweite Kampagne **„Seebrücke – Schafft sichere Häfen“** unterstützen. Als Ostholsteins SPD-Bundestagsabgeordnete war es mir wichtig, bei dieser Aktion dabei zu sein, obwohl ich davon erst in letzter Minute erfahren hatte.

Am 30. Juni 2000, vor fast 20 Jahren, bekannte sich der Deutsche Bundestag mit dem **Osterappell „Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten“** zum umfassenden Flüchtlingsschutz. Anlehnend an diesen Appell forderten **211 Abgeordnete** des Deutschen Bundestages zu Ostern 2019 die Bundesregierung auf, sich für den Schutz von Menschenleben auf dem Mittelmeer und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. Natürlich unterstütze ich diesen Apell – gemeinsam mit fast allen Abgeordneten aus Schleswig Holstein der SPD-Fraktion, der Grünen und Linken sowie der FDP. Leider bekannte sich niemand der CDU-Landesgruppe Schleswig-Holstein zu den fraktionsoffenen Forderungen. Unsere konkreten Forderungen: Die Bundesregierung muss sich in der EU und bei den Mitgliedstaaten für den Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems einsetzen. Notfalls mit einer Koalition williger EU Mitgliedsstaaten, die sich für einen an humanitären und rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilmechanismus von allen aus Seenot geretteten Menschen einsetzen. Auf dem Mittelmeer geretteten Menschen darf der Zugang zu einem fairen Asylverfahren nicht verwehrt werden. Außerdem muss der Bundesinnenminister den Kommunen und Gemeinden, die freiwillig aus Seenot gerettete Menschen aufnehmen wollen, so schnell wie möglich eine Zusage erteilen und bei der konkreten Aufnahme dieser Schutzsuchenden unterstützen. Weiterhin forderten wir die Bundesregierung und die europäischen Regierungen eindringlich dazu auf, sich für die unverzügliche Freilassung aller internierten Schutzsuchenden in Libyen einzusetzen und die zügige Evakuierung nach Niger sowie die Aufnahme durch das Resettlement-programm der Vereinten Nationen zu unterstützen.

*25.10.2018: Mit Petra Merkel, Präsidentin des Internationalen Bundes, bei einem Geflüchtetenprojekt in Ratekau.**

Außerdem war ich **am 25. Oktober 2018** mit meiner langjährigen Kollegin im Haushaltsausschuss Petra Merkel zu Gast bei der **Integrationsarbeit Ratekau**, die seit Jahren vom **Internationalen Bund (IB) unterstützt** wird und dessen ehrenamtliche **Präsidentin Petra Merkel seit 2013** ist. Über drei Stunden haben wir uns mit den Haupt- und Ehrenamtlichen über die großartige Integrationsarbeit in der Gemeinde Ratekau unterhalten, Erfahrungen ausgetauscht und engagierte Geflüchtete getroffen. SPD-Bürgervorsteherin Gaby Spiller kann stolz sein auf dieses Engagement – ca. 40 Ehrenamtliche helfen schon seit Jahren mit viel Kompetenz und Herzblut mit! Mit ca. 200 Geflüchteten wird hier gearbeitet – ein, trotz der vielen Herausforderungen, Erfolgsprojekt!

Seit 2013 mein 8. Ladies‘ Day in Ostholstein 2019!

*21.06.2018: 6. Ladies Day im Bugenhagenwerk in Timmendorfer Strand mit Delara Burkhardt, seit 26.05.2019 Europaabgeordnete in Brüssel.**

Seit 2002 versuche ich gezielt, ein Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft und Politik aufzubauen und weibliche Führungskräfte aus Unternehmen, aus gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden und Vereinen, aus Kultur und Medien sowie von Betriebsräten und Gewerkschaften zum intensiven Gedankenaustausch miteinander und mit uns Politikerinnen zusammenzubringen. Deshalb habe ich bereits im Jahr 2003 gemeinsam mit meiner Haushaltsausschusskollegin Petra Merkel den Ladies‘ Day in Berlin ins Leben gerufen, der dort 10 Jahre erfolgreich stattfand, und seit 2013 von mir auch in Ostholstein ins Leben gerufen wurde.

Der Ladies‘ Day 2017 in Eutin in der Opernscheune der Eutiner Festspiele auf Einladung der damaligen Geschäftsführerin Sabine Kuhnert und der Intendantin Dominique Caron mit ca. 140 Frauen inklusive Besuch der Generalprobe kurz vor der Premiere am „grünen Hügel“ ist sicherlich allen, die dabei waren, noch in lebhafter Erinnerung.

*23.10.2018: Meine langjährige Haushaltsausschusskollegin Petra Merkel aus Berlin interviewt mich auf dem “Ladies Day Special”.**

2018 fanden sogar gleich zwei „Ladies´ Days“ in Ostholstein statt: Am 21. Juni 2018 waren erneut fast 100 „Power-Frauen“ im Berufsbildungswerk Bugenhagen in Timmendorfer Strand bei unserer Gastgeberin Inka Kielhorn, um gemeinsam Networking zu betreiben und uns in zwei

Talkrunden über Themen wie Frauen in Führungspositionen, Politik und Wirtschaft sowie über die Situation für Auszubildende auszutauschen und zu diskutieren. Vier Monate später, am 24.Oktober 2018, veranstaltete ich zudem auf Wunsch vieler Frauen einen „Ladies‘ Day Special“ im Rittersaal des Schloss Eutin bei unserer Gastgeberin und „Schloss-Herrin“ Brigitta Hermann. „Special“ deshalb, weil ich auf vielfachen Wunsch dieses Mal ausnahmsweise selbst in den beiden Talk-Runden Rede und Antwort stand, anstatt andere Frauen als Moderatorin zu befragen. Hierbei ging es neben tagesaktueller Politik auch um mein Leben als Abgeordnete und Staatssekretärin in Berlin.

*18.06.2019: 8. Ladies Day in Sierksdorf – zum 3. Mal ist Hansapark-Chefin Claudia Leicht die Gastgeberin.**

Der 8. Ladies Day in Ostholstein fand auf Einladung der „Hausherrin“ Claudia Leicht am 18. Juni 2019 – nach 2013 und 2016 schon zum dritten Mal – im Hansa-Park in Sierksdorf statt und war auch dieses Mal ein großartiger Erfolg! Fast 120 Frauen aus Wirtschaft, Gesellschaft, Vereinen, Verbänden, Kultur, Medien und Politik waren gekommen, um zwei tolle Gesprächsrunden zu den Themen „Hospiz“ und „Klimaschutzpolitik“ zu erleben und sich noch besser zu vernetzen. Am Ende eines fulminanten Abends mit dem wieder großartigen Menü schloss die A-Capella-Darbietung der bekannten dänischen Sängerin Lene Krämer und ihre „Summertime“-Version mit Gänsehaut-Feeling den Abend ab. Es gibt schon wieder Interesse an einem Ladies‘-Day-Special im Herbst – aber ich kann noch nichts versprechen. In jedem Fall werden wir uns aber im Sommer 2020 zum 9. Ladies‘ Day treffen. Wer Interesse hat, für den nächsten Ladies‘ Day 2020 eine Einladung zu erhalten, muss sich zur Anmeldung in meinem Wahlkreisbüro in die Teilnehmer-innen-Liste mit allen Kontaktdaten aufnehmen lassen

(bettina.hagedorn.wk@bundestag.de).

Wir sind inzwischen fast 400 Frauen in diesem „Verteiler“.

Wahlkreisarbeit heißt auch, immer tolle Projekte und Organisationen vor Ort zu unterstützen. Immer wieder sammele ich hierfür **Spenden**, um meine Wertschätzung gegenüber den fleißigen Ehrenamtlichen auszudrücken:

*22.12.2017: Scheckübergabe über 300 Euro an Frank Müller für das Projekt „Fußball mit Geflüchteten“ des TSV Lensahn.**

Am **22. Dezember 2017** habe ich beispielsweise das Projekt **„Integratives**

Fußballtraining mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen“ des TSV Lensahn zu seiner Weihnachtsfeier erneut besucht, um einen **Scheck in Höhe von 300 Euro an Frank Müller** und die 40 jungen anwesenden Spieler zu überreichen. Anlässlich meiner Lesungen „Spiegelbilder – Stegner in Schleswig-Holstein“ im Sommer 2017 mit dem prominentesten „Gesicht“ der SPD-Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, in Neustadt und Burg haben wir gemeinsam den Erlös für den Verkauf seiner Bücher für diese Spende vorgesehen. Ich habe den Betrag des Verkaufes der Bücher mehr als verdoppelt, weil ich dieses Projekt der Familie Frank Müller als besonders vorbildlich wertschätze. Ihnen gilt mein herzliches Dankeschön für dieses besondere Engagement! Schon am 23. August 2017 hatte ich mir das Training des TSV Lensahn mit einer großen Zahl unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge angeschaut, weil das Projekt des Turn- und Sportverein Lensahn zuvor eine Förderung vom Bund in Höhe von insgesamt 4.390 Euro aus dem bundesweiten Förderprogramm „Ländliche Entwicklung“ erhalten hatte. Richtig gut angelegtes Geld!

Am **22. Mai 2018** besuchte ich erneut den **Kinderschutzbund Ostholstein in Neustadt**, um einen Scheck mit der erfreulichen Spendensumme von **400 Euro** an den Geschäftsführer Martin Liegmann und die 1. Vorsitzende Mechthild Piechulla zu überreichen. Das Geld floss in ein Projekt des Kinderschutzbundes in der Kindertagesstätte „Am Binnenwasser“ für die Erneuerung des Spielplatzes. Bei diesem Betrag handelte es sich um die **1. Tranche des Erlöses aus dem Verkauf der limitierten SPD-„Werner-Plakate“**, die der bekannte Schleswig-Holsteiner Rötger Feldmann alias „Brösel“ exklusiv zum 150. Geburtstag der SPD im August 2013 in einer bundesweit limitierten Auflage von nur 5.000 Stück gedruckt hatte.

*Durch den Verkauf von 55 Werner-Plakaten 2018/19 insgesamt 1.100 Euro für den Kinderschutzbund in Ostholstein als Spende.**

Von den ursprünglich 100 Exemplaren, die ich 2013 gekauft hatte, waren 2018 noch 55 Plakate „nagelneu“ vorhanden. Inzwischen sind es begehrte Sammlerobjekte, die ich 2018 – pünktlich zur Neuauflage des „Werner-Rennens“ – für 20 Euro pro Stück für den guten Zweck anbot. Nach meinem letzten Aufruf im Juli 2019 sind nun alle restlichen Werner-Plakate verkauft: **Als 2. Tranche werde ich im August 2019 erneut 700 Euro an den Kinderschutzbund übergeben** können – darüber freue ich mich riesig! Zur Erinnerung: Am 07. März 2016 überreichte ich einen **Scheck über 3.500 Euro an den Kinderschutzbund Ostholstein,** die anlässlich meines 60. Geburtstages –

anstatt von Geschenken – auf meinen Geburtstagsempfängen in Berlin und in Ostholstein zusammengekommen waren – so begleite ich die wertvolle Arbeit des Kinderschutzbundes seit über 20 Jahren.

Einen besonders schönen Termin erlebte ich am 27. März 2018, als die **Gerhard-Hilgendorf-Schule in Stockelsdorf als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet wurde**. Die Schülerinnen und Schüler hatten mich zuvor als „Patin“ für dieses Projekt ausgewählt, was mir eine Ehre und zugleich große Freude war. Ich werde die Schule bei ihrem Engagement weiter begleiten. Seit über 16 Jahren besuche ich immer wieder Schulen im Unterricht, um Politik zu erklären, die Wertschätzung für unsere Demokratie zu stärken, für Engagement zu werben sowie über meine Aufgaben als Bundestagsabgeordnete zu aufzuklären. Allein 2018 besuchte ich das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Oldenburg, die Wilhelm-Wisser-Schule Eutin, die Jacob-Lienau-Schule Neustadt, die Gemeinschaftsschule Pönitz, die Elisabeth-Selbert-Schule Bad Schwartau sowie die Berufsschule Eutin. Dabei können die Jugendlichen natürlich alles fragen, was ihnen „unter den Nägeln brennt“. In den letzten 2 Jahren war ich insgesamt in über 20 Schulen – eine Aufgabe, die ich trotz meiner knapper werdenden Zeit in Ostholstein weiterhin mit viel Elan mache!

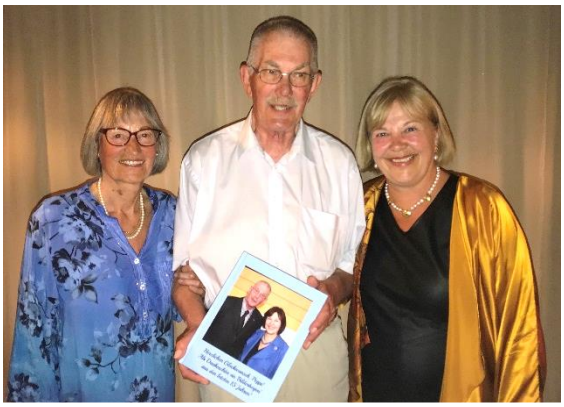
Applaus gab es zum **80. Geburtstag von Hermann Benker**, den wir am **04. Mai 2019** in Pelzerhaken gefeiert haben. Gemeinsam mit Ralf Stegner habe ich – quasi als „letzte Amtshandlung“ der „alten“ SPD-Parteispitze in Schleswig-Holstein – Hermann Benker aus diesem Anlass als höchste Auszeichnung der SPD die **Willy-Brandt-Medaille** verliehen. Jahrzehntelang hat er den SPD-Ortsverein Neustadt geführt, dessen Ehrenvorsitzender er schon seit langem ist. Er war ebenso lange aktiv in der Neustädter Kommunalpolitik und 19 Jahre unser Landtagsabgeordneter, Mitbegründer der AWO und rühriger Aktivposten in unzähligen Vereinen und

*27.03.2018: Auszeichnung der Gerhard-Hilgendorf-Schule als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.**

Funktionen. Ein „Urgestein“ im besten Sinne. Immer nah bei den Menschen, ein „Kümmerer“ wie aus dem Bilderbuch und ein Vollblut-Sozialdemokrat. Nochmals herzlichen Glückwunsch, Hermann! Du hast diese Auszeichnung verdient!

*04.05.2019: Willy-Brandt-Medaille für Hermann Benker zum 80. Geburtstag, Ralf Stegner, Gisela Teuchert-Benker, Hermann Benker.**

Doch das war nicht das einzige runde Jubiläum: Am Freitag, den 25. Mai 2018, feierte ich zusammen mit **Gerhard „Poppi“ Poppendiecker** und seiner Frau Margrit den gemeinsamen 160. Geburtstag der beiden in Heiligenhafen. Direkt aus Goslar angereist, überreichte ich Poppi ein Fotobuch mit Erinnerungen aus den letzten 15 Jahren, um mich bei ihm für seine fantastische Unterstützung und seine langjährige Freundschaft zu bedanken. Seinen **80. Geburtstag hatte er bereits am 26. Dezember 2017** in der Familie begangen – seinen Geburtstag am 02. Weihnachtstag kann ich nie vergessen, weil es auch mein eigener ist! Poppis Einsatz – fast zwei Jahrzehnte – als SPD-Landtagsabgeordneter ist ebenso legendär wie der als Kommunalpolitiker: Seit 50 (!) Jahren ist sein Engagement für die Region unverzichtbar!



*25.03.2018: Margrit und „Poppi“ Poppendiecker bei ihrer gemeinsamen Geburtstagsfeier.**

7. Was sonst noch wichtig war…

<u>Zweijähriges Jubiläum: Die Ehe für alle!</u>

In der letzten Sitzungswoche vor der Bundestagswahl 2017 kam sie endlich: Die Entscheidung zur „Ehe für alle“! Am Montag, den 26. Juni 2017, hatte Bundeskanzlerin Merkel in einem „Brigitte-Interview“ die Abstimmung zur „Ehe für alle“ (gleichberechtigte Ehe mit allen Rechten und Pflichten auch für schwule und lesbische Paare) überraschend als „Gewissensfrage“ für alle Abgeordnete deklariert – und damit die Grundlage für eine Abstimmung im Bundestag frei gegeben, bei der alle Abgeordneten ungebunden von der Fraktion allein nach ihrem Gewissen abstimmen konnten. Über Nacht „zauberte“ die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf des Landes Rheinland-Pfalz aus der „Mottenkiste“, der bereits zwei Jahre (!) zuvor die Mehrheit im Bundesrat erhalten hatte und seitdem dreißigmal (!) im Bundestag nach einer öffentlichen Anhörung geschoben worden war, weil die CDU/CSU-Fraktion die Abstimmung da-

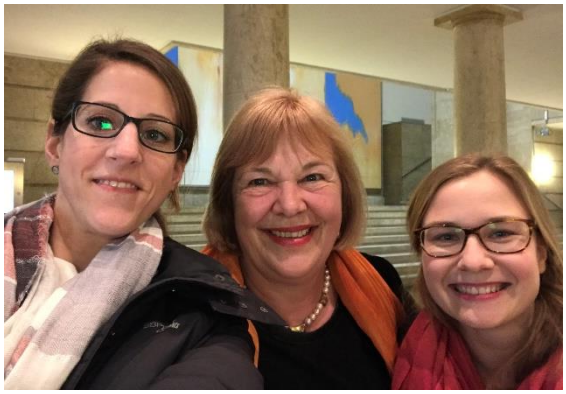
rüber blockierte. Doch nach dieser Aussage der Kanzlerin war der Weg überraschend frei: **Am letzten Sitzungstag, dem 30. Juni 2017, beschloss der Deutsche Bundestag mit 393 Ja-Stimmen die „Ehe für alle“ und beendete damit ein jahrzehntelanges Ringen um die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare.** Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, sollen auch rechtlich endlich den Bund fürs Leben schließen können. Die Entscheidung war längst überfällig – **die SPD-Abgeordneten stimmten geschlossen mit JA.** Von den 11 CDU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein stimmten bis auf drei alle ebenfalls mit JA – **mit NEIN stimmte allerdings mein CDU-Kollege Ingo Gädechens.** Wir Sozialdemokraten haben uns riesig über diese Entscheidung gegen die jahrzehntelange Diskriminierung gefreut und den Beschluss anschließend am Brandenburger Tor mit vielen Betroffenen gebührend gefeiert! Nun zwei Jahre nach der historischen Entscheidung haben viele meiner Freunde den „Hafen der Ehe“ bereits angesteuert, darunter meine langjährigen Fraktionskollegen Barbara Hendricks, deren Hochzeit bereits wenige Monate später am 30. Oktober 2017 gebührend gefeiert wurde, und Johannes Kahrs, der am 29. September 2018 nach 25 Jahren seinen Partner endlich in Hamburg kirchlich ehelichte.

Nicht zu vergessen ist natürlich die großartige Hochzeit unser lieben Freunde und Genossen Joerg und Jürgen Schimeck-Brede am 18. Mai 2019 in der Kirche in Süsel. Nochmals herzlichen Glückwunsch an alle frisch Vermählten!

*30.07.2017: Gemeinsam mit Johannes Kahrs und dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit bei den Feierlichkeiten zur „Ehe für alle“ am Brandenburger Tor.**

8. Mein Team in Berlin und Eutin

All diese Aufgaben in Berlin im Abgeordnetenbüro, im Ministerium und im Wahlkreis könnte ich nicht ohne meine eingespielten Mitarbeiterteams bewältigen.



*30.04.2018: Nadine Kadelka und Ann-Christin Beckmann als langjährige Vertraute seit März 2018 im Finanzministerium.**

Meine beiden langjährigen Mitarbeiterinnen im Bundestag Nadine Kadelka und Ann-Christin Beckmann sind mir nach meiner Berufung als Parlamentarische Staatssekretärin in mein drittes (!) Büro ins Bundesministerium der Finanzen gefolgt und bilden jetzt in dem neuen 5er-Team das Herzstück als langjährige Vertraute, die genau wissen, wie ich „ticke“. Ihre neue „Wirkungsstätte“ in meinem Ministeriums-

büro ist sicherlich eine Herausforderung, aber die drei neuen Kolleginnen und Kollegen sind nett – die „Chemie“ stimmt. Ich freue mich sehr, bei dieser großen Aufgabe zwei vertraute Gesichter an meiner Seite zu wissen.

*26.06.2019: Mitarbeiterfest der SPD-Bundestagsfraktion: Büro Hagedorn geschlossen an Bord. V.l. Ansgar Löcke, Jan Jensen, Laura Adebahr, Ann-Christin Beckmann, Till Weber und Jasper Wiezorek.**

Im Berliner Paul-Löbe-Haus kümmert sich jetzt der Ex-Fehmaraner Ansgar Löcke, der schon seit 2015 als Student bei mir im Büro arbeitete, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie um die Besuchergruppen – als Nachfolger von Nadine Kadelka. Die wissenschaftliche Arbeit liegt seit März 2018 in den Händen von Laura Adebahr, die bereits im November 2017 bei zu mir kam und bereits vorher für einen Kollegen aus dem Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss gearbeitet hat. Jan Jensen habe ich vor vielen Jahren schon als Juso in Ostholstein und als Stockelsdorfer Gemeindevertreter kennengelernt, bevor er damals ein Praktikum in Berlin absolvierte. Das war bei ihm wie bei mir in guter Erinnerung, so dass er im Juli 2018 direkt nach seinem Studium in Liverpool in mein Berliner Team kam. Zusätzlich unterstützen mich in Berlin als studentische Mitarbeiter Till Weber aus Neumünster und Jasper Wiezorek aus Ahrensbök.

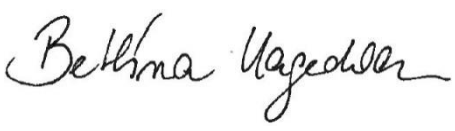
*12.10.2017: Regina Voß, seit 16 Jahren meine „gute Fee“ im Eutiner Büro.**

Im Eutiner Wahlkreisbüro kümmert sich Regina Voß seit 16 Jahren (seit 2012 auch ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und 2018 mit absoluter SPD-Mehrheit wiedergewählt!) um absolut ALLES und wird nun schon seit Mai 2016 dabei von Angela Hüttmann unterstützt (langjährige SPD OV-Vorsitzende und unter anderem Schulverbandsvorsteherin in Schönwalde). Im November 2018 ist Wiebke Aldenhoff neu als Verstärkung dazugekommen, die sich ebenfalls in Kasseedorf für unsere SPD in der Gemeindevertretung engagiert. Alle drei arbeiten abwechselnd halbtags und kümmern sich um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt, sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, für Vereine, Verbände und Institutionen. Sie organisieren meine Termine in Schleswig-Holstein und sämtliche Besuchergruppen.

Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön. Ich freue mich auf die nächsten Jahre mit meinem Team!

Herzlichst,

Ihre



Mein Rückblick in Bildern

07.12.2017: Bundesparteitag in Berlin mit Serpil Midyatli und Ralf Stegner. Foto: SPD SH

11.01.2018: 2. Mitgliederkonferenz in Schönwalde zu den Sondierungsgesprächen einer erneuten Groko in Berlin. Foto: SPD Schönwalde

21.01.2018: Die schleswig-holsteinische Delegation auf dem Bonner Bundesparteitag. Foto: SPD SH

10.02.2018: Kreisparteitag der SPD Ostholstein vor den Kommunalwahlen. Foto: SPD Ostholstein

20.09.2018: Mitgliederversammlung der SPD Neumünster mit den Bewerbern für die Europawahlkandidatur. Foto: SPD Neumünster

30.03.2019: Landesparteitag in Norderstedt während der Abschiedsrede für Ralf Stegner als stellvertretende Landesvorsitzende. Foto: Steffen Voss

04.03.2018: Politisches Frühstück in Sagau mit 40 Genossen zum Abstimmungsergebnis der SPD zur GroKo. Foto: Thomas Lange

14.12.2018: Besichtigung der „Potsdam“ in Berne mit Bodo Kaping, Präsident der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt. Foto: A. Stolze, Bundespolizei

14.12.2018: Mit Harald Fassmer, Chef der Fassmer-Werft in Berne, nach der Taufe der „Potsdam“. Foto: A. Stolze, Bundespolizei

25.04.2019: Helikopteranflug während der sechsstündigen Erprobungsfahrt der „Potsdam“ in der Nordsee. Foto: Bundespolizei

25.04.2019: Im Schnellboot der GSG 9, Beiboot der „Potsdam“, in der Nordsee. Foto: Bundespolizei

*21.07.2019: „Mein“ neues Bundespolizeischiff „Potsdam“ läuft zum ersten Mal im Heimathafen Neustadt i.H. ein.**

25.04.2019: Löschübung der „Potsdam“ auf der Erprobungsfahrt. Foto: Bundespolizei

21.07.2019: Im Schnellboot mit dem Präsidenten der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt Bodo Kaping vor der Sundbrücke. Foto: Bundespolizei

16.04.2018: Bankenempfang mit Yasmin Fahimi, Dr. Hans-Walter Peters, Olaf Scholz, Rita Hagl-Kehl und Sonja Steffen. Foto: Boris Streubel/actionpress

*06.11.2018: Seit Juni 2018 im Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, mit Geschäftsführer Alexander Bonde & PStS Rita Schwarzelühr-Sutter.**

09.04.2019: Treffen der SPD-Landesgruppe mit dem Handwerksverband. Foto: Landesgruppe SH

24.04.2019: Besuch in Halle/Saale im Wahlkreis meines Kollegen Karamba Diaby. Foto: Büro Diaby

*11.04.2019: Mit Cem Özdemir, Mathias Stein und Bad Schwartaus Bürgermeister Dr. Uwe Brinkmann im Gespräch in Berlin.**

16.01.2019: Feierstunde im Deutschen Bundestag zu 100 Jahren Frauenwahlrecht—die SPD-Frauen tragen Weiß! Foto: Andreas Amann

*23.10.2018: Rathausgespräch in Bad Schwartau mit MdL Sandra Redmann zum Lärmschutz an der FBQ-Hinterlandanbindung.**

*02.08.2018: Mit Südafrikas Botschafter Phumelele Stone Sizani und der A-Cappella-Gruppe „Just 6“ beim Festakt im Berliner Konzerthaus.**

25.05.2018: Jahrestagung der Finanzminister der Bundesländer in Goslar. Ich nehme in Vertretung von Olaf Scholz teil. Foto: BMF

*07.12.2018: Bei der Präsentation der Sonderbriefmarke „Helmut Schmidt“ mit Peer Steinbrück, Vorsitzender der Helmut-Schmidt-Stiftung.**

15.07.2019: Sonderbriefmarke „Polizeien des Bundes und der Länder“ mit Horst Seehofer und Hans-Joachim Grote. Foto: Janine Schmitz

*01.02.2019: Münzpräsentation „In der Luft“ auf der weltgrößten Münzmesse in Berlin.**

21.03.2018: Mein neuer Arbeitsplatz auf der Regierungsbank direkt neben Bundeskanzlerin Angela Merkel. Foto: studio kohlmeier berlin

19.04.2018: Treffen der Staatssekretäre der verschiedenen Ministerien im Bundeskanzleramt. Foto: Bundeskanzleramt

*07.01.2018: Grünkohlessen der SPD Fehmarn.**

*13.01.2018: Neujahrsempfang in Scharbeutz.**

*13.01.2018: Neujahrsempfang in Malente mit MdL Regina Poersch und Musikerin Lene Krämer.**

*19.07.2019: Treffen mit PPP-Rückkehrerin Savina Terpe und PPP-Stipendiat Jan-Philip Herbers zusammen mit MdL Sandra Redmann in Eutin.**

*06.12.2017: Umwelthaus Neustadt mit Martina Stapf, Edda Disselhoff, Ole Eggers (BUND), David Simon und Bürgermeisterin Tordis Batscheider.**

*12.02.2018: Werkstatt für angepasste Arbeit „Die Ostholsteiner“ in Oldenburg mit Helga Poppe, Klaus Zorndt und Annette Schlichter-Schenk.**

13.01.2018: Schirmherrin bei „TSV Pansdorf zeigt Herz“, tausende Euro zugunsten der Kinderhospizarbeit wurden gesammelt. Foto: TSV Pansdorf

23.01.2019: Scheckübergabe des TSV Pansdorf an den „Verein für Schmetterlingsflügel“. Ich runde den Erlös auf 11.700 Euro auf. Foto: TSV Pansdorf

*17.09.2018: Treffen der finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der 16 SPD-Landtagsfraktionen in Kiel.**

*04.07.2018: Beim Abendessen der Haushälter im Bundeskanzleramt mit Kanzlerin Merkel.**

10.10.2018: Landesgruppenfrühstück mit Diakonie-Landespastor Heiko Naß. Foto: Jan Gutekunst

16.10.2018: Parlamentarischer Abend zur Energieeffizienz mit MdB Carsten Müller und Moderatorin Dunya Hayali. Foto: DENEFF—Marco Urban

*15.05.2019: Podiumsdiskussion zum Thema Schienenverkehr des Deutschen Verkehrsforums.**

29.06.2018: Live-Interview bei „phoenix" zum Ende der Griechenlandhilfen. Foto: phoenix

28.02.2018: Gruppenbild der SPD-Frauen in der Fraktion zum Internationalen Frauentag am 08. März. Foto: Andreas Amann

*12.10.2017: 30 Jahre „Flohkiste“ in Kasseedorf, Bürgermeisterin Regina Voß gratuliert Bärbel Schindler und mir als Gründungsmitgliedern.**

*04.04.2017: Zu Besuch im Tourismuscenter Malente mit Geschäftsführerin Anke Rädel und MdL Regina Poersch.**

*10.01.2018: „Rathausgespräch“ in Ahrensbök zu Gast im Hofcafé des Bauernhof Steffens.**

*06.07.2019: Der 1. Parl. Geschäftsführer der SPD-Fraktion Carsten Schneider in Neustadt.**

*24.02.2018: Diskussion „Groko oder No Groko“ in Bad Segeberg mit Sophia Schiebe — zu dem Zeitpunkt Juso-Landesvorsitzende.**

*19.09.2018: Rathausgespräch mit der Stockelsdorfer SPD-Bürgermeisterin Julia Samtleben.**

*30.04.2018: Kommunalwahlkampf in Heringsdorf zusammen mit Beate Rinck.**

*05.05.2018: Selfie im Wahlkampfendspurt in Malente mit Dr. Pia Glorius und Niclas Dürbrook.**

*13.02.2018: Rathausgespräch auf Fehmarn.**

15.09.2018: Kreisparteitag SPD Stormarn in Lütjensee. Susanne Danhier übergibt den Vorsitz nach 14 Jahren an Tobias von Pein. Foto: SPD Stormarn

16.09.2018: Jahreshauptversammlung der Jusos Ostholstein mit Vorstandswahlen. Foto: Jusos OH

27.08.2018: Sommerfest der SPD Bad Schwartau bei strahlender Sonne. Foto: SPD Bad Schwartau

*15.11.2017: Parlamentarischer Abend „Dialogforum FBQ“ in Kiel mit MdL Sandra Redmann und der Timmendorfer Bürgermeisterin Hatice Kara.**

18.09.2018: „Kieler Runde“ des Offen Kanals Kiel zum Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit und den Verteidigungsetat. Foto: OK Kiel

*29.08.2018: Treffen mit den „Weltwärts“-Rückkehrerinnen Derin Malka und Lea Geiser in Eutin.**

*04.05.2019: Europa-Talk auf dem Oldenburger Marktplatz mit unserem Kandidaten Enrico Kreft.**

14.-16.03.2018: Interessierte Bürger aus Ostholstein genau an den Tagen in Berlin als ich Staatssekretärin wurde. Foto: Deutscher Bundestag

*28.01.2018: Neujahrsempfang des THW-Ortsvereins in Neustadt.**

24.02.2019: Frische-Suppe-Essen der SPD Fehmarn mit MdL Sandra Redmann, Ehrung von Uwe Hardt für 50 Jahre Mitgliedschaft. Foto: SPD Fehmarn

21.05.2019: Wahlkampf mit Europakandidat Enrico Kreft in Ahrensbök mit den Geschäftsführern von Redline DATA. Foto: Nils Hannes Klotz

22.03.2018: Mit Minister Olaf Scholz bei der Übergabe der verbeamteten Staatssekretäre im Bundesfinanzministerium. Foto: BMF

*12.02.2019: „Red Hand Day“ im Bundestag — gegen den Einsatz von Kindersoldaten in aller Welt — mit Familienministerin Franziska Giffey.**

*05.03.2018: Rathausgespräch in Oldenburg.**

*27.05.2018: Gemeinsame Schirmherrschaft mit MdL Sandra Redmann beim Aktionstag „famila hilft helfen“ in Sereetz.**

*19.09.2018: Besuch der SPD des Betriebsrat von Kendrion Kuhnke in Malente, um íhn im Kampf um den Arbeitsplatzerhalt zu unterstützen.**

*28.08.2019: „Deutschlands beliebteste Pflegeprofis“ SH-Landessiegerin Christina Grahl bei der Preisverleihung im AMEOS-Festsaal in Heiligenhafen.**

16.12.2018: Ehrung von Wilhelm Geberbauer der SPD Sierksdorf für jahrzehntelanges Engagement in der Kommunalpolitik. Foto: SPD Sierksdorf

19.01.2019: Wintergrillen der SPD Stockelsdorf mit Bürgermeisterin Julia Samtleben und MdL Sandra Redmann. Foto: SPD Stockelsdorf

21.10.2018: 40-jähriges Jubiläum der Stiftung „Oldenburger Wall“, Helmut-Schmidt-Sondermünzen für Hans-Joachim Hahn und Torsten Ewers. Foto: Annette Schlichter-Schenk

*12.01.2019: Neujahrsempfang der Gemeinde Scharbeutz.**

17.02.2019: Auszeichnung für Johann Rademacher beim Grünkohlessen der SPD Ahrensbök. Foto: Sandra Redmann

25.01.2019: Diskussion mit einer Schülergruppe in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Malente. Foto: Gustav-Heinemann-Bildungsstätte Malente

*22.06.2019: 5. Wahlkreiskonferenz in Malente mit Sandra Redmann und Niclas Dürbrook.**

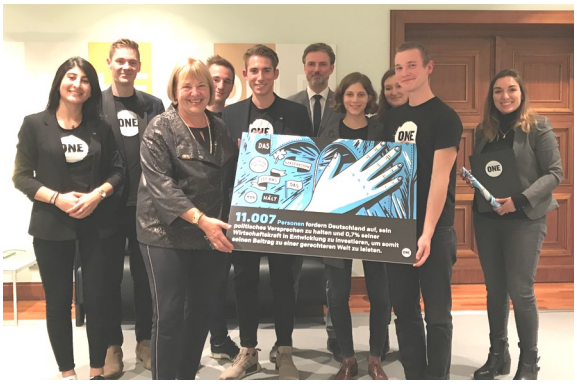
*10.03.2019: Mein traditionelles SPD-Sonntagsfrühstück im Feuerwehrhaus Sagau.**

29.03.2019: Essen des „Nautischen Vereins Vogelfluglinie“ auf der „MS Deutschland“ mit Kapitän Johannes Wasmuth. Foto: Fehmarnsches Tageblatt

*03.05.2019: Wahlkampf mit Europakandidatin Delara Burkhardt und MdL Sandra Redmann in Bad Schwartau.**

*08.03.2019: Internationaler Frauentag in Bad Schwartau mit MdL Sandra Redmann, Gleichstellungsbeauftragter Tanja Gorodiski und Vorgängerin Bärbel Vornweg.**

*08.03.2019: Mit Laurence (l.) und Joffrey Gorodiski — zwei meiner ehemaligen Praktikanten in Berlin — auf der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Bad Schwartau.**



05.11.2018: Petitionsübergabe von ONE Deutschland im Finanzministerium zu den Zielen der Entwicklungspolitik. Foto: BMF

28.02.2019: Geberkonferenz für Jordanien in London, zusammen mit der jordanischen Ministerin Dr. mary Kamel Kawar. Foto: BMF

28.03.2019: Kuratoriumssitzung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück. Foto: DBU—Michael Münch

24.04.2019: Präsentation der Sondermarke „100 Jahre Volkshochschulen“ in Suhl. Foto: BMF

04.04.2019: Rede zum Antrag „Für ein Europa das schützt—Soziale Absicherung europaweit garantieren“ der Grünen. Foto: Deutscher Bundestag

12.06.2019: Besuch der Kunsthalle Emden im Wahlkreis meines Kollegen Johann Saathoff. Foto: Büro Saathoff

23.05.2019: Jahrestagung der Finanzministerkonferenz der Länder im Stadion des 1. FC Union Berlin in Köpenick. Foto: BMF

*22.01.2019: Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein in Kiel mit MdL Regina Poersch und Oliver Schmidt-Gutzat aus Eutin, jetzt Bgm. in Heide.**

13.01.2019: Neujahrsempfang in Oldenburg. Foto: SPD Oldenburg

*06.03.2018: Rathausgespräch in Eutin.**

*20.01.2019: Neujahrsempfang der Gemeinde Süsel.**

27.01.2019: Neujahrsempfang der SPD Bad Schwartau mit Europawahlkandidatin Delara Burkhardt. Foto: SPD Bad Schwartau

*22.02.2019: Galadinner der Gemeinschaftsschule Pönitz mit Sandra Redmann sowie Joerg und Jürgen Schimeck-Brede.**

*11.08.2019: Sommerfest der SPD Stockelsdorf zusammen mit den Jusos.**

*05.05.2019: Mai-Matinee der SPD Segeberg mit Birgit Grelck, Magnus Wittern, Serpil Midyatli und Franz Thönnes**

*11.12.2018: Überreichung der Münze „100 Jahre Frauenwahlrecht“ an Gesine Schwan in Berlin.**

*22.08.2019: Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zur Zukunft des Sozialstaats mit meiner MdB-Kollegin Katja Mast in Neustadt.**

*11.12.2018: Sondermünze für die langjährige ASF-Vorsitzende und langjährige MdB-Kollegin Elke Ferner am Rande des Festaktes in Berlin.**

*30.06.2019: Mit MdL Birte Pauls und Staatsministerin Michelle Müntefering in Haithabu, dem neuen UNESCO-Weltkulturerbe.**

25.08.2018: Tag der Ein– und Ausblicke im Finanzministerium. Foto: BMF

18.08.2019: Tag der offenen Tür im BMF, Talkgäste zu „Starke Demokratie, starke Frauen“: Cornelia Röper, Tina Groll und Stefanie Lohaus. Foto: BMF

18.08.2019: Präsentation der Sondermünze „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“ beim Tag der offenen Tür in Berlin. Foto: BMF, photothek

18.08.2018: Bewährte Rolle als Quizmasterin beim Tag der offenen Tür zu den Themen Haushalt und Europa. Foto: BMF, photothek

*06.07.2017: 5. Ladies Day in der Opernscheune am Schlossgarten in Eutin.**

*21.06.2018: 6. Ladies Day im Berufsbildungswerk Bugenhagen in Timmendorfer Strand.**

*24.10.2018: Ladies Day Special im Eutiner Schloss.**

*18.06.2019: 7. Ladies Day im HANSA-Park Sierksdorf.**

Alle Fotos, die mit einem * gekennzeichnet sind, haben die Quelle „Büro Hagedorn/privat“.